

Ercheint täglich außer Montags... Preis pr. Nummer 5 Pf.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile...

Verleger: Jant 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 9. Oktober 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Codifizierung des Tendenz-Prozesses.

Zur Vorbereitung einer künftigen Umsturzvorlage ergreift ein Mitglied unseres höchsten Gerichtshofes, Herr Reichsgerichtsrath Melchior Stenglein, in der Zukunft das Wort.

Der Baustein, den Herr Melchior Stenglein herbeigeschleppt hat, ist seines Zweckes würdig. Justitia fundamentum regnorum - Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche.

Es ziemt sich, ihn auch jetzt schon, wo er noch im rohen, unbehauenen Zustande vor uns liegt, sorgfältig in Augenschein zu nehmen.

Herr Stenglein lehrt sich zunächst mit ernster Würde dagegen, daß so manches reichstreu Gemüth unnötigen Anstoß an dem Schlagwort „Ausnahmengesetz“ genommen habe; wendet ein, daß die Sozialdemokratie sich in einen Kriegszustand gegen die bürgerliche Gesellschaft gesetzt habe, der Ausnahmengesetze gegen sie vollkommen rechtfertigt; kommt dann aber doch mit der Offenbarung heraus, daß er den Stein der Weisen gefunden hat, mit dem man alles vermag, was man von einem Ausnahmengesetz nur verlangen kann, der sich aber doch in den festen Bau unserer ordentlichen Gesetze einfügen lasse.

Werkwürdiger Weise hat man bis jetzt die Unterscheidungsmerkmale (für strafrechtliche Begriffe) stets nur auf objektiven Boden zu finden gesucht, während man doch subjektive Bestrebungen treffen wollte und das Harmlose und Unverfängliche oder doch minder Gefährliche sich nur subjektiv von dem Gefährlichen unterscheidet. Die selbe Rede, die im Munde eines Betrunknen im Wirthshaus unschädlich verhallen wird oder höchstens

die Entrüstung der Zuhörer hervorruft und in etwas rapider Entfernung des Redenden vom Schauplatz die genügende Sühne finden würde, die selbe Rede, die, als energischer Ausdruck des wissenschaftlichen oder des Glaubensfiers am entsprechenden Orte gebraucht, kaum eine Rüge verdient, kann an anderen Orten und in anderem Munde zum verhängenden Schlagwort werden. Wie kann man dafür objektive Merkmale finden, die äußerlich das Gefährliche und das Ungefährliche unterscheiden lassen? Das Gefährliche ist die Tendenz, der die Worte dienen und die entsprechend gewählte Gelegenheit, sie auszusprechen. Deshalb lege man die Unterscheidung in die subjektive Seite der Handlung. Täglich hat der Strafrichter die Absicht des Thäters festzustellen und demnach das entsprechende Strafgesetz zu finden oder die Befehle überhaupt unangewendet zu lassen. Ist der Strafrichter nicht mehr fähig, die inneren Vorgänge des Thäters zu ergreifen, so ist er überhaupt unfähig, seines Amtes zu walten. Es kann natürlich nicht Aufgabe einer Erörterung, wie dieser, sein, den Entwurf eines Umsturzgesetzes aufzustellen. Ein wirklichen Vorkommnissen entnommenes - Beispiel möge aber das Gesagte erläutern.

Herr Stenglein erörtert darauf, daß ein Pastor eine verspottende Aeußerung über ein Professionsbild gethan habe, eine Aeußerung, die wir vorsichtiger Weise hier nicht wiedergeben; denn was einem Reichsgerichtsrath in der Zukunft erlaubt ist, könnte, wenn sein eigener angenehmer Plan in Erfüllung geht, uns als Gotteslästerung angerechnet werden.

Herr Stenglein meint nun, sofern diese Aeußerung nur innerhalb einer rein konfessionellen, hier protestantischen, Gemeinschaft als Mittel der Auseinandersetzung mit einer anderen, hier katholischen, Glaubensgemeinschaft angewandt worden sei, könne man sie wohl als geschmackswidrig verwerfen, aber sie verleihe nicht dem Strafgesetz.

Dann fährt er fort:

Anders liegen die Verhältnisse, wenn derartige Ausdrücke öffentlich in Schrift oder Wort gebraucht würden, also nicht beschränkt auf kirchliche Zwecke und auf das Gehör gleich denkender Glaubensgenossen; denn jeder ist den religiösen Gefühlen anderer Achtung schuldig. Hierauf könnte ohne Rücksichtnahme § 266 Str.-G.-B. angewendet werden (Wer öffentlich die Einrichtungen oder Gebräuche einer der christlichen Kirchen beschimpft...); denn man kann in jenem Ausdrucke sehr wohl eine Beschimpfung erblicken. Die Schwäche jener Gesetzesstelle beruht darauf, daß auch § 266 zu wenig Rücksicht auf die subjektive Seite nimmt, und darauf, daß der Begriff der Öffentlichkeit auch auf den öffentlichen Gottesdienst paßt. Auf dem Boden des geltenden Rechtes ist also das Verlangen einigermaßen gerechtfertigt, Geisliche zu strafen, die innerhalb der konfessionellen Schranken Glaubenssätze anderer Konfessionen oder Einrichtungen anderer Kirchen mit einer gewissen Energie, die sich als Beschimpfung bezeichnen läßt, angreifen. Noch einen anderen

Charakter gewinnt aber der gleiche Ausdruck, wenn er gebraucht wird, um durch Angriffe auf die gesammte Transsubstantiationslehre und deren gottesdienstliche Konsequenzen die christliche Religion überhaupt herabwürdigend, den religiösen Sinn seiner Hörer oder Leser zu untergraben. Allerdings trifft auch hierauf § 186 Str.-G.-B. zu, wenn die Aeußerung, wie in dem gebrauchten Beispiele, als beschimpfend bezeichnet werden kann; allein man ist voll berechtigt, wenn man findet, daß unter Umständen schon das Erforderniß der Beschimpfung eine zu enge Schranke ziehe und daß die Strafandrohung von Gefängniß bis zu drei Jahren, also von einem Tage an, zumal bei den milden Gewohnheiten unserer Richter bei der Strafzumessung (!) keinen genügenden Schutz für die religiösen Grundlagen des Staates bilde. Eine Umsturzvorlage neuen Datums könnte also wohl in der Lage sein, die Strafbestimmung des § 266 Str.-G.-B. dahin umzugestalten:

„Wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche, um den religiösen Sinn anderer zu untergraben oder zu vernichten, beschimpft oder herabwürdigt, wird ...“

Man wird nicht zu besorgen haben, daß eine solche Fassung des Gesetzes auf eine konfessionelle Polemik oder auf eine wissenschaftliche Kritik Anwendung finde, man kann daneben die Bestimmung des § 266 Str.-G.-B. für geringere Fälle fortbestehen lassen, wenn auch eine gewisse Verbesserung wünschenswerth erscheint; man schafft endlich damit gemeines Recht im landläufigen Sinne und trifft doch nur das, was die Umsturzvorlage treffen wollte. Die Ausdehnung des einen Beispiels auf alle jene Grundlagen der heutigen menschlichen Gesellschaft, die des Schutzes bedürfen und denen der Gesetzgeber diesen Schutz zubilligen will, ergiebt sich von selbst, ohne daß eine weitere Auseinandersetzung erforderlich erscheint.

Es lohnt sich der Anregung des Herrn Stenglein zu folgen und das Schema des Neitungs-Paragrafen auf einige andere Einrichtungen der heutigen Gesellschaftsordnung zu übertragen, z. B. die Monarchie. Dann würde er lauten:

„Wer öffentlich die Monarchie oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche, um den monarchischen Sinn anderer zu untergraben oder zu vernichten, beschimpft oder herabwürdigt, wird ...“

Und wie wir uns nun die möglichen Folgen der Anwendung dieses Paragrafen auf unser öffentliches Leben vergegenwärtigen, da leuchtet es uns ein: Was Herr Stenglein durch den weilläufigen Apparat der Reichsgesetzgebung erst ins Leben rufen will, die Verwendung der Tendenz eines Angeklagten als ausschlaggebendes Moment bei der Aburtheilung, das haben bahnbrechende Genies der Praxis unlängst in unser Rechtsleben eingebürgert.

Der Staatsanwalt in Essen hat den Verdacht des Meineids bei Schröder und Genossen mit deren

hältnismäßig kurzer Zeit, dank der sorgfamen Pflege des Doktors, wurde ich wieder hergestellt, und wir haben denn noch die ganze Zeit im Chaco verbracht, bis der Krieg zu Ende war, und die Brasilianer den Lopez in Cerro Cora erschossen hatten.

Ich will Ihnen jetzt gleich das Nähere über den Doktor Wilson anschließen, damit Sie verstehen, wie er nach dem Chaco kam. Wilson war ein englischer Arzt, den der alte Lopez aus England hatte kommen lassen, damit er im paraguayischen Heere seine Dienste leiste. Wie er mir später vertraute, hatte er in seinem Vaterlande trübe Erfahrungen gemacht mit einer Frau, die er geliebt und die ihn hinterher betrogen hatte, und so hatte er das Angebot von Lopez angenommen, da er sich vornahm, nie wieder nach Europa zurückzukehren. Er war das einzige Kind eines wenig bemittelten Mannes gewesen, seine Eltern waren gestorben; kurz, es fesselte ihn gar nichts mehr an England, und so war ihm sein Entschluß leicht geworden und er ist ihm trotz des Krieges nicht untreu geworden. Meines Wissens hat er auch niemals Lust gespürt, zurückzugehen oder auch nur vorübergehend sein Vaterland wiederzusehen. Mit Lopez überwarf er sich bald; denn er war ein edler und reiner Charakter und paßte nicht zu den Dingen, für die man ihn beizuchen wollte. Als Lopez ihm eines Tages nahelegte, eine Person mit Gift aus dem Wege zu räumen, kündigte er ihm den Dienst, und Lopez hatte dieses Mal nicht den Muth, ihm deswegen nach dem Leben zu trachten. Er ist dann viel im ganzen Lande umhergestreift, suchte Pflanzen und Thiere, behandelte Kranke und erwarb sich so den Lebensunterhalt. Als dann der Krieg zwischen Francisco Solano ausbrach, hielt er es doch für gerathener, sich bei Zeiten zu sichern; denn er ahnte es, daß Lopez bei ungünstigem Ausgange seines Unternehmens seinem Daß gegen die Fremden freien Lauf lassen würde, und so begab er sich rechtzeitig genug heimlich nach dem Chaco zu einem Indianerstamme, den er von früher her kannte, und der ihn willig bei sich aufnahm. Bei einer Streiferei traf er so ganz zufällig auf mich und rettete mir das Leben. Nach dem Kriege siedelten wir dann wieder auf die andere Seite des Flusses über. Wir waren inzwischen ungetrennlich geworden, da er eine große Zuneigung zu

Skizzen

(Nachdruck verboten.)

aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

60

Der allererste, der fiel, war der kleine Sargento an meiner Seite, der eine Kugel gerade in die Stirn erhielt, daß er, ohne einen Laut von sich zu geben, niedersank. Ich hatte gerade noch so viel Zeit, das zu sehen, als ich selber einen furchtbaren Schlag empfand, ein Feuer vor meinen Augen anzudecken sah, und dann war es aus. Das Geheimniß des Lopez war gesichert. Aber wie Sie sehen, lebe ich noch, und deshalb kam ich wirklich nach einiger Zeit zu mir. Die Kugel, die mich getroffen hatte, war nicht tödtlich gewesen; obwohl sie mir in die Brust gedrungen war, nur einen Finger breit vom Herzen, wie Sie noch heute sehen können an der alten Narbe. Als ich also wieder zur Besinnung kam, entdeckte ich, daß man mich auf eine Ochsenhaut geworfen hatte und davon schleifte, ebenso wie die übrigen. Ich lag auf meinem Gesichte auf der Haut und vor mir ging ein Soldat, der dieselbe an einem Riemen hinter sich her schleifte. Selbsterhaltungstrieb hat ein jeder; also ich auch, und der meldete sich auch in der Lage, in der ich mich befand, und obwohl meine Sinne schwach genug waren in dem Zustande. Ich hielt meine Augen geschlossen wie ein Todter und man hielt mich dafür, gab sich auch nicht mehr die Mühe, genau nachzusehen. In der Zeit machte man nicht viel Federlesens. Man schleifte mich und die Kabaver der übrigen eine lange Strecke durch Gebüsch, über Steine wohl eine ganze Stunde lang. Endlich machte man an einem steilen Abhang Halt. Unter uns rauschte der Rio Paraguay. Je zwei Soldaten saßen nun ein Fell an, ein Schwung und unten lag man. Im nächsten Augenblick flog auch ich hinunter; ich fühlte die Kälte des Wassers und die Erschütterung meines Körpers, als ich platt auf das Wasser aufiel; der rasche Strom nahm mich davon und mir vergingen von neuem die Sinne. Hätte mich dabei ein Krokodil gefaßt, so wäre ich bei lebendigem Leibe gefressen geworden, wie die Leiber meiner Gefährten. Als ich sodann zum andern Male zu mir kam,

politischen Anschauungen begründet, und das bürgerliche Schwurgericht wie das rechtsgelehrte Richter-Kollegium haben diese Rechtsauffassung durch den Wahrspruch und die Strafzumessung sanktioniert. In Berlin aber haben im Prozeß gegen unseren Kollegen Dierl das Kammergericht als Beschwerde-Instanz und die Brandenburger-Kammer des Landgerichts bei der Urtheilsfindung sich erklärten durch die politische Tendenz des „Vorwärts“ leiten lassen. Dierl wurde wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil wegen seiner und des Blattes politische Tendenz ihm zugutrauen sei, daß er trotz der Milde in der Wiedergabe eines Majestätsbeleidigungs-Prozesses selbst eine Majestätsbeleidigung begehen wollte. Die bürgerliche Presse Berlins hat ja die Güte gehabt, durch ausführliche Wiedergabe eben dieses Prozesses Dierl mitsamt dem Ausdruck, dessen Wiedergabe unsern Kollegen Dierl in dem von ihm veröffentlichten Prozeßbericht 6 Monate Gefängniß eingebracht hat, den Beweis zu liefern, daß sie wegen ihrer einwandfreien Tendenz eine Strafverfolgung nicht zu scheuen braucht.

Somit nimmt die bürgerliche Presse die gegen die Sozialdemokratie geführten Tendenzprozesse bereits als etwas Selbstverständliches hin.

Mit diesem Hinweis auf die Praxis wollen wir indes keineswegs Herrn Melchior Stenglein den Ruhm schmälern, mit dem Weitblick des Staatsretters die Codifizierung des Tendenzprozesses angebahnt zu haben, die den genialen Griff des Einzelnen zum unverbrüchlichen System erhebt.

Diese Codifizierung in dem geplanten Umsturzgesetz eröffnet uns obenreih herliche Perspektiven auf eine Vervollkommnung unserer Rechtspflege, von der wir jetzt nur eine schwache Ahnung haben. Wohlweislich hat Herr Stenglein auch die Bräute der schutzbedürftigen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen mit in seinen Rettungs-Paragrafen hineingezogen. Wird also künftig ein Sozialdemokrat die Bräute der Monarchie in China, Hawaii oder Dahomeh verunglimpfen, so rechtfertigt seine republikanische Tendenz die Annahme, daß er auf solche Weise die Monarchie überhaupt oder im allgemeinen untergraben will: fort mit ihm auf Monate oder Jahre nach Plöthensee!

Oder — wir brauchen ja gar nicht so weit zu schweifen — redet er despektirlich über den Fackeltanz, diesen ehrwürdigen Brauch der preussischen Monarchie, so muß er bestraft werden, wenn nicht alles, was dem Patriotenherzen theuer ist, dem Umsturz verfallen soll. Und nun erst das Eigentum und die Bräute der Eigentümer! Uns fehlt Raum und Zeit, um die daraus resultirenden Möglichkeiten strafrechtlicher Verfolgung auszumalen, bei denen Herr v. Stumm und Kommerzienrath Baare das Herz im Leibe laden muß.

Doch mag Herr Stenglein nun sein Ziel der Codifizierung des Tendenzprozesses erreichen oder nicht — auch wir glauben an den Spruch: *Justitia fundamentum regnorum*, oder um den Gedanken in etwas anderer Form auszudrücken: Ein Reich, das nicht auf Gerechtigkeit sich aufbaut, verdient zu Grunde zu gehen und wird zu Grunde gehen!

## Politische Ueberflucht.

Berlin, 8. Oktober.

Die Ausweisung des Dr. Ellenbogen aus Breslau hat auf dem Parteitage die gebührende Würdigung sofort gefunden. Was die Polizeibehörden eigentlich bezwecken mit derartigen Maßregelungen auswärtiger Gäste auf unseren Kongressen, können wir nicht ermessen; was sie erreichen, entspricht jedenfalls nicht ihrer Absicht. Sie erreichen damit nur, das Bewußtsein der Interessengemeinschaft der Proletarier aller Länder gegenüber den bestehenden Staatsgewalten zu kräftigen. —

mit gefoßt hatte, obwohl er im ganzen ziemlich menschlichen und verschlossen war, ganz besonders Europäern gegenüber. Aber mich sonderbarer Weise wollte er immer bei sich haben, und ich verehrte ihn wie einen Vater. Das Geheimniß, das ich mit mir herumtrug, und das mir bei einem Haare das Leben gekostet hatte, habe ich ihm übrigens erst später anvertraut, als ich meine Mutter wiedergefunden hatte, und sah so, daß seine Freundschaft ganz ohne Interesse war. Er hat sich auch gar nicht viel aus dem Golde gemacht, als er schließlich davon hörte und blieb ruhig und gelassen wie früher; wog man auch anderer wohl nicht im Stande gewesen wäre meiner Meinung nach. Meine Mutter war übrigens gesund an Körper aus der Nordküste zurückgekommen; wenn auch abgemagert wie ein Skelett; aber ihr Geist war unter den schrecklichen Ereignissen, die sie gesehen und durchgemacht hatte, umnachtet geworden. Sie blieb bei uns bis an ihren Tod, der sie erst nach einer Reihe von Jahren erlöste. — Daß wir die Hebung des Schahes beabsichtigten, war natürlich und auch verzeihlich genug. Wer sollte der Herr dieses blutigen Geldes sein! Ich für meine Person bin nie geldgierig gewesen, der Doktor Wilson ebenso wenig. Trotzdem hielt ich für am besten, das Gold in den Händen von Wilson zu lassen; er hat auch viel Gutes gethan damit an Leuten, die nie wußten, was sie überraschende Hilfe in bösen Lagen zu verdanken hatten. Wären andere Leute an die Regierung gekommen, als die Diebe, die sich darin seit dem Kriege abließen, so hätten wir es unwillkürlich der Republik zur Verfügung gestellt; aber das sollte nicht geschehen. Das saule Blut der Spanier spukt einmal in der Mischlingsrasse, der alles feil ist, und es wäre Narrheit gewesen, die Taschen irgend eines Lumpen zu füllen; denn dem Vaterlande wäre sicher kein Centavo zu gute gekommen, wenn wir den Schah ihnen übergeben hätten. So blieb das Geld denn bei uns. Den Kampf zu kaufen war damals eine Kleinigkeit, niemand kaufte damals in der Weise, wie in den letzten Jahren die Spekulanten; und so erstand denn Wilson auf seinen Namen den *Cerro Desgracias*. Erst bei dem Tode der Mutter entdeckte ich dann den alten Titel, den sie die ganzen Jahre auf ihrer Brust umhergetragen hatte, ohne daß jemand eine Ahnung davon gehabt hatte. Um keine Weitläufigkeiten zu schaffen, trat ich noch einmal formell als Erbe alle Rechte, die ich an dem Kampf hatte, an den Doktor Wilson ab. Den Schah haben wir dann allmählich gehoben, und der größte Theil desselben liegt heute auf der englischen Bank zu London. Die leeren Kisten haben wir ins selbe Loch gethan, wo wir ihn gefunden haben und Sie sind ja auf sie gefloßen.“

(Fortsetzung folgt.)

Das preussische Staatsministerium trat heute Mittag 2 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst zu einer Sitzung zusammen. Der „Deutschen Tageszeitung“ wird hierüber geschrieben:

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, soll in dieser Sitzung die Frage zur Entscheidung kommen, ob das fernere Vorgehen gegen die Sozialdemokratie auf legislativem oder lediglich auf strengem administrativem Wege erfolgen soll.

Die Redaktion selbst sagt dieser Information hinzu: „Wir haben jedoch Grund zu der Annahme, daß es in dieser Sitzung des Staatsministeriums zu Beschlüssen über den Weg einer schärferen Bekämpfung der Ausschreitungen der Sozialdemokratie nicht kommen wird. Es liegt außerdem ziemlich nahe, daß man geneigt sein könnte, erst den Ausgang der verschiedenen Prozesse, die gegen sozialdemokratische Redakteure schweben, abzuwarten, ehe man über Maßnahmen zu Änderungen des geltenden Rechts beschließt.“

Sie schließt ihre Betrachtung mit dem bei ihr stereotypen Satz:

„Wünschenswerth aber wäre es, daß das Staatsministerium heute schon darüber schlüssig würde, welche wirtschaftlichen Reformen die Regierung im kommenden Winter in Angriff nehmen will.“

Mit diesen wirtschaftlichen Reformen sind natürlich Maßregeln wie der Antrag Rankh und heile nicht sozialpolitische Maßnahmen gemeint. Für sich fordern die Agrarier weitgehendste Staatshilfe, für die Arbeiter, die nach Besserung ihrer Lage streben, wünschen sie Maulkorbgesetze und Gefängnisse.

Aus dem Tone, den die offiziöse Presse in den nächsten Tagen anschlagen wird, wird man schließen können, welchen Kommentar ein wohlweises Staatsministerium zum Appell des Kaisers an die Garden zu schreiben beabsichtigt. —

Die Geislichkeit in der Schule. Der Oberkirchenrath hatte sich der überflüssigen Besorgniß hingegeben, daß die Unterrichtsverwaltung ihm den bisherigen Einfluß auf die Schule nehmen wolle. Daraufhin hat der Kultusminister Dr. Boffe zur Beruhigung der Geislichkeit ein Schreiben an den Oberkirchenrath ergehen lassen, in dem es heißt:

„Dem Ortsgeistlichen soll bei Fortfall der Orts-Schulaufsicht die den Geislichen zugehörte besondere Mitwirkung bei Ausübung der Schulaufsicht gewährleistet werden. Dem Geislichen ist hiermit die Gelegenheit geboten, sich als sachverständiges Mitglied der Schuldeputation vorzugsweise mit Fragen des inneren Schulbetriebes amtlich zu betheiligen, insbesondere mit denjenigen, welche sich auf die religiöse Erziehung und Unterweisung in der Schule beziehen. Der Minister verneint, daß hiernach bei eingehender Erwägung ein Anlaß zur Beunruhigung in kirchlichen Kreisen nicht vorliegen kann, wie er andererseits den größten Werth darauf legt, gerade hiermit auch der Schulverwaltung die wirksamste Hilfe der Geislichkeit bei Handhabung der Schulaufsicht gesichert zu haben.“

Nun hat die liebe Seele des Oberkirchenraths doch hoffentlich Ruh.

Zur Charakteristik der gesinnungstüchtigen Presse.

In ihrer Nummer vom 2. d. Mts. enthielt sich die national-antifemische „Tägliche Rundschau“ über die Jungen unter den Christlich-Sozialen. Sie schrieb damals: „Da mit dem Namen der „Christlich-Sozialen“ früher ausschließlich eine Gruppe der konservativen Partei bezeichnet wurde und von der positiv gestimmten Geislichkeit früher mit gutem Grunde angenommen wurde, daß sie politisch auf konservativem Boden stand, so ist es begreiflich, daß die Angriffe aus einem sonst verbündeten Lager den konservativen schwere Sorgen bereiten, und man kann es ihnen nicht gerade verdenken, daß sie mit ausgesprochener Gereiztheit die falschen Freunde von sich abzuschütteln bemüht sind. Wir sehen, wie wir schon öfter betont haben, in dem christlichen Sozialismus der Herren Gähre und Naumann nur die durch die moderne soziale Entwicklung schärfer ausgeprägte Seite der Verquickung des Christenthums mit der Politik. Auch wir erkennen in diesen Bestrebungen eine Einseitigkeit, die schließlich im Lager der Sozialdemokratie enden muß und zur Verneinung unserer Staatsordnung führt. Darum“

## Kunst und Wissenschaft.

Das Schiller-Theater hat am Sonntag wieder mit den Dichtern und Liedern begonnen, die im vorigen Jahre von der Direktion eingeführt worden sind. Wie damals, so ist auch in der neuen Saison der Bürgeraal des Rathhauses zu diesen Zwecken bereitwillig von der Stadtverwaltung hergegeben worden und wie bislang, so scheint auch das Publikum, welches die Dichterabende besucht, den Veranstaltern treu bleiben zu wollen. Da ist denn nun ein kleiner Irrthum, der auch von den Veranstaltern der Vorträge getheilt zu werden scheint, zu berichtigen. Die Dichterabende sind bislang nicht zum wesentlichen denen zu gute gekommen, die vorher keine Gelegenheit hatten, unsere Geistesheroen kennen zu lernen. Soweit wir beobachten konnten, besteht die Zuhörerschaft der Sonntagsvorlesungen zum weitaus größten Theile aus jüngeren und älteren Leuten, welche den Kaufmannstand zu vertreten scheinen; sehr zahlreich nehmen auch Damen an den Abenden theil. Nun mag ja richtig sein, daß auch diese Zuhörer bisher wenig von Schiller und Goethe gewußt haben, aber immerhin kann von ihnen nicht angeführt werden, daß sie überhaupt keine Gelegenheit finden konnten, aus dem Born der deutschen Dichtung zu schöpfen. Es liegt uns fern, aus diesem Publikum der Direktion irgend welchen Vorwurf zu machen, aber konstatirt werden muß es doch, daß die Arbeiterschaft sich bis heute nur zu einem recht geringen Theil an den Dichterabenden betheiligt hat. Woran liegt das? Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Ursache nicht in den Veranstaltern an sich, sondern vielmehr in einem Mißtrauen zu suchen ist, welches der Arbeiter von alters her denen entgegenbringt, die ihm von oben herab mehr oder weniger richtiges geistiges Nahrung reichen möchten, ohne daß sie auf seine sozialen Nothe eingingen. Das hat sich schon in den sechziger Jahren der Wissenschaftlichkeit gegenüber gezeigt, die damals fortschrittliche Professoren dem Volk mit aller Gewalt einimpfen wollten, und das tritt auch heute noch zu Tage. Der Arbeiter kommt sich gedrückt vor, wenn Doctoren und Künstler sich herbeilassen, ihm für wenige Nickel auch einmal eine Brodenaulse aus unserer Literatur zu bieten; da geht er sich schon lieber allein in sein Zimmer und liest den Zwangspflanzungs-Baum. Und je mehr der sozialdemokratische, geschulte Arbeiter selber seine eigenen Hefte mit selbsteigenen entprechend gestalten lernt, je zweckloser, fürchten wir, werden für ihn gerade die Vorträge des Schiller-Theaters und ähnlicher Unternehmungen werden. Die Sünden, welche die herrschende Klasse, die wahren Vertreter der Bildung selber insgemein eingeschlossen, an dem arbeitenden Volke begangen hat und heute noch begeht, wirken auch auf die zurück, die aus ehrlichem Herzen von oben her dem Proletariat die Hand reichen möchten. Man besinnt sich sehr, bevor man einschlägt.

Gegen Gerhart Hauptmann's „Weber“ geht der Feldzug weiter. Aus Götting wird gemeldet: Der Magistrat inhibirte die Aufführung von Gerhart Hauptmann's „Die Weber“ am hiesigen Stadt-Theater, weil „Streit und Unfrieden in der Bürger-schaft“ befürchtet werde.

müssen wir für letztere die Grundlage auffuchen, auf der allein eine gesunde Ordnung der gemeinsamen Bedürfnisse des Volkes möglich ist, den nationalen Rechtsstaat.“

Am 19. Februar 1893 äußerte sich das gleiche Blatt, das seitdem nicht die Redaktion gerechelt hatte, folgendermaßen bei der Besprechung der Rede Capriotti's gegen die Agrarier:

Es ist also sicherlich richtig, daß in allen diesen Beziehungen die Verhältnisse stärker sind als die Regierung, und auch Fürst Bismarck, wenn er noch am Ruder stände, würde diese Verhältnisse nicht ändern, welche ja alle nur Wahrscheinlich sind auf dem Wege zum Sozialismus und eher keine Ruhe geben werden, als bis in irgend einer Weise die individuelle Wirtschaftsform durch die genossenschaftliche ersetzt wird... aber so gewiß die Noth der Landwirthe am letzten Ende nur durch eine Aenderung unseres Systems beseitigt werden kann, so gewiß ist ihre jetzige Agitation, ihnen selber unbewußt, nur der Reiz einer neuen und hoffentlich besseren Zeit.“

Und am 12. April 1893 hieß es im gleichen Blatte in einem Leitartikel über reines Deutschthum:

„So ist die Sozialdemokratie vor unseren Augen zu einem Niesen aufgewachsen, und ein besonders lehrreiches Beispiel von der dämonischen Kraft eines neu herauskommenden Kulturgedankens wird es immer sein, wie wir übrigen Deutschen es äußerlich und in unserem Bewußtsein zu der Sozialdemokratie gestellt haben.“

Man darf behaupten, daß unter den gebildeten Deutschen heute nur wenige noch den Gedanken einer Reform unseres Erwerbslebens vom Individuellen ins Genossenschaftliche, das heißt Sozialistische — ganz verwerfen... Nach brauchbaren Waffen suchen wir, nach blanten, nicht verrosteten, mit denen wir uns unsere Heimath zu erobern, nach einem Schiffe, das uns hinübertragen könnte, und beides finden heute Millionen gebildeter Deutschen in den Verheerungen des Sozialismus...“

In einem Aufsatze des Herausgebers der „Täglichen Rundschau“, Dr. Lange, „Deutsche Schulreform“ findet sich gegen den Schluß folgende Stelle:

„Die Verachtung der Arbeit haben die Amerikaner von sich gethan, aber das Geld haben sie zu ihrem obersten Götzen gemacht, und dieser schamlose Herrscher schwingt seine Geißel so hart über den Amerikanern, daß sie der wirklichen Beseitigung fast mehr als wir bedürfen. Jeder Amerika nach Europa haben bis jetzt den Gedanken der kulturellen Erldung verwirklicht; er schwebt noch als Verheißung über beiden und wird erfüllt werden, wenn die Völker, von äußerster Noth bezwungen, aus den Tiefen ihres sittlichen Bewußtseins den Entschluß erregen, die national geordnete Arbeit als Spenderin alles Weils auf den Thron zu heben und zugleich die Ketten ihres jetzt noch herrschenden Peinigers, des wucherischen Kapitalismus, ihr zu lösen.“

Man sieht, daß der teufelste der Deutschthümer seinen Mantel ebenso nach dem Winde zu richten versteht, wie ein ganz gewöhnlicher Stöckerling. —

Auch ein Beitrag zur Diskussion über die Emser Depesche. Bismarck erzählt in seinem Buche „Unser Reichskanzler“ (Band I, S. 422 u.) folgende gerade jetzt sehr interessante Reminiscenz zur Vorgeschichte der Kriege von 1866 und 1870/71:

„Noch genauer bin ich in der Lage zu berichten, belläufig nach einem Gespräche, das ich am 28. Januar 1869 hatte. Mein Gewährsmann erzählte:

„Kurz bevor die ersten Schüsse fielen (es muß nach dem obigen etwa 14 Tage vor Ausbruch des Krieges gewesen sein), sprachte Bismarck einen Sachsen, den damals in Berlin lebenden Bruder des österreichischen Generals v. Gablenz, nach Wien zum Kaiser mit Vorschlägen zum Frieden auf Grund des Dualismus“

und gemeinschaftlicher Wendung gegen Frankreich. Er ließ ihm vorstellen, wir hätten 8 bis 700 000 Mann auf den Beinen, sie auch eine Menge Leute. Da sollten wir uns lieber vertragen und eine Schenkung, eine große Frontveränderung vornehmen, nach Westen, beide zusammen, wie im Norden, sie im Süden“

gegen Frankreich, und das Elsaß wiedernehmen, Straßburg zur Bundesfestung machen.“

Frankreich wäre jetzt schwach gegen uns. Es würde kein gerechter Grund zum Kriege mit den Franzosen vorhanden sein, aber wir könnten uns damit entschuldigen, daß es auch kein gerechtes Verfahren gewesen sei,“

als Frankreich uns das Elsaß und mitten im Frieden Straßburg genommen hätte...“

Nun denn, Gablenz kam mit seinem Auftrage vor den Kaiser, welcher der Sache nicht ungeneigt schien, aber erst den Minister des Auswärtigen hören zu müssen erklärte, Wendorf. Der war nicht für solche Gedanken geschaffen, aber der Sache auch nicht gerade entgegen; er mußte mit den anderen Ministern reden. Die waren aber für den Krieg gegen uns. Der Finanzminister sagte — er dachte, sie würden uns schlagen —: erst müsse er 500 Millionen Kriegskontribution haben von uns, oder eine gute Gelegenheit, den Staatsbankrott zu erklären.“

Der Kriegsminister war mit Bismarck's Gedanken eigentlich nicht unzufrieden; er mußte aber gerufen werden, meinte er, dann könnten wir uns mit einander vertragen und zusammen gegen die Franzosen losgehen...“

Die Kratwalle in Münster wegen frühzeitiger Schließung der Schankwirtschaften nehmen immer größeren Umfang an. Einer uns aus Münster zugehenden Privatmittheilung entnehmen wir, daß berittene Gendarmen und Schutzleute mit der Waffe eingehauen haben und daß auch schon Schüsse gefallen sind. Ein Telegramm des offiziellen Wolff'schen Bureaus bringt gleichzeitig folgende klassische Mittheilung:

Münster i. W., 8. Oktober. In der letzten Nacht war die Polizei durch Gendarmen verstärkt worden. Die Beamten mußten mit der blanken Waffe vorgehen, wobei einzelne Verwundungen vorkamen. Die besseren Elemente ziehen sich von den Ausschreitungen zurück.“

Die besseren Elemente haben also anfangs, als ihnen die Wirtschaften zu früh für den Nachtschoppen gesperrt wurden, tapfer mit Kratwall und lassen jetzt die schlechteren die gemeinsam eingebrachte Suppe auslöseln. Das ist die richtige Revolution der Stammtischphilister. —

Die Verschärfung der irischen Homerule-Verordnung ist das natürliche Ergebnis des homerule-feindlichen Regierungswechsels in England. In Amerika wurde der Beweis gegeben, Irland selbst folgt nach. In Dublin wurde am Montag eine Versammlung der Parnelliten abgehalten. John Redmond führte den Vorsitz und erklärte, Irland bestände auf „Homerule“ und würde mit bloßen Besserungsmaßregeln nicht zufrieden sein. Wenn ein Krieg in Europa ausbrechen sollte, würden die Irländer unter den Klängen der „Marschallkaiser“, nicht unter denen des englischen Loyalitätsliedes „God save the queen“ marchiren. Die Versammlung nahm Resolutionen zu gunsten von Homerule und zu gunsten einer Amnestie der politischen Gefangenen an.

Die englische Regierung und ihre unionistische An-

hängerschaft stellt sich, als wünschte sie die Homerule-Bewegung. Sie wird schon merken, welche Unannehmlichkeiten ihr erwachsen, wenn sie die Irlander denjenigen Elementen in die Arme treibt, die auf die Losreibung Irlands von Großbritannien hinarbeiten. —

**Zum Fall Hammerstein.** Man schreibt uns: Urtomisch nehmen sich die Anstrengungen an, welche die Berliner Kriminalpolizei des Herrn Pücker nachträglich macht, um den Aufenthalt des Herrn von Hammerstein zu erfahren. Jetzt, wo er aber alle Wege ist, jetzt, wo er einige Milliarden Rubelmeter Salzwasser zwischen sich und seinen Verfolgern weis, jetzt erst forscht man eifrig nach seinem Verbleib. Warum fahete man denn nicht gleich zu, als die ersten Enthüllungen über seine Selbstthaten in die Öffentlichkeit gelangten? —

**Zu der Frage der Hammerstein-Briefe** ist die „Germania“ die eifrigste Verteidigerin der durch unsere Veröffentlichungen so schwer geschädigten Moral ihrer feindlichen Brüder. Heute schreibt das fromme Blatt:

„Sollte es nicht etwa der Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ sein, der „per sua et nefas“ die Hammerstein-Briefe an sich gebracht hat, um einige davon an die sozialdemokratische Firma Singer-Samberger und Kompagnie abzusetzen, damit der „Vorwärts“ als „Sahmemann“ vorangehe, während andere Briefe in den Kreisen „zur gelegentlichen Verwendung“ bereit gehalten werden, welche als Aussage auf einem zuvor beackerten Boden dienen sollen?“

Wir konstatieren, daß unser Material mit dem in der „Nation“ erwähnten, sowohl was die Herkunft, als die Art des Erwerbs anlangt, nicht das allermindeste zu thun hat. Es ist ferner selbstverständlich, daß wir ebensowenig wie sonst, auch in diesem Falle nicht das allermindeste mit dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus oder einer ähnlichen Organisation oder mit Personen gleicher Richtung gemein haben. —

### Deutsches Reich.

**Bundesrat.** In der ersten Sitzung, zu welcher das Plenum des Bundesrats nach der Sommerpause am Donnerstag wieder zusammentritt, werden der Tagesordnung zufolge unter dem Vorsitz des Staatsministers von Boetticher meist Vorlagen formaler Natur und Verwaltungssachen, wie die Bildung der Ausschüsse, Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit u. dgl. zur Erledigung kommen. An Vorlagen sind dem Bundesrat außer dem Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs und dem Amtlichen Waarenverzeichnis eine große Zahl von Petitionen zugegangen. —

**Nachwahlen zum Reichstage.** Die württembergische Regierung hat die Reichstags-Nachwahlen im 7. und 12. württembergischen Wahlkreise auf den 12. November anberaumt. —

**Protest des deutschen Handwerkerbundes.** Der allgemeine deutsche Handwerkerbund hat eine Protest-Erklärung wegen der Abhaltung der Handwerkerkonferenz an das Reichsamt des Innern, das preussische Handelsministerium und an den Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände gerichtet, in der es heißt:

„Der hervorsteckendste Zug der Zusammensetzung der Konferenz war der, daß von ihr durch den Zentralausschuß eine jede Vertretung des süddeutschen Handwerkerstandes und zwar, wie wir anzunehmen leider nur zu sehr berechtigt sind, mit Absicht fern gehalten worden ist. Da die Verhandlungsgegenstände das ganze deutsche Handwerk betreffen und interessieren, ist die Gewerbebesprechung doch Reichssache und Süddeutschland doch auch für den Berliner Zentralausschuß als zum Reiche gehörig gelten muß, so erbliden wir in dieser tendenziösen Zurücksetzung der Handwerkerbünde, ganz besonders aber des süddeutschen Handwerkerstandes eine kraffe Verletzung der Gleichberechtigung. Der allgemeine deutsche Handwerkerbund, die Zentrale der freien deutschen Handwerkerbewegung, protestiert daher ganz entschieden dagegen, daß vielleicht die Ergebnisse der Verhandlungen in fraglicher Konferenz als der Ausdruck und die Willensmeinung des gesammten deutschen Handwerkerstandes zu handhabe betrachtet würden. Sollen die Wünsche der deutschen Handwerker und ihre Anschauungen über die Organisationspläne der Regierung zu unverfälschter Kenntniß gelangen, so erbringt nichts anderes, als wie im Jahre 1891 so auch jetzt wieder eine aus Handwerksmeistern der einzelnen Bundesstaaten gebildete Konferenz zu berufen und ihr eine unbeschränkte Aeußerung über die beabsichtigten gesetzgeberischen Maßnahmen einzuräumen.“

Die Einigkeit unter den Innungshäuptern ist sonst auf dem besten Wege in die Brüche zu gehen. —

### Italien.

**Rom, 8. Oktober.** Der Kriegsminister hat auf dem Schießplatz von Tor di Quinto einer Uebung mit dem Gewehr von 1891 beigewohnt. Auf eine Entfernung von 100 bis 500 Meter wurden hahlerne Platten von großer Widerstandskraft in Stärke von 20 Millimetern durchschossen. —

### Türkei.

**Konstantinopel, 7. Oktober.** Auf die von den Volkshäusern gestern an die Pforte gerichtete, von uns unter Depeschen mitgetheilte gemeinsame Verbalnote erhielten dieselben von letzterer die Zusicherung, daß die Herbeiführung einer baldigen Beruhigung mit ersten Mitteln angestrebt werden wird.

Zur Verstärkung der Polizei, welche sich in wiederholten Fällen als zu schwach erwies, um Ausschreitungen der Bevölkerung zu verhindern, werden seit zwei Tagen Truppenabtheilungen herangezogen.

Die Klagen sind immer noch mit Klüchlingen angefüllt, welche offenbar diese Klage nicht vor dem Eintritt voller Beruhigung zu verlassen wagen.

Viele unschuldig verurtheilte armenische Passanten werden jetzt entlassen; beinahe alle Beklagten sich über Risikahandlungen, welche sie bei ihrer Arretierung oder im Arrest erlitten hätten. Es ist festgestellt, daß Sofas's und Pöbel in verschiedenen armenischen Vierteln Raub begangen haben.

Londoner Blättern zufolge ist die Zahl der in Konstantinopel getödteten Armenier auf 150 festgestellt worden. —

### Kuba.

**Havana, 8. Oktober.** (Central News of Germany.) Eine starke Insurgentenmacht hat die Stadt Santa Clara besetzt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Befahrung und Bevölkerung schlossen sich nach kurzen Parlamenten den Rebellen an.

Der spanische Kreuzer Infante Isabel ist bei Bahia Honda, einem Hafen an der Nordküste der Insel, sechzig Meilen westwärts von Havana, gescheitert. —

### Partei-Nachrichten.

Bei der Gemeinderaths-Wahl in dem zum Hamburgischen Staate gehörenden Dorfe Geseffschacht wurde der Parteigenosse Heinrich Ziehl fast einstimmig zum Vertreter der Klasse der Nichtgrundbesitzer gewählt.

Aus Mannheim berichtet die „Volkstimme“, daß der dortige, nach Angabe der „Volkstimme“ nur noch aus etwa 17 Mitgliedern bestehende, für Dr. Hädt eintretende „sozialdemokratische“ Verein „Vorwärts“ 6000 Exemplare eines von Nationalliberalen bezahlten Flugblattes verbreiten ließ, worin er den Landtags-Kandidaten Dreesebach heftig angreift und Wahlenthaltung proklamirt. Dieses Verfahren der Kandidaten ist um so schmachvoller, als es angeht, der von nationalliberaler Seite gegen Dreesebach ausgestreuten Fesseln und

hinterlistigen Verdächtigungen, wie sie sich dieser Tage die „Badische Landeszeitung“ leistet, Pflicht jedes Parteigenossen ist, den Zweck dieser Verdächtigungen, nämlich die Störung unserer Wahlbewegung durch um so größere Sinnlichkeit zu vereiteln. Sagte doch selbst die kapitalistische „Frankfurter Zeitung“ in einer Besprechung der bekannten Erklärung der „Badischen Landeszeitung“, die Sozialdemokraten müßten kein Ehrgefühl haben, wenn sie unter solchen Umständen nicht alles aufbieten würden, um Dreesebach durch die Wahl eine Genugthuung zu bereiten.

Die „Badische Landeszeitung“ hat inzwischen der Staatsanwaltschaft das „Material“ übergeben, das sie für ihre Verleumdung, Dreesebach habe Betrug verübt, in Händen haben will. Dazu hat Dreesebach das nationalliberale Blatt selbst auffordern lassen. Unser Mannheimer Bruderorgan schrieb darüber: „Wenn es (die „Badische Landeszeitung“) das „Material“ in Händen hat, so fordern wir das Ehrenblatt auf, sofort seine Beweise dem Staatsanwalt zu überliefern. Der Staatsanwalt Geiler aber, der doch sonst recht feink ist, wenn es sich um sozialistische Verbrecher handelt, fordern wir auf, sofort die beiden Redakteure der „Landeszeitung“ vernemen zu lassen und gegen Dreesebach Klage wegen Betrugs einzuleiten. Mehr können wir nicht thun, um die Unschuld Dreesebach's konstatiren zu lassen. Also bitte, Herr Staatsanwalt!“

**Todtenliste der Partei.** In Oera ist der wohlbewährte Parteigenosse Karl Eduard Werner aus dem Leben geschieden. Zahlreich gaben ihm die Genossen und Freunde das letzte Geleit. Die städtischen Körperschaften hatten Werner als langjährigem Gemeinderaths-Mitgliede einen großen mit den städtischen Farben geschmückten Vorbezug gestiftet, der von einem Rathsdienere dem Zuge vorangetragen wurde. — In Würzburg stand der wackere Parteigenosse Josef Gert, Anführermitglied der dortigen Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen eines Artikels über den bekannten Antrag Kanitz war, wie der „Vorwärts“ seimezeit schon mittheilte der Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, Genosse Reulrich, der Beleidigung des preussischen Staatsministers angeklagt. Der vom Reichskanzler Hohenlohe gestellte Strafantrag, war aber nicht von allen Mitgliedern des Ministeriums unterschrieben, weshalb die am 3. September abgehaltene erste Verhandlung vom Landgericht vertagt wurde, damit die fehlenden Unterschriften herbeigeschafft würden. Es scheint sich nun seiner der betreffenden Minister weigert zu haben, die Hand dazu zu bieten, daß die ohnehin schwer verfolgte Arbeiterpresse abermals mit einem Prozeß beglückt werde, denn in der zweiten Verhandlung des Breslauer Landgerichts, die am 8. Oktober vor sich ging, wurde der Strafantrag des Reichskanzlers Hohenlohe für genügend erachtet und der Redakteur Reulrich wegen Beleidigung des preussischen Staatsministers zu 800 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Die von der Nürnberger Strafkammer verurtheilten Mitglieder des aufgelösten Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins haben Revision beim Reichsgericht angemeldet.

— Verboten wurde in Augsburg die zum vorigen Sonntag geplant gewesene Versammlung des Wahlvereins, weil das bayerische Jurel von Vereinsgesetz vorschreibt, daß auf der Anmeldung unter dem Namen des Embersers auch der Name des Wirthes prangt, bei dem die Versammlung abgehalten wird. Das war unterlassen worden.

— Durch eine Kritik ihres Vorgehens gegen den Reichstags-Abgeordneten Herbert fühlt sich die Stettiner Staatsanwaltschaft beleidigt. Sie hat gegen den Redakteur des „Volkboten“, Genossen Ohl, als Thäter und auch gegen Herbert Strafantrag gestellt, weil dieser der That mitverdächtig sei.

### Gewerkschaftliches.

**Achtung, Töpfer!** Wir verweisen auf die heutige Annonce im „Vorwärts“ und ersuchen die Kollegen, auf allen Bauten dafür zu sorgen, daß in der am Freitag, abends 6 Uhr, Gipsstraße 11 stattfindenden Vertrauensmänner-Sitzung jeder Bau durch einen Vertrauensmann vertreten ist, damit wir in der Lage sind, der nächsten öffentlichen Versammlungen mit Material aufwarten zu können. Sollte auf einzelnen Bauten kein Vertrauensmann gewährt sein, so erwarten wir, daß sich ein Kollege auf dem Bau finden wird, der freiwillig für diesen Abend die Vertretung übernimmt und in der Sitzung Bericht erstattet, wie die Verhältnisse auf seinem Bau liegen, gleichviel ob dort nach dem Lehutarif bezahlt wird oder nicht. Eugen Borkowski, Vertrauensmann der Töpfer Berlins und Umgegend.

**An die Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend!** Kollegen! Wie Euch bekannt ist, befinden sich mehrere Gewerkschaften im Lohnkampf. Unsere Pflicht ist es nun, die kämpfenden Brüder kräftig zu unterstützen. Wir erinnern die Kollegen an unseren letzten Streik, wo die Genossen gegen und ebenfalls ihre Schuldigkeit gethan haben. Wir erwarten von unseren Berufsgenossen, daß sie voll ihrer Pflicht genügen. Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen, die noch residirenden Beiträge sobald als möglich zu begleichen. Der Vorstand des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend. J. K.: Rich. Topf, Gipsstr. 16.

### Lokales.

Unser Oberbürgermeister Herr Zelle soll bei einem Interview, das er dieser Tage bei seinem Besuch in Wien auszuhalten hatte, gar merkwürdiges Zeug zusammengeredet haben. Das erste dortige Korruptionsblatt, die „Neue Freie Presse“, hat einen Berichtstatter auf ihn abgeschickt, und dieser hat zunächst herausbefunden, daß Herr Zelle eine „wegen seines Freisinn und seiner reichen politischen Begabung in allen politischen und gesellschaftlichen Kreisen Berlins und ganz Deutschlands hochangesehene Persönlichkeit“ ist. Der Freisinn des Herrn Oberbürgermeisters muß sich in dem Interview aber verschiedentlich gar komisch bekundet haben. Einige Beispiele: Der deutsche Kaiser hat, wie Herr Zelle dem Reporter erzählte, das Reichslagsgebäude den Gipfel der Geschmacklosigkeit genannt. „Ich gestehe, ich müßte dem Kaiser Recht geben und nicht dem Reichsleiter“. Das heißt noch Manneswuth und selbständige Meinung. Die Wiener Bauten sind nach Herrn Zelle im Gegensatz zu denen der deutschen Reichshauptstadt „stolz und leicht“; dafür habe Berlin aber einen Vorzug, der Wien fehle, nämlich ein „stark entwickeltes Nachtleben“. Das ist denn doch wenigstens ein passender Ersatz für den Mangel an schönen Monumentalbauten. Weiter schwang sich Herr Zelle zu einer langen Auseinandersetzung über den Antisemitismus auf und über die Ursachen, welche zu den Erfolgen geführt haben, die er in Wien erlangt. Die oberbürgermeisterlichen Darlegungen in der „N. Fr. Pr.“ zeugen von einer Oberflächlichkeit, wie sie selbst von einem freisinnigen Lichte denn doch in Rücksicht auf den deutschen Namen wenigstens im Anlande nicht zur Schau getragen werden sollte. Der Reichswahl-Klang aus in eine Verherrlichung des vom Bezirkshauptmann Friedrisch geführten Regiments; jener Herr ist den Wienern bekanntlich von der Regierung aufstrotzt worden, als dieser die Wahl des Antisemiten Energer nicht poste. „So wird es auch bei uns kommen, wenn die Sozialdemokraten Stundale provoziren.“ Ueber die Bedeutung dieser geschriebenen Redewendung geht vielleicht Herr Zelle einmal in Berlin nähere Auskunft. Der Schlussatz der Zelle'schen Ausführungen lautet nach der „Neuen Freien Presse“:

„Die Großen der Politik aber werfen die Hinte ins Korn, weil sie des Kampfes müde sind. Einen ähnlichen Streit, wie Sie mit den Antisemiten, haben wir mit den Sozialdemokraten; nur sind die letzteren schwächer an Zahl. Wegen die Schreier zu

kämpfen, sind nun schon die meisten Politiker überdrüssig. In diesen unerquicklichen Verhältnissen hat niemand mehr Lust, ein Mandat zu übernehmen, weder bei uns, noch bei Ihnen.“

Falls das Zeug, welches das jüdisch-kapitalistische Blatt dem Berliner Oberbürgermeister in den Mund legt, von diesem wirklich gesprochen sein sollte, so hätte Herr Zelle damit glänzend den Beweis geliefert, daß auch er ein Großer der Politik ist, dem nicht dringend genug angeathen werden kann, lieber heute als morgen „die Hinte ins Korn zu werfen“.

**Noch eine Preklimme in der Umtausungssache.** Die „Berliner Zeitung“ schreibt: „Gleicht der Versuch der Staatsanwaltschaft, auch Herrn Pfund dem Urtheil der Brausenwetter'schen Kammer zu unterwerfen, so ist der Rechtsgrundsatz, daß kein Deutscher seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf, eine inhaltslose Phrase. Auch dem Staatsanwalt, als Organ der Rechtspflege, sollte man meinen, kann es nur erwünscht sein, seine Sache vor demjenigen Richter zu führen, von dem er die unbefangenste Beurtheilung derselben erwarten kann. Dem Herrn, welcher an der Pfund'schen Sache den Umtausungsprozeß vorgenommen hat, ist es offenbar nicht bekannt, daß das temperamentvolle Auftreten des Herrn Brausenwetter dem Justizminister von Schelling zu einem recht lesendwerthen Zirkularerlaß an die Gerichtspräsidenten Anlaß gegeben hat und daß nach dem Gummischlauchprozeß sehr angelegene Juristen, wir nennen nur den verstorbenen Reichsgerichtsrath Bähr, die Geschäftsführung des Herrn Brausenwetter einer recht empfindlichen Kritik unterzogen haben. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß die gegen den Traupenungsverstoß eingelegte Beschwerde Erfolg hat. Das Vertrauen in die Rechtspflege, welches in letzter Zeit manchem Stoß ausgeht war, könnte dadurch nur gewinnen, und daran haben gerade diejenigen das größte Interesse, welche sich zu Vorkämpfern im Streite für die göttliche Weltordnung berufen fühlen.“

**Sozialpolitik der Waisenträte.** Aus einer Sitzung der Berliner Gemeinde-Waisenträte bringen bürgerliche Blätter einige Mittheilungen, die auch die Arbeiterschaft zum theil interessieren dürften. Danach hat sich zunächst der Herr Stadtschulrath Bertram als ein hübsch forscher Mann gezeigt, der an der Art, wie im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte die verwahrloste Jugend gestraft wird, trotz allem immer noch seine helle Freude zu haben scheint. Während nämlich alle übrigen Redner für Hinausschiebung der Strafmündigkeit bis zum vollendeten 14. Lebensjahr eintreten, sprach sich einzig Herr Bertram für Beibehaltung der gegenwärtigen Altersgrenze aus. Ob sie nicht irah genug dem Verbrechertum entgegenweifen, die armen Kinder, die dank der Härtheit unserer Gesellschaftsordnung nie etwas vom geordneten Familienleben gekannt haben und schon in der Kindheit elend verwahrloft worden sind? Oder glaubt Herr Bertram noch an das abgestandene Märchen, daß im Gegensatz zu erwachsenen Sündern Kinder im Gefängniß gebessert werden können?

Weiter wurde in längerer Befprechung die Frage erörtert, wie weit den Waisenträten bei der Wahl des Berufs ihrer Pflegebefohlenen eine ausschlaggebende Entscheidung zugestehen sei. Man wies darauf hin, so heißt es in einem Bericht der „Nat.-Zeitung“, daß es unbedingt notwendig sei, auf die Pflegebefohlenen schon im letzten Schuljahr der Schulzeit einzuwirken, damit sie in der Frage des künftigen Berufs Klarheit gewinnen. Es heiße, einen Punkt der sozialen Frage lösen, wenn die Kinder in Lehrverhältnisse gebracht würden, die für sie geeignet seien.

Das wäre auch dann noch nicht der Gipfel sozialpolitischer Weisheit, wenn es keine Massen-Arbeitslosigkeit und keine Hungerlöhne gäbe, die es selbst dem fleißigsten und geschicktesten Arbeiter unendlich schwer machen, sich durchs Leben zu schlagen. Zum Schluß wurde in der Sitzung darüber Klage geführt, daß für die aus den Krankenhäusern entlassenen Säuglinge bis zu 80 M. Pflegegeld gezahlt werden müßten. Denken die Herren Waisenträte vielleicht, daß eine solche Summe zu hoch ist für eine opferwillige Pflege?

**Neuzeitliche Lehrmittel** können bekanntlich von „bedürftigen“ Eltern für ihre Kinder beansprucht werden, woraus wir gelegentlich des Beginns eines neuen Schul-Halbjahrs besonders hinweisen. Diesbezügliche Wünsche sind an den Rektor zu richten und dürfen nicht ohne weiteres zurückgewiesen werden, zumal die zu diesem Zweck im Stadthaushalt ausgegebenen Mittel zuletzt nicht einmal ganz verbraucht wurden! —

**Ein handwirthschaftlicher Unterricht** wird in vier Gemeindefchulen im Norden der Stadt, nämlich in der 19., 29., 56. und 106. Gemeindefchule erteilt. Eine öffentliche Prüfung in diesem Fache soll kürzlich in der 196. Gemeindefchule vom Schulinspektor Jwied in Anwesenheit eines Provinzial-Schulraths und eines Pastors abgehalten worden sein. In der Küche, die in einem Koffenzimmer hergerichtet und mit allem nöthigen Material ausgestattet ist, wurde von den Kindern eine Suppe mit Fleisch und ein Gemüse gekocht. In der angeflossenen theoretischen Prüfung, so heißt es in einem Bericht weiter, war besonders bemerkenswerth die klare Erfassung der naturwissenschaftlichen Vorgänge in Küche und Hauswirthschaft, ein besonderes Verdienst des Schuldirektors dieses Unterrichtes, des städtischen Schulinspektors Dr. Jwied. Der hauswirthschaftliche Unterricht, der allmählig auf alle Mädchenschulen ausgedehnt werden soll, wäre gewiß von Bedeutung, wenn nicht die bekannte Gefahr bestände, daß die Kochkunst während der Jahre, die das Mädchen nach seiner Schulentlassung in der Fabrik zubringen muß, vollständig wieder verschwindet würde.

Das Alexanderplatz-Theater soll, wie uns der künftige Direktor, Herr Schöff, schreibt, drei Tage hindurch gründlich gereinigt und dann am 19. Oktober mit einer Pariser Operette neu eröffnet werden. Möge das Scheuersfest weder die Direction noch das Publikum verschonen.

**Krähwinkel in Berlin's Umgegend.** In Zudenwalde hat sich der „Abendpost“ zufolge der Hansbisherverein mit Zweidrittelmehrheit gegen Einrichtung des Vorortverkehrs nach dort ausgesprochen, da die Befürchtung nahe liege, daß bei Verbilligung der Eisenbahnfahrpreise die Zudenwalder in Berlin ihre Einkäufe machen werden. Man sieht an diesem Beschluß, was von einer Stadtoverwaltung unter Umständen zu erwarten ist, in der das Hausagrariertum die erste Geige spielt.

**Ein merkwürdiges Stück Bureaunkrämmung** wird tagtäglich im Noabiter Justizpalast an der Gerichtslasse geübt. Die als Jungen in den verschiedenen Strafsachen vorgeladenen Polizeibeamten haben selbstverständlich gleich anderen ein Recht, die Auslagen, welche ihnen die Reise nach Noabit verursacht, von der Gerichtslasse einzufordern. Insgemein werden von den Schulheuten natürlich die Pferdebahngelder erhoben. Dabei wird nun von jedem Beamten in jedem Falle eine eidesstattliche Versicherung darüber eingeholt, daß er die 10 oder 20 Pfennig, die er für die Rückfahrt verlangt, auch wirklich zu diesem Zweck und zu keinem anderen verwendet. Uns dünkt, daß eine solche Formalität sich schlecht mit dem Vertrauen zusammereimt, das man sonst gerade in der Strafsjustiz den Worten von Polizeibeamten schenkt.

**Der Großen Berliner Pferdeisenbahn-Gesellschaft** ist vom Polizeipräsidenten die Mittheilung zugegangen, daß gegen die Fähring der elektrischen Linie „Dönhofsplatz-Ausstellungsplatz“ durch die Lindenstraße, anstatt durch die Jerusalem- und Kochstraße, Bedenken nicht vorliegen, jedoch müsse auch für die Lindenstraße die unterirdische Zuleitung hergerichtet werden. Die von der Gesellschaft erbetene, vom Magistrat bereits genehmigte Abfahrtsstelle in der Kommandantenstraße, nahe der Leipzigerstraße könne dagegen nicht zugelassen werden, da der öffentliche Fahrweg des Dönhofsplatzes für die Interessen des Trostschens- und Omnibusverkehrs freigehalten werden müsse. Die Fährstelle sei vielmehr in der Krausenstraße einzulichten.

# Pariteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Ich komme nun zu dem zweiten Theil: „Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums“. Ich brauche wohl nicht erst zu betonen, daß die Vermehrung des Grundeigentums nicht der Sozialdemokratie nichts zu thun hat. Was geht uns das Grundeigentum an, das vielleicht irgendwo in Posen an einen Gutsbesitzer verpackt wird? Alle europäischen Sozialisten, namentlich die ausgezeichneten Theoretiker in Rußland, sind Gegner des Grundeigentums. Sie alle sehen ein, daß statt der alten Kleinbauern zunächst ein ländliches Proletariat geschaffen werden muß. Sie sind für Auflösung des Grundeigentums, weil sie die Dinge so ansehen, wie sie tatsächlich sind und erst die richtige Vorbedingung schaffen wollen. Freilich muß man dann länger warten, aber das thut in diesem Falle nichts.

Was haben wir denn eigentlich für Allmenden? Vom Schwarzwald habe ich vorher gesprochen. In der Schweiz haben wir von den Alpen abgesehen Weidewirtschaft. Dort bestehen solche kleinen Fehden Land, das wohl niemand glauben wird, wir hätten ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Zustände. Im Durchschnitt kann dort ein Arbeiter mit seinem Acker gerade seinen Hausbedarf an Kartoffeln decken. Diese Frage hat also dort heute schon gar keine Bedeutung mehr. In Baden kommt nach einer Statistik von 1884 so wenig auf den Bewohner, daß damit nicht ein einziger seinen Familienbedarf decken kann. In Württemberg haben nach einer Statistik von 1890 1629 Gemeinden überhaupt Allmenden: von diesen haben 567 Gemeinden einen Allmendenbesitz von 1-10 Morgen, 315 einen solchen von 11-30 Morgen, der sich noch auf die einzelnen Familien vertheilt, also von gar keiner Bedeutung ist. Und wie urtheilen die Leute, die uns etwas nahe stehen und die Dinge kennen darüber? Sie sagen, dadurch, daß wir von Gemeinde wegen den Leuten keine Ackerchen zuweisen, thun wir dasselbe, als wenn wir den Arbeitern als gute Herren kleine Acker geben. Wir fesseln sie an die Scholle. Vielfach verfährt man auch so, daß man die Allmende nicht gleich vertheilt, sondern erst nach 10 oder 20 Jahren, und daß sich der Antheil je nach der Länge der Zeit vermehrt. Ja, da tritt doch der arbeitserfindliche Charakter der Allmenden ganz deutlich hervor. Eine Autorität für uns, der Fabrikinspektor Wörtschhofer gesteht ein, daß die Allmendenregulierung, wie sie in Baden vor sich geht, dazu dient, die Leute zu fesseln, und er hält es für ein Glück, daß die Allmenden immer mehr zurückgehen. Dieser entschiedene Arbeiterfeind aus den bürgerlichen Kreisen ist der Meinung, daß dadurch nur eine Lohnrückbildung herbeigeführt wird. Rehnlicher Ansicht ist Wücher bezüglich des Kantons Glarus. Man bekommt dadurch einen Stamm sehnlicher Arbeiter. Man braucht keine fremden Arbeiter heranzuziehen und schiebt die Möglichkeit einer Konkurrenz aus; ähnlich wie man früher in England den Arbeitern Zuschüsse aus Armenkassen gewährte, und damit den Zweck der Lohnrückbildung verfolgte, so bewirkt man auch durch die Allmende nichts anderes, als daß man den Fabrikanten das schenkt, was sie sonst mehr an Lohn zahlen müßten. Verlangen Sie etwa, daß wir als sozialdemokratische Partei dafür eintreten? Die Allmende wird heute gerade von bürgerlichen Agrarpolitikern, wie z. B. Freyherren von der Goltz verlangt und gerade deshalb sollten wir uns sehr wohl überlegen, ob wir eine solche Forderung auch stellen dürfen, denn unsere Gegner verstehen ihre Interessen am besten zu wahren. Auch in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik heißt es, man solle das Grundeigentum nicht zu hoch verpacken, um die Arbeiter fesseln zu können. Die Vermehrung der Allmenden ist also keine sozialistische Forderung, sondern eine Forderung der agrarischen Interessenten und Großindustriellen.

Wie steht es nun mit der Forderung der Verstaatlichung der Grundschulden? Wer die agrarische Literatur seit 20 Jahren und die agrarischen Programme kennt, der wird wissen, daß diese Forderung heute fast in allen Bauernprogrammen, in antisemitischen, im Zentrumprogramm enthalten oder andeutend ist, diese Forderung ist uralte. Immer wenn man die Bauern gewinnen wollte, machte man ihnen ein solches Versprechen. So zum Beispiel im Jahre 1848 seitens der bürgerlichen Revolutionäre. Die Forderung ist wörtlich in antisemitischen Programmen Liebermann v. Sonnenberg's enthalten, v. Kardorff ist in seinem Wahlkreise damit herumgezogen, kurz, sie können nehmen, wen sie wollen: Alle Agrarier haben diese Forderung gestellt und da wäre es doch ein Wunder, wenn nicht auch in unserer Partei einzelne darauf verfallen wären. (Heiterkeit.) Aber unsere Gegner sind radikal und weitlicher gewesen. Wir erreichen damit gar nichts, denn Herabsetzung des Zinsfußes heißt für den kleinen Bauer nichts; anderes, als daß er glaubt, seinem Stückchen Land noch mehr bieten zu können und sich von neuem in Schulden stürzt. Ja, bei der Erbtheilung wird sogar die Verschuldung noch eine höhere und der Bauer ist dann wieder da, wo er vorher gewesen ist. (Sehr richtig.) Das erkennen unsere Gegner, aber wir wollen es nicht wahr haben, wir wollen die einfache Konsequenz nicht ziehen. Wir wollen den Bauern Honig um den Mund schmieren, ohne ihm nützen zu können. Wir bleiben eben auf halbem Wege stehen, und wir bewirken dadurch, daß die Gegner uns mit unseren eigenen Waffen schlagen können. Wenn unsere Gegner die Verstaatlichung der Grundschulden verlangen, so haben wir keinen Grund, diese Forderung zu unterstützen, denn unsere Gegner wollen die Verstaatlichung aus Kosten der Arbeiter (Sehr richtig!), und dann haben wir nicht mehr die Gegner in der Hand, sondern die Gegner uns. Sie werden vielleicht vermundert sein, daß ich darauf gedrungen habe, den süddeutschen Entwurf zu veröffentlichen. Ich habe das nicht gethan, um die Süddeutschen zu tranken, sondern nur, weil dadurch am allerdeutlichsten hervortrat, mit welcher Unkenntnis und mit welchem Mangel an Gewissenhaftigkeit heute Forderungen in der Partei aufgestellt werden konnten, und wie auch selbst gute alte und erfahrene Parteigenossen auf solche Charlatanerie eingehen konnten. Als ich den süddeutschen Entwurf sah, da schien es mir, als ob ich diesen Entwurf schon einmal irgendwo gesehen hätte, und ob er schon einmal in einem großen Staate als Gesetz vorgelegen hatte, als ob er von einer ganz reaktionären Regierung vor 2 Jahren veröffentlicht worden wäre. Der süddeutsche Entwurf hat also in seiner Unkenntnis und geringen Gewissenhaftigkeit einen Entwurf eingebracht, der jeden Augenblick in einem der größten Reiche schon hätte Gesetz sein können. Ich habe mir deshalb den alten österreichischen Entwurf, betreffend die Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirthe aus dem Jahre 1893 vorgenommen, dessen Urheber der exrevolutionäre Graf v. Falkenhayn ist (Heiterkeit), der Minister, der die Verantwortung trägt für all das, was den österreichischen Bergarbeitern in den letzten Jahren geschehen ist, der Mann, dessen Hände von dem Blute der erschöpften Bergleute besudelt sind. Nur den Naturalisten hat er in seinem Entwurf nicht gefordert, denn dagegen hat der Finanzminister protestirt. (Heiterkeit.) Es ist ein Glück, daß dieser Herr nicht preussischer Minister ist, denn sonst hätten wir für seinen Entwurf stimmen und mit Hurrah einschwenken müssen. (Heiterkeit.) Ja, wenn die Dinge so weit gehen, daß die Leute, die hier an der Partei herumdoßeln wollen (Heiterkeit), so wenig Ueberdacht und so wenig Gewissenhaftigkeit haben, daß sie ruhigen Blutes solche Dinge zu Papier bringen, dann halte ich es für meine Pflicht, der Sache die Schellen umzuhängen und die Partei zu fragen, ob solche Leute beanspruchen dürfen, in diesen Fragen an der Spitze zu marschiren. Nein, Leute, die so wenig Ahnung von der Sache haben, muß man bloßstellen. (Sehr richtig!) Ich habe in den 15 Jahren, wo ich in der Partei bin, derartiges noch nicht erlebt. Man sollte es wahrhaftig nicht für möglich halten, daß

so lange Zeit, nachdem Karl Marx gegen Proudhon geschrieben hat, in unserer Zeit noch von einem Naturalisten die Rede sein kann. Zum Schluß noch einige Worte über die praktische Stellung, die wir im politischen Leben einnehmen würden, wenn wir den Entwurf annehmen, wenn wir auch alle die gekennzeichneten Agrarierforderungen annehmen. Der Bauer kommt doch nicht zu uns, wenn wir ihn nicht alle möglichen „Wenn und Aber“ lassen, auch nicht einen Bauer werden sie aus den Krallen der Agrarier holen, wenn wir den Entwurf und noch alles mögliche billigen, was die Bauern haben wollen. Wenn wir einige Forderungen annehmen, dann giebt es keinen Halt mehr. Den Anfang haben wir noch in den Händen, das Ende nicht mehr. Außerdem in welche Gesellschaft würden wir durch die Annahme des Entwurfes gerathen!? Jeder Antisemit, der das Grundeigentum vermehren will, der für die Verstaatlichung seiner Schulden thätig ist, klopfst uns, wenn er zu uns kommt, auf die Schulter und wir müssen ihm wieder auf die Schulter klopfen. Wir wollen aber doch nicht Elemente heranziehen, von denen wir gar nicht wissen können, wie sie bei uns wirken werden. Wir wollen lieber Schritt für Schritt vorwärts gehen, allein, als schnell mit den Antisemiten und Bauern eifern. Es ist jetzt noch ein Segen für uns, daß diese Leute ihre eigenen Wege gehen. Besonders die jüngeren Genossen warne ich vor der allzu nahen Nachbarschaft dieser Leute, wollen sie nicht den Teufel durch Beiseitreiben auszuweiden versuchen. Wir wollen keine Charlatanerie, wir wollen nicht mit Wundermitteln kuriren. Diejenigen Leute, die an der Spitze gehen könnten, hätten mehr Gewissenhaftigkeit haben sollen. Ich habe die Veröffentlichung verlangt, um den Leuten zu zeigen, was für Quacksalbereien in das Programm kommen sollten. Wenn die Genossen nach der langen Diskussion ihr Unrecht noch nicht eingesehen haben, dann müssen ihnen eben die Arbeiter die Wege weisen. Und darum bitte ich Sie: Lehnen Sie den ganzen Entwurf ab. Die Partei verliert an ihm nichts. Wir wollen freilich den Kleinbauern heranziehen, aber wir müssen ihm erklären, daß er keine Zukunft hat als Besizender, sondern nur als Besizloser, wenn er unter unserer Fahne kämpft. Wir wollen das Pferd nicht beim Schwanz aufsäumen und nicht einreiten wie Uhlans' Abt, verkehrt, mit dem Schwanz in der Hand. (Lebhaftes Bravo und Handklatschen.)

Auer beantragt: 1. Der Pariteitag wolle beschließen: den Entwurf der Agrarkommission in allen Theilen abzulehnen. 2. Eine Kommission zu wählen, in der möglichst alle Provinzen vertreten sind, insbesondere die östlichen; die Kommission hat die Aufgabe, durch ihre Mitglieder in allen Landestheilen Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter anzustellen, das gewonnene Material zu sichten, zu veröffentlichen und für die Genossen eine Richtschnur der Landagitation zu schaffen.

Singer schlägt vor, die oben angeführten Anträge und Absatz 2 des 9. Antrages (Der Pariteitag offen in Kostheim): „Der Agrarprogramm-Entwurf ist an einen Ausschuss zu verweisen, der Material zu sammeln und von Zeit zu Zeit veröffentlicht hat; und Antrag 110: Der Parteivorstand möge den Referenten, welche zur Landagitation verwendet werden, geeignete Mittel zur Verfügung stellen, daß dieselben in der Lage sind, sich einige Tage auf dem Lande aufzuhalten, um die Ansichten und Wünsche der Landbevölkerung aus eigener Anschauung kennen zu lernen“, mit dem Antrag Auer zusammen zu behandeln. Ferner theilt Singer mit, daß noch verschiedene Begünstigungsschriften eingetroffen sind.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Vermischtes.

**Aus Weinsberg** wird telegraphirt: Die Bohrungen auf Salz bei dem Dorfe Erlendach sind erfolgreich gewesen; eine mächtige Salzschiefer ist angebohrt worden. — In dem Weinberge des Dorfes Schwabbach im hiesigen Oberamte ist ein Rebplausch entdeckt worden; die entsprechenden Maßregeln zur Bekämpfung sind sofort getroffen worden.

**Aus Moskau** wird vom Dienstag berichtet: Auf dem Flusse Oka ist bei dem Dorfe Ozerj ein Floß untergegangen. Dabei sollen ungefähr hundert Personen ertrunken sein.

## Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Essener Meineidsprozeß Verurtheilten gingen ferner ein: Einseher Berlins und Umgegend 10.—, Geburtstagsfeier beim Genossen Bergmann mit einigen Ausnahmen 2,25. Auktion einer fastigen Birne, Schiffbauerdamm, 5.—, Bei der Neuwahl im Gefangenenverein „Hilarius“ 6.—, Ueberdacht von der Geburtstagsfeier durch Red 2.—, Von einer verrotteten Geburtstagsfeier, Landberger Allee 44, 5.—, Erbs einer amerikanischen Auktion einer Zigarette bei Reichert, Adalbertstr. 15, 4,20. Gef. bei der Junggesellenfeier der Werkstatt N. K., Alexanderstr. 25, 4,60. Sehr Werkstoff, Grenadierstraße 48, 4.—, Gef. in der Eisenmöbel-Fabrik von Seifert 6,50. Nothe Kellerwärmer 2,05. Von der Unschuld der Verurtheilten überzeugt, Genossen von Eichstädt-Robert 5,40. Wieht es noch Gerechtigkeit 1.—, Amerikanische Auktion von 2 Tauben bei Döring, Thurmstraße 72, 5,10. Mag und Morik 3.—, Die rothe Gesellschaft aus der Kronleuchter-Fabrik von W. Frige, Brandenburgstr. 75, 1 Rate 10,45. Von der schwarzen Schaar, Ritterstr. 71, 1,55. Gef. bei einer Geburtstagsfeier in der Reichsbergerstraße von einer roten Gesellschaft 4,15. Meindendorfer Nothe, Gasthof zur Tonne 1.—, Vom Stammtisch Falkensteinstr. 15 M. D. 1,25. Ueberdacht doppelter Junggesellenfeier Ritterstr. 90 2,75. Mittwoch's Alleeblatt bei Jubel 3.—, Von einer verrotteten Hochzeit, Reichsbergerstraße, 2.—, Gef. von den überzeugten Proletariern der Berliner Weltfabrik 31,45. Nothe Geburtstagsgäste 4.—, Verein Fortuna Rixdorf 3.—, Fidele Nothe d. freien Gemeinde in Rixdorf 3,50. W. A. 1.—, Kolonie Brer bei Stramm durch Starke 1,10. J. M. und A. M. 1,50. Waldmann 10.—, G. H., Adlershof 0,50. Sängerverein „Sorgenfrei“, amerik. Auktion, 2 Rate 21,56. Gef. auf einer Geburtstagsfeier, Porzingstr. 1,55. J. O. 11.—, W. S. 3.—, P. E. 1.—, Engel 2.—, Ueberdacht vom Geburtstag Görlicherstr. 50 2,20. Die Vaterlandslosen aus Rudow b. B. 2,20. Gef. von Gust. Beier, Rummelsburg, 2.—, Nothe Rundlungsgelüste 1.—, Amerik. Auktion eines Karbids, J. D., 3.—, Summa 198,91 M. Bereits quittirt 11 980,30 M.; in Summa 12 179,21 M.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Bonn**, 8. Oktober. (B. G.) Gestern Abend wurde zwischen Sieglar und Kriegsdorf ein Mädchen von einem verheirateten Manne unsittlich angegriffen. Das Mädchen leistete Widerstand und wurde infolge dessen von dem Wüstling lebensgefährlich durch Messerhiebe verletzt. Der Thäter wurde verhaftet.

**Budapest**, 8. Oktober. (B. G.) Nach Unterschlagung einer Summe von 5000 M. ist der 30jährige Universitäts-Schreiber Alexander Kuffai geflüchtet.

**London**, 8. Oktober. (B. G.) Nach Blättermeldungen aus Odessa hätten die russischen Truppen an der armenischen Grenze Befehl erhalten, ihre Maßnahmen so zu treffen, daß sie gegebenenfalls in türkisch-Armenien die Ordnung wiederherstellen könnten.

**Reynorf**, 8. Oktober. (B. G.) Kurz nach beendeter Vorstellung brannte das Politeam-Theater in Montevideo nieder. Die sämtlichen Effekten eines Zirkus, der in dem Theater Vorstellungen gab, wurden vernichtet. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Die Gemeinde Rixdorf wird demnächst sämtliche Ex-Laternen mit Gasglühlicht-Brennern nach Auer'schem System versehen lassen. Auch das Maybach-Ufer, das jetzt noch gänzlich unbefestigt ist und daher von allerhand lichtscheuen Personen mit Vorliebe aufgesucht wird, wird demnächst Laternen erhalten.

Der Fernsprechverkehr von Berlin über Hamburg nach Kopenhagen ist gestern eröffnet worden. Die Gebühr für ein Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt 3 M.

Im Museum für Völkerkunde fand, wie die „N. N. Z.“ berichtet, eine phonographische Vorführung fremder Gesänge statt. Prof. Dr. Voas hatte während seiner Studien unter den Indianern von Alaska und Nordwest-Amerika auch mit Hilfe eines Phonographen die Gesänge der verschiedenen Geheimbände, besonders der Homageen, aufgenommen. Diese Phonogramme sollten nun einem größeren Kreise von Männern der Wissenschaft vorgeführt werden, um darzutun, wie weit der Phonograph in stunde wäre, zum Studium fremder Sprachen beizutragen, ein Versuch, den früher Dr. Hirtgraff mit wenig Erfolg für Westafrika gemacht hatte. Der Direktor des Museums, Prof. Bastian, hatte für die Vorführungen des Prof. Voas eine Anzahl bekannter Ethnologen und Anthropologen eingeladen. Herr Spiess von der „Urania“ hatte sich und seinen Apparat für die Wiedergabe der Phonogramme zur Verfügung gestellt. Prof. Voas erläuterte die einzelnen Gesänge und las die Uebersetzungen vor. Die Vorführungen bewiesen aufs neue, daß mit der Festhaltung fremder Sprachen auf rein mechanischem Wege wenig zu machen ist, da der Phonograph kaum die Vokale erkennbar wiedergiebt, die Konsonanten aber, namentlich die Pischlaute, an denen die Sprachen der sogenannten Wilden so reich sind, zum größten Theil verliert. Für die Wiedergabe des Tonfalles aber, sowie des Rhythmus und der fremdartigen Melodien eignet er sich ganz ausgezeichnet. Die Melodien der Indianer weisen großen Reichthum an Tönen auf; sie sind meist sehr einfach, der Vortrag der Lieder aber steigert die Wirkung zu einer dramatischen. Dies veranlaßt Herrn Voas, der Europa demnächst wieder zu neuen Reisen nach Nordwest-Amerika verlassen wird, auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten. So wird der Phonograph ihn auch auf seiner neuen Reise begleiten.

Der Bau einer neuen Haltestelle der Stadtbahn am Savignyplatz soll, der „Post“ zufolge, das Eisenbahn-Ministerium zur Erwägung der Frage veranlaßt haben, ob nicht der Mindestpreis auf 6 Stationen auszuheben sei.

**Revolutionsliteratur.** Die Buchhandlung von Hermann Lazarus (Friedrichstr. 66) verendet soeben ihren antiquarischen Anzeiger Nr. 3, in dem eine Reihe sehr werthvoller Schriften aus dem Jahre 1848 und über die Revolution zum Kaufe angeboten werden.

**Gesperrt** werden behufs Umpflasterung die Petrisstraße, Vertrauensstraße und die Forsterstraße, von der Reichenbergerstraße bis zum Kolbitz-Ufer.

Der Chef der politischen Polizei in Berlin, Polizeirath v. Manderode, ist nach der „Deutschen Tageszeitung“ so schwer an Lebertrebs erkrankt, daß die Aerzte seinen Zustand als hoffnungslos bezeichnen.

**Zirkus Neuz** trifft am Donnerstag Morgen hier ein. Die erste Vorstellung wird am Sonnabend Abend in dem renovirten Zirkus stattfinden.

Die **Blutthat am Maybach-Ufer**, welcher der „Arbeiter“ W. O. L. D. zum Opfer fiel, soll sich doch nicht zufällig abgespielt haben, sondern längst geplant gewesen sein. Wie nämlich jetzt mitgetheilt wird, hat W. O. L. D. bereits im vorigen Jahre verschiedenen Personen gegenüber geäußert, daß Friedrich Müller ihm nach dem Leben trachte und ihm gedroht habe, ihn niederzustechen, wo er ihn treffe. Bestärkt wird diese Mittheilung durch den Umstand, daß Müller sich im Untersuchungsgefängniß befindet, obwohl er behauptet hatte, nur in der Nothwehr gehandelt zu haben.

**Aus Hülfeleistung** bei einem gewaltigen Schadenfeuer wurde Montag Nachmittag gegen 5 Uhr die Berliner Feuerweh nach Schöneberg gerufen, woselbst auf dem mächtigen Grundstück Neue Winterfeldstr. 51 ein Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Bei dem Eintreffen der Berliner Löschzüge stand bereits das ganze Dach in Flammen; auch hatte das Feuer zwei Seitenflügel ergriffen. Die Berliner Wehr griff mit zwei Dampfsprizen und fünf Rohren so energisch ein, daß jede weitere Ausdehnung des Elementes gehindert und der Brand nach zweistündigem Kampfe so weit gedämpft war, daß die weiteren Ablösungsarbeiten der Schöneberger Feuerweh überlassen werden konnten. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist total abgebrannt.

**Aus einer eigenartigen Ursache** soll sich vor einigen Tagen ein 84jähriger Greis das Leben genommen haben. Es wird berichtet: Der frühere Schiffer und Segeltuchmacher Heinrich Ebert aus Eilenstädt ernährte sich zuletzt in Berlin als Invalide durch Drehorgel-Spielen. Schließlich ging auch das nicht mehr, da der alte Mann an den Augen zu leiden begann und am Sehvermögen einbüßte. Nun übernahm die 60jährige Frau des Invaliden die Arbeit ihres Mannes. Am 1. Oktober war das Ehepaar von der Frankfurter Allee nach dem Weidenweg gezogen. Da die im Erdgeschoß des Seitengebäudes gelegene neue Wohnung noch verschiedener Ausbesserungen bedurfte, so mußte es vorläufig eine Wohnung im 1. Stock beziehen. Als der Alte hier einzog, bemerkte er zu seiner Frau: „Mutter, das Loch ist zu duster, hier werde ich nicht lange leben.“ Vor einigen Tagen war nun Frau Ebert genöthigt, einen Arzt anzusuchen. Als sie von diesem Gange zurückkehrte, war es ihr unmöglich, die Stubenthür zu öffnen. Endlich konnte sie sie soweit zurückschieben, daß sie durch den Spalt in die Stube hineinschauen konnte. Da sah sie denn, daß ihr Mann sich in tiefer Stellung an einer Thürangel erhängt hatte. Ein kleiner Hund, den der Alte Jahre lang besessen hatte, lag zu Füßen der Leiche. Die Frau wollte die Wohnung sofort wieder verlassen, weil sich außer ihrem Manne in ihr schon vier Personen erhängt haben. Auch sie selbst hat in den wenigen Tagen nach dem Tode ihres Mannes schon zweimal einen Selbstmordversuch gemacht, der aber jedesmal durch bekannte Personen, die ihr beim Umzuge geholfen hatten und zufällig zur Stelle kamen, vereitelt wurde.

**Wenn man alt wird.** Den Tod im Wasser suchte am Montag Mittag eine bejahrte Frau an der Sandkrugbrücke. Sie stürzte sich dort in den Spandauer Schiffahrtskanal und hätte ihr Ziel auch erreicht, wenn der Vorgang nicht von in der Nähe ankommenden Schiffen bemerkt worden wäre. Die Schiffer machten sich sofort an die Rettung und es gelang ihnen schließlich auch, die Lebensmüde aus dem Wasser herauszuholen. Die etwa 60 Jahre alte Frau war aber bereits so stark mitgenommen, daß sie in dem Krankenhaus, in das man sie brachte, noch immer bewußtlos daliegt. Sie hat daher auch über ihre Persönlichkeit noch keine Auskunft geben können.

**Emilie Berg**, welche von der Kammer Brandwehler wegen Blutschande, die ihr Vater, der frühere Pferdehahnschaffner Berg, mit ihr getrieben haben soll, zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, ist, wenn man der Mittheilung eines Berichtserstatters trauen darf, entlassen worden. Derselbe berichtet: „Am Sonntag wurde ihr ohne jegliche Begründung die Entlassung mitgetheilt, obwohl sie noch 5 Monate zu verbüßen hatte. Gestern Vormittag staltete sie dem Kriminalgerichte einen Besuch ab, um etwas näheres über die unerwartete Freiheit zu erfahren.“

**Augenschwamm** und gelandet wurde am Montag bei der Zugbrücke in Charlottenburg die Leiche eines unbekanntes Mannes, zu dessen Feststellung es an bestimmten Anhaltspunkten fehlt. Der Mann mag etwa 25 Jahre alt gewesen sein.

**Einbrecher Orpel** ist in Moabit eingeliefert worden.

## Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Breslau, den 8. Oktober 1895.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Segib eröffnet die Sitzung um 9 1/4 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Antragskommission des Mandats-Prüfungsausschusses, das Mandat von Dr. Rüst infolge seines Ausschlusses aus der Partei für erloschen zu erklären.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Die Versammlung tritt sodann in die Tagesordnung, deren ersten Punkt die **Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit** bildet. In Verbindung damit stehen die Anträge 88 bis 100 und 106 zur Debatte.

**Berichterstattung Wurm:** Ich kann mich zur Ergänzung des Ihnen gedruckt vorliegenden Berichtes auf wenige Worte beschränken. Die große Frage, die immer wiederkehren wird, so lange wir noch die Minorität bilden, die Frage, ob der Kapitalismus alle Mittel in Bewegung setzen darf, um sich das arbeitende Volk politisch und wirtschaftlich dienstbar zu machen, spielte auch in der letzten Session eine Hauptrolle. Auch der große Kampf gegen die Umsturzvorlage war nur eine Wiederholung der Vorarbeiten von 1878, eine Wiederholung des Beuteganges, den damals der Kapitalismus auf Kosten der arbeitenden Klassen unternommen hatte. Damals nahm man die Attentate Hödel's und Nobiling's zum Vorwand, um es den Arbeitern unmöglich zu machen, für eine Besserung ihrer Lage einzutreten, jetzt mußte das Attentat Caserio's den Vorwand liefern, um dieselben Zwecke zu verfolgen. Denn mit der Niederdrückung der Arbeiterbewegung ist es heute im Deutschen Reich möglich, alles freie Denken zu knebeln. Früher hat die Bourgeoisie für die Freiheit gekämpft; sie giebt jetzt alle Freiheiten hin, wenn man ihr die einzige Freiheit der Ausbeutung überläßt. Jetzt ist es die Sozialdemokratie allein, die die Fahne der Freiheit aufrecht erhält. Die Gehässigkeit der Gegner zeigte sich in einigen Zwischenfällen, als wir z. B. den Antrag stellten, daß einer von uns, gegen den ein Strafverfahren schwebte, während der Dauer der Session seine Rechte als Abgeordneter voll ausüben dürfe; es handelte sich um Herbert. Hier versuchten die Konservativen zum ersten Male, unserem Genossen, der noch gar nicht verurteilt war und auch später gar nicht verurteilt wurde, seine Rechte zu nehmen. Besonders freiherr von Stumm, der klassischste Vertreter des Großkapitalismus, war der Rücksichtsloseste. Er sagte ja: „Von einem Kampf mit geistigen Waffen mit Ihnen kann keine Rede sein“, und er machte den wüthigen Vorschlag zu folgendem Gesetz: § 1. Den Sozialdemokraten und Anarchisten wird das Wahlrecht entzogen. § 2. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder internirt. Auch der Kriegsminister zeigte sich als gewaltiger Gegner, er meinte zwar, daß er es für eine angenehme Pflicht halte, den Kampf gegen uns der Polizei und der Feuerwehr zu überlassen, aber er gab doch deutlich zu verstehen, wie der Militarismus gegen den Sozialismus in einem schneidenden Gegensatz steht. Es zeigt sich immermehr, daß Engels recht gehabt hat mit den Worten: „An unserm gesetzlichen Vorgehen soll das Treiben der Gegner zu schanden werden.“

Bei unseren Anträgen wurden wir nicht durch Gründe, sondern durch die Macht der Majorität besiegt. Durch die Einbringung der Umsturzvorlage sind wir verhindert worden, Initiativanträge zu stellen. Im Kampfe gegen uns sind alle Gegner unter einander einig; auch der Freisinn scheidet sich jedesmal kraft von uns, wenn es sich darum handelt, den großen Klassen Rechte zu gewähren. Es handelte sich um die Einrichtung von Volksvertretungen in den Bundesstaaten; da konnten sich die Freisinnigen nicht dazu ausschwingen, für die Wahl einer Volksvertretung in Mecklenburg das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu verlangen. Der Vertreter des Freisinn's persönlich wäre wohl dafür zu haben gewesen, nicht aber seine mecklenburgischen Kollegen. Wir haben damals für den Antrag Pachtke gestimmt und das ist uns von unseren mecklenburgischen Genossen arg verübelt worden. Es geschah aus taktischen Gründen, daß wir für einen Antrag stimmten, in dem das allgemeine Wahlrecht nicht verlangt wird. Wir wissen, was wir von Freisinn zu erwarten haben. Gerade in Breslau zeigt sich der Freisinn in seiner ganzen Größe, hier haben die Stadtverordneten seit Jahren den Arbeitern das Recht verweigert, am Stadtregiment theilzunehmen. Breslau ist ferner durch die Schuld derselben Freisinnigen eine der wenigen Städte in Deutschland, die noch die Schlicht- und Wahlsteuer hat.

Alle vom vorigen Parteitag beschlossenen Anträge konnten wir nicht zur Verhandlung bringen, wir haben es gelassen, so weit es möglich war. Die Hauptsache bleibt ja für uns immer, die Meinung der Gegner zu provozieren, und das geschieht am besten da, wo wir Redefreiheit haben, bei der Staatsberatung. Wir wissen genau, daß die Reichstags-Tribüne die Stätte ist, von der aus unsere Ansichten ins Land dringen, in die Gegenden, wo die Massen noch indifferent sind.

Schließlich muß ich noch erwähnen, daß unser Fraktionsmitglied, der einzige Vertreter der Bergarbeiter im Reichstage, im Interesse dieser Arbeiter eine scharfe Kritik an der Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 geübt hat, eine Kritik, deren Wiedergabe die deutsche Redefreiheit verbietet. Die Uebereinstimmung zwischen Wählern und Fraktion hat sich in den Versammlungen gezeigt, in denen wir den Wählern Redenshaft über unsere Tätigkeit ablegten. Ebenso in den praktischen Anregungen, die in Gestalt von Anträgen aus der Mitte der Parteigenossen vorliegen und die parlamentarische Tätigkeit der Partei betreffen. Sie zeigen uns, auf welchem Wege wir weiterstreiten müssen zum Heile der Partei. (Bravo!)

Zur Debatte werden die folgenden Anträge gestellt:

88. Parteigenossen des Kreises Lyck-Diehl-Johannisburg: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Antrag folgenden Inhalts im Reichstag einzubringen: Das Halten von Ammen ist, da sterilisirte Kuhmilch ein vollständiger und billigerer Ersatz von Ammenmilch ist, von Staats wegen zu verbieten und nur dann zu gestatten, wenn ärztliches Zeugnis dafür die Nothwendigkeit dazu vorliegt und wenn die Amme ihr Kind bereits verloren hat.

89. Parteigenossen in Pirmasens: Die Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte und deren Ausdehnung in der Zuständigkeit auf Dienstboten und ländliche Arbeiter.

90. Die Parteigenossen in Aachen: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, jedes Jahr im Reichstage den Antrag zu erneuern auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages und eines Minimallohnes.

91. Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Die Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Antrag einzubringen, in dem der gesetzliche achtstündige Arbeitstag und die Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gefordert wird.

92. Die Genossinnen Gerndt-Berlin und Zetkin-Stuttgart:

1. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie die Initiative zu ergreifen für die Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frau dem Manne gegenüber benachteiligen.

2. Bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie einzutreten für die Rechte der unverheirateten Frauen als Mütter, sowie für die Rechte ihrer Kinder.

93. Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: Die Reichstagsfraktion hat darauf hinzuwirken, daß die Kranken-, Alters- und Invaliden-Versicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird.

94. Parteigenossen in Mannheim: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, in der nächsten Session einen Antrag auf Vereinheitlichung der ganzen Sozialgesetzgebung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung) einzubringen.

95. Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow, sowie die Genossen in Schwednitz: Die Reichstagsfraktion hat zu veranlassen, daß die Karenzzeit bei der Altersversicherung von 70 auf 60 Jahre herabgesetzt und über die Alters- und Invalidenversicherung alljährlich eine Statistik veröffentlicht wird. — Die Fraktion hat einen Antrag einzubringen, in welchem gefordert wird, daß die Arbeiter und Handwerker ihre Lohn- und Forderungen über geleistete Arbeiten auch bei den Grundstücken und Hypothekenbesitzern geltend machen können.

96. Vom Genossen Rohrlack-Berlin: Die Reichstagsfraktion hat, wenn möglich, noch in der bevorstehenden Session des Reichstags folgende Fassung für den § 139 b der Gewerbe-Ordnung zu beantragen:

§ 139 b. Die Bestimmungen der §§ 134—139 b finden auf alle Fabrik-, gewerblichen und hausindustriellen Anlagen Anwendung. Die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 105—120 e, 126—128, 134—139 a ist besonderer Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu übertragen, welche für eine zweijährige Amtsdauer je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch direkte und geheime Wahl ernannt werden. Wiederwahl ist zulässig. Der dritte Theil dieser Beamten muß weiblichen Geschlechts sein. Die Zahl der Gewerbe-Aufsichtsbeamten wird alle zwei Jahre vom Reichstag festgesetzt, doch muß dieselbe mindestens so hoch sein, daß jeder Betrieb dreimal im Jahre besichtigt werden kann. Die Befolgung der Beamten geschieht aus Reichsmitteln. Kesselfreirungen dürfen den Beamten nicht übertragen werden. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind verpflichtet, jede Geschwädrtigkeit zur Anzeige zu bringen. Sie sind ferner verpflichtet, die gelegentlich der Revision amtlich zu ihrer Kenntniß kommenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse und Einrichtungen, welche den gesetzlichen Vorschriften nicht unterliegen, geheim zu halten.

Die Zuständigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten erstreckt sich auf alle für den jeweilig zu revidierenden Betrieb geltenden Bestimmungen der obengenannten Paragraphen der Gewerbe-Ordnung. Alle von den Beamten auf grund solcher Bestimmungen getroffenen Anordnungen müssen von den Betheiligten ausgeführt werden und können die Gewerbe-Aufsichtsbeamten zur Hilfeleistung die ordentlichen Polizeibehörden heranziehen.

Die erwähnten Beamten haben Jahresberichte über ihre amtliche Tätigkeit zu erstatten, welche dem Bundesrath und dem Reichstag unverzüglich vorzulegen sind.

Die auf grund der vorstehenden Bestimmungen auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes, gestatten. Es ist den Gewerbe-Aufsichtsbeamten verboten, eine vorzunehmende Revision den Gewerbetreibenden vorher anzuzeigen.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben alle zwei Jahre eine Statistik über die Zahl der Anlagen und der darin beschäftigten Arbeiter, sowie über Geschlecht und Alter derselben und deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen. Arbeiter und Arbeitgeber sind verpflichtet, alle zu diesem Zweck erforderlichen Angaben zu machen. Dasselbe gilt von denjenigen statistischen Mittheilungen, welche auf grund besonderer Verfügungen des Bundesraths, des Reichstags oder der Verwaltungsbehörden verlangt werden.

Alle in den §§ 105 c, d, e, f, und 138a, 139, 139a vorgesehenen Ausnahmestimmungen sind nur nach Begutachtung und unter Zustimmung derjenigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zulässig, in deren Bezirk die Anlage sich befindet, für welche die Ausnahme nachgesucht ist.

Die Absätze 2 bis 5 des § 154 treten als hiernach überflüssig außer Kraft.

97. Parteigenossen in Niederbarnim und Brandenburg: Der Reichstagsfraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstags-Wahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstags-Wählern, wie Schiffers, Schneidern, Bildern, Hausfrauen, Handelsleuten, Ziegeleiarbeitern, Bauarbeitern u. s. w., die durch Erwerbverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an demjenigen Orte zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen. — Den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wird im Interesse der Landtagitation empfohlen, auf dem Parteitag dafür zu stimmen, daß die Fraktion ersucht werde, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage Gesetzesvorschläge etwa folgenden Inhalts einzubringen:

1. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gesinde. § 1. Sämmtliche landesgesetzliche Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältnis ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben. Insbesondere werden hiermit die sogenannten Gesinde-Ordnungen, sowie Gesetze und Verordnungen, welche Strafbestimmungen wegen Ungehorsams und Widerspenstigkeit der ländlichen Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes betreffen, oder das Koalitionsrecht ländlicher Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes beschränken, oder die Zuführung oder Zurückführung des Arbeiters zum Arbeitgeber gestatten, aufgehoben. § 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffers oder dem Gesinde und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Vorschriften über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge). § 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeitkategorien und deren Arbeitgebern sind durch aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Gerichte mündlich zu entscheiden. Die Gerichte haben zu zwei Dritteln aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern zu bestehen. § 4. Derselben Gerichte treffen zu Beginn des Jahres ortstatutarische Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgebachten Arbeiterkategorien.

2. Beamte und Mitglieder der bewaffneten Macht, welche Verwaltungsorganen unterstellt sind, sind für ihre Handlungen und Unterlassungen strafrechtlich und zivilrechtlich, ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verschulden zur Last fällt, verantwortlich. Anträge auf Bestrafung von Beamten und Mitgliedern der bewaffneten Macht zc. oder Verurtheilung zur Schadenersatzleistung können von jedem gestellt werden, der sich geschädigt fühlt. Ueber

diese Anträge haben Laiengerichte, die aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammengesetzt sind, zu entscheiden.

3. In die Gewerbe-Ordnung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche außer Zweifel gesetzt wird, daß weder der Landesgesetzgebung, noch irgend einem Beamten das Recht zusteht, das Schankgewerbe durch Verbote zu beschränken, zu einer bestimmten Zeit auszusperren oder öffentliche Lustbarkeiten zu dulden.

4. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punkt 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

98. Parteigenossen in Halle: Der Breslauer Parteitag solle beschließen, daß die Fraktion im Reichstage diejenige Stelle im Präsidium einnimmt, auf welche sie geschäftsordnungsmäßig Anspruch zu erheben hat.

99. Genosse Doppler in Mülhausen i. G.: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, baldigst einen Antrag auf Abänderung des sog. Krankenversicherungsgesetzes einzubringen, da in dem jetzt geltenden eine Reihe von Paragrafen enthalten sind, welche eine wirkliche Versicherung gegen Krankheit vollständig unmöglich machen.

100. Genosse Wohlers in Hamburg-Silber: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem die gänzliche Aushebung aller freien Hilfskassen, sowie der Fabrik-Krankenkassen verlangt wird.

Diese Anträge erhalten mit Ausnahme des Antrages 88 sämtlich die genügende Unterstützung von 20 Stimmen. Ebenso wird der folgende, verspätet eingegangene Antrag der Genossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow genügt unterstützt:

Um das verschiedene Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten bei den Schlussabstimmungen über die Gesamtbudgets in Zukunft zu vermeiden, empfehlen die Genossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow dem Parteitage, die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten sowie die Gemeindevorsteher zu veranlassen, sich bei Schlussabstimmungen über die Annahme oder Verwerfung des Gesamtbudgets der Abstimmung zu enthalten, sofern sie nicht sämtliche Posten verwerfen.

Antrag 89 findet keine Begründung; ebensowenig die Anträge 90 und 91.

Antrag 92 wird von Frau Zetkin-Stuttgart begründet: Wie in politischer, so wird auch in privatrechtlicher Beziehung die Frau als unmündig betrachtet. Die bürgerlichen Frauen haben keine Erklärung hierfür, wohl aber die Sozialisten, die auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen. Sie betrachten die Rechtsbestimmungen nicht als etwas Abstraktes, das als Geist über den Wasser steht. Millionen von Frauen sind heute nicht mehr abhängig von der Familie und vom Manne, rechtlich sind sie aber dennoch abhängig. Das ist ein Anachronismus, der von dem Entwurfe eines neuen bürgerlichen Gesetzbuches nicht beseitigt ist. Zwei Jahrzehnte lang hat die Kommission an dem Entwurfe gearbeitet, aber es hieße Trauben von den Dornen und Feigen von den Dornen ernten wollen, wenn man von ihr eine freie und fortschrittliche Regelung des Rechtswesens im verpreußten Deutschland erwartete. Im verpreußten Deutschland, das heißt in einem kapitalistischen Staate, der durch Militarismus und Bureaucratie verdozt ist, auch das neue bürgerliche Gesetzbuch trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen keine Rechnung. Die Gleichstellung, die Gleichberechtigung, die Stellung der Frau im Öfterrecht, die rechtliche Stellung der Mutter zu ihren Kindern, alle die Bestimmungen darüber sind zugeschnitten nach dem Grundsatze: Und er soll dein Herr sein! (Heiterkeit.) Das darf nicht gesetzlich festgelegt werden, das vertritt sich nicht mit unseren wirtschaftlichen Zuständen, in denen hunderttausende von Frauen ihr eigenes Brot essen. Was die Ausbeutung der Frauenarbeit betrifft, so will ich nur an die eine Thatsache erinnern, die ich den Berichten der Fabrikinspektoren für 1893 entnehme. Hiernach hat sich die Zahl der in der Großindustrie beschäftigten Frauen um 40 187 vermehrt. Tausende und tausende von Frauen sind in der Hausindustrie, im Kleingewerbe, im Handel thätig. Die Loosung der Frau von der Familie vollzieht sich in immer größerem Umfange und deshalb muß die Frau auch in privatrechtlicher Beziehung von der Vormundschaft des Mannes losgelöst werden. Eine Reihe von Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, die sich auf die Stellung der Frau im Öfterrecht beziehen, sind für die Proletarierin praktisch von geringer Bedeutung, weil sie nichts besitz.

Allerdings, auf Seiten des Proletariats ist die Gefahr für die Frau nicht so groß, daß der Mann ihr Hunderte und Tausende verkommensteineren kann (Beifall und Heiterkeit), bei dem Proletariat besteht eine andere Gefahr, die Gefahr, daß das Glend den Mann dem Schnapstempel überliefert, und darunter hat die Frau zu leiden. Deshalb müssen wir auch bei der rechtlichen Regelung der Besitzverhältnisse für die Proletarierin eintreten. Dazu kommt, daß in Deutschland die Bourgeoisie sehr schnell verkommen ist und sich allen Fragen des Fortschritts gegenüber als reaktionäre Macht erweist. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist nicht eine spezifisch sozialdemokratische Forderung, sondern nur eine Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus, der sich aus Furcht vor dem klaffenbewußten Proletariat in Deutschland besonders reaktionär gegenüber der sogenannten Frauenfrage verhält. Während in anderen Ländern Vertreter der verschiedensten Parteien für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintreten, ist diese von unserer feigen Bourgeoisie nicht gelieferte Aufgabe ebenfalls dem Proletariat zugefallen. Dazu werden wir schon aus eigenem Interesse getrieben, denn die Gleichstellung der Frau auf privatrechtlichem Gebiete ist der erste Schritt zur Gleichstellung auf öffentlichem Gebiete. Sind erst die Fesseln in dieser Beziehung gelöst, so ist die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nur noch eine Frage der Zeit. Dann wird die Frau widerstandsfähiger sein im Kampfe gegen kapitalistische Raubgier, die Kampffähigkeit der Arbeiterin wird erhöht, und die Eigenschaften, die sie hunderte von Jahren hindurch widerstandslos gemacht haben, werden verflümmern.

Was den zweiten Antrag betrifft, so kommt auch in der Stellung der unehelichen Kinder sehr deutlich der Charakter der Klagenforschung zum Ausdruck. In der Bestimmung, daß alles nach den Vermögensverhältnissen der Mutter und nicht nach denen des Vaters zugeschnitten ist, haben wir eine Begünstigung der reichen Waislinge, die gelegentlich gerufen, zum Volke herunterzuweisen, wenn das Volk rothe Wangen, hübsche Augen hat und schön gewachsen ist. (Sehr gut!) Darunter leiden wieder am meisten die Töchter des Proletariats, nicht etwa, weil sie die Geliebten der Männer geworden sind, sondern weil sie sich dem Unterdrück und Beschränkung haben preisgeben müssen. Wie viel Glend entsteht aus diesen Verhältnissen! Man braucht nur an die vielen Kindesmorde zu denken, die sich dadurch erklären, daß die Mutter aus übergroßer Furcht dem Kinde lieber das Lebenslicht ausbläht, als daß sie es der Armut überliefert, oder aber daß die Mutter aus Furcht vor der Schmach, als Gefallene dazustehen, ihr Kind tötet. Denken Sie ferner an die hohe

Stetigkeit der auferehelichen Kinder, an die Engelmacherer und so weiter! Wie sehr unter diesen Umständen gerade die Proletarier leiden, zeigt unter anderen die Thatsache, daß oft die sogenannten gefallenen Dienstmädchen, an denen meist der Herr oder der Sohn des Hauses das jus primae noctis verübt hat, in das Lumpen-Proletariat gestürzt und der Prostitution überliefert werden. Wenn es nun selbstverständlich ist, daß die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion bei der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches in dem Sinne unserer Anträge eintritt, so ist es doch ein Unterschied, ob sie dies aus eigener Initiative thut oder infolge des ausdrücklichen Willens der härtesten Partei des deutschen Reiches. Nehmen Sie also, schon um der Reichstags-Fraktion den nöthigen Nachdruck zu verleihen, beide Anträge an! (Lebhafte Beifall.)

**Antrag 93** wird nicht genügend unterstützt.  
Zur Begründung des Antrages 94 spricht **Reil-Mannheim**: Es ist ein harter Fehler in unserer Sozialgesetzgebung, daß sich die Arbeiter die Einrichtungen selbst schaffen müssen, die sie schätzen sollen, und daß sie selbst deren Kosten tragen. Die Vielfältigkeit der Einrichtungen in dieser Beziehung erzeugt nur Verwirrung; selbst der Jurist fennet sich in den vielerlei Bestimmungen nicht mehr aus. Hoffentlich erklangen wir wenigstens einen Theil dessen, was wir verlangen; er wird auch der Agitation dienen.

**Thomas-Rixdorf** spricht zur Begründung des Antrages 95: Die Norddeutschen ziehen den zweiten Theil dieses Antrages zurück; es handelt sich also nur um die Herabsetzung der Karenzzeit von 70 auf 60 Jahre. Die Berechtigung dieses Antrages ist klar; in Staatsbetrieben werden Arbeiter über 40 Jahre nicht eingestellt, der private Unternehmer will von alten Arbeitern überhaupt nichts wissen. Uebrigens erreichen ja nur die wenigsten Arbeiter ein Alter von 70 Jahren.  
**Hohrlach-Berlin** begründet in längerer Rede den Antrag 96 und erwartet vom Referat des Genossen Timm eine treffliche Illustration der Dinge, die Anlaß dazu gegeben haben, die im Antrag 96 stehenden Forderungen zur Gewerbe-Ordnung aufzulegen.

**Stadthagen-Berlin** begründet Antrag 97.  
Antrag 98 wird von **Thiele-Palle** begründet. Wenn der Antrag angenommen wird, braucht sich Genosse Singer noch lange keine Gedanken annehmen zu lassen. (Heiterkeit.)

Antrag 99 wird nicht begründet.  
Antrag 100 begründet **Martikke-Hamburg**. In Hamburg beschäftigt kein Unternehmer einen Arbeiter, für den er das Orts-Krankenkassengeld bezahlen muß. Mancher Arbeiter, der arbeitslos war, hat das letzte versehen müssen, um das Eintrittsgeld in eine freie Hilfskasse aufzubringen. Um diesem Mißstand abzuhelfen und die Unternehmer — besonders die Hamburger — zu zwingen, an den Kosten der Versicherung theilzunehmen, ist der Antrag von dem Genossen Wohler in Hamburg eingebracht worden. Es ist zu überlegen, ob man ihm folgen soll, da er hauptsächlich nur durch die Hamburger Zustände veranlaßt ist.

Antrag 106 begründet **Schr-Bremerhaven**: Die von uns verlangte Statistik wird am besten die schwere Ueberarbeit zeigen, der die Seeleute in ihrem anstrengenden Beruf ausgesetzt sind. Vom Reichamt des Innern wird bekanntlich ein Handbuch für die deutsche Handelsmarine herausgegeben. Trotz seines amtlichen Charakters sind die Angaben des Buches unrichtig. Schiffe, die 65 Mann Besatzung haben sollten, haben faktisch nur 55, Schiffe mit angeblich 107 Mann haben nur 71, Schiffe mit angeblich 115 — nur 77 Mann Besatzung gehabt. Dabei reicht die vorgeschriebene Besatzung, die die Schiffe haben sollten, kaum hin, um die Arbeiten ordnungsmäßig zu verrichten. Da ist die Folge, daß es bei Unglücksfällen an Händen, vor allen an geliebten Händen fehlt, um das Leben von Hunderten zu schützen. Wir brauchen dringend eine Statistik über die thätssächliche Besatzung der Schiffe. Die Ausbeutung der deutschen Seeleute ist genau so groß, wenn nicht noch größer, wie in andern Ländern. Infolge der Ueberarbeit, der schlechten Kost und der schlechten Behandlung rücken zahlreiche deutsche Seeleute in New-York aus. Um die leeren Stellen zu besetzen, werden Leute in Amerika angeworben, die keine Ahnung von der Seefahrt haben und der Arbeit, die zum Theil in einer Temperatur von 58 bis 60 Grad Celsius verrichtet werden muß, nicht gewachsen sind. Wenn sie nicht arbeiten können, sind grausame Mißhandlungen ihr Loos, so daß sie den Tod in den Wellen suchen. Wenn der Arzt des Schiffes gewissenhaft sein und die Leute krank schreiben wollte, würde er seine Stellung sofort verlieren. Auch die Heizer und Kohlenzieher betheiligen sich an den Mißhandlungen, weil sie ja die Arbeit des schwach werdenden Mannes mit verrichten müssen. Die Frage der Behandlung der Seeleute muß im Reichstage immer und immer wieder angefaßt werden. Wir hoffen, daß schon in der vorigen Session die von den Bremerhavener und Hamburger Seeleuten in Verbindung mit der Fraktion aufgearbeitete Seemanns-Ordnung zur Verhandlung gelangen würde. So gut wie der Bergmann muß auch der Seemann besonders geschützt werden.

Zur Geschäftsordnung begründet **Timm-Berlin** seinen Antrag, zunächst den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit zu erledigen und sodann die eingegangenen Anträge der Reihe nach zu diskutieren.

Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen. Es findet also zunächst die Besprechung des Berichtes über die parlamentarische Thätigkeit statt.

**Sroth-Moskau**: Der Antrag Auer im Reichstage, daß in jedem deutschen Staate eine Volkvertretung bestehen sollte, die aus gleichen direkten Wahlen hervorgegangen ist, wurde seinerzeit zusammen mit dem Antrag Pachnide debattiert, daß in jedem deutschen Staate eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretung bestehen sollte. Wir Meilenburger waren infolge einer Erklärung des Abg. Pachnide sehr beunruhigt; derselbe erklärte, die sozialdemokratische Fraktion würde für seinen Antrag stimmen, er vergaß aber, hinzuzufügen, daß dies nur in der dritten Lesung geschehen würde. Hätte er dies gesagt, so wäre eine Beunruhigung nicht entstanden. Wir sagten uns, es kann doch gar nicht unsere Aufgabe sein, die Liberalen zu unterstützen, damit sie dann gemeinsam mit den Junkern ihre Interessen gegen uns vertreten. Wir müssen doch den Liberalen begreiflich machen, daß sie nimmermehr einen Antheil an der Regierung Meilenburgs erhalten werden, wenn sie nicht mit uns dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zum Siege verhelfen. In der Moskauer Versammlung, in der Pachnide sprach, sollte in einer Resolution die Zustimmung zur liberalen Volkvertretungs-Bewegung zum Ausdruck gebracht werden. Da stellten wir den Unterantrag, in dem die Anerkennung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes ausgesprochen war. Pachnide persönlich war damit einverstanden, aber seine liberalen Freunde ließen ihn im Stich; nur wenige von ihnen unterstützten unseren Unterantrag. Man will eben das preussische Dreiklassenwahlrecht. Dazu aber den Liberalen zu verhelfen, haben wir nicht den mindesten Anlaß. Wenn uns daher die Liberalen keine Konzessionen machen, dann werden die Liberalen in Meilenburg auch wie in den Sattel kommen.

**Frau Luy-Berlin**: Die Ausführungen des Genossen Wurm bezogen sich nur auf die männlichen Proletarier, aber auch wir weiblichen Genossen werden nicht anders behandelt.  
Hiermit schließt die Debatte. In seinem Schlussworte giebt **Wurm** der Freude darüber Ausdruck, daß die Thätigkeit der Fraktion nicht bemängelt ist, und verspricht im Sinne der hier vorgebrachten Wünsche fernerhin im Reichstage zu wirken. Redner begründet ferner einen Antrag, den gedruckten Bericht über die parlamentarische Thätigkeit spätestens 4 Wochen nach Schluß jeder Session zu veröffentlichen. Technisch sei dies leicht durchführbar, der praktische Werth liege auf der Hand. Unsere Parteiorgane sind ja bemüht, gute Parlamentsberichte zu bringen und

dadurch agitatorisch zu wirken. Noch mehr wird das durch Annahme meines Antrages der Fall sein. Der einzige Grund dagegen ist der Umstand, daß wir die endgiltigen Ziffern des Etats nicht vor Mitte September bringen können. Aber hier läßt sich vielleicht ein Ausweg finden. Wir müssen den Bericht agitatorisch verwerthen, denn aus Liebe wird dem Volke nichts geschenkt; dem arbeitenden Volke wird nur sein Recht zu theil, wenn man es fürchtet, und man fürchtet es, wenn es kassenemüht und organisiert ist. Helfen Sie uns auf dem betretenen Wege weiter zu wandeln! (Beifall.)

Der Antrag **Wurm** wird ohne Debatte angenommen.  
Der oben mitgetheilte Antrag 118 der Genossen aus Westfalen wird zur Debatte gestellt. Zur Begründung dieses Antrages spricht **Sörle-Scharloitenburg**: Es ist bedauerlich, daß überhaupt ein solcher Antrag gestellt werden mußte; der Antragsteller ist davon ausgegangen, daß der Parteitag als höchste Instanz sich darüber aussprechen soll, wie die Fraktionsgenossen bei Gesamtabstimmungen über die Budgets sich verhalten sollen. Nicht in letzter Linie richtet sich der Antrag gegen die Gemeindevertreter, die oft in dieser Beziehung grobe Fehler machen. Denn nicht selten wählen die Genossen als Gemeindevertreter Leute, die Hausbesitzer sind, weil das sehr häufig zu ihrer Wahl erforderlich ist, die aber oft sich gegen die Prinzipien verkehren.

Gegen den Antrag spricht **Webel**: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen, er ist unannehmbar. Er mußte der Partei etwas zu, was gegen die gegenwärtige Laktation einen Rückschritt bedeutet. Weder in Gemeindevertretungen, noch in Landtagsvertretungen ist es vorgekommen, daß die Vertreter unserer Partei gegen sämtliche Budgetposten gestimmt haben. Wenn die Genossen als Vertreter sich bei der Schlussabstimmung über das Budgets enthalten, dann erklären sie sich für unfähig, ein Urtheil abzugeben. Wir im Reichstage haben bisher immer gegen das Budget gestimmt und damit unserer Stellung gegen den gegenwärtigen Staat Ausdruck gegeben. Jetzt uns der Abstimmung zu enthalten, ist unmöglich. Wie ich zu der Sache stehe, wissen Sie aus den vorjährigen Frankfurter Verhandlungen. Hier liegt ein unmöglicher Antrag vor, besonders angesichts der Thatsache, daß diejenigen, die damals in die Debatte verflochten waren, durch ihre Landtags-Thätigkeit am Erscheinen verhindert sind. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag 118 wird einstimmig abgelehnt. (Große Heiterkeit.)

Zu einer Mittheilung erhält **Singer** das Wort: Die hiesige Polizeibehörde hat dem Genossen Ellenbogen von Wien die Ehre erwiesen, ihn als „lästigen Ausländer“ zu betrachten. (Witiruse.) Er ist angewiesen worden und zwar, wie mir mitgetheilt wird, mit der Begründung, daß er die internationale Sozialdemokratie hat hochleben lassen und daß er angeblich keine Legitimationspapiere hat. (Heiterkeit.) Genosse **Ellenbogen** hat mich beauftragt, dem Parteitage seine Abschiedsgrüße zu überbringen. Wir unsererseits können der Breslauer Polizeibehörde nicht verwehren, sich in den Augen der Welt zu diskreditiren. (Sehr richtig!) Wir können nur einen Protest dagegen erheben, daß die Verhandlungen dieses Parteitages durch die Ausweisung eines Genossen gestört sind. Wir wissen, daß die österreichischen Genossen auch ohne die Anwesenheit ihres Vertreters im Geiste bei uns weilen. Die internationale Sozialdemokratie kann durch Polizeimahregeln nicht bestraft werden. (Lebhafte Beifall.) Indem ich dem Parteitage Kenntniß von dieser Thatsache gebe, bin ich sicher, daß der Parteitag sich dem Sinne meiner Ausführungen anschließt und mit mir dem scheidenden Genossen unsere Grüße an die österreichische Partei übermitteln und ihn ersucht, den österreichischen Genossen die Versicherung zu geben, daß wir wie stets Schulter an Schulter mit ihnen in dem internationalen Kampfe für die Befreiung des Proletariats nach wie vor stehen werden. (Lebhafte Beifall und Händelatschen.)

Zur Geschäftsordnung beschwert sich **Riesel-Berlin** darüber, daß der Vorsitzende zu dem Antrage der Genossen aus Westfalen betr. Abstimmung über die Budgets nur einem Redner dafür und einem Redner dagegen das Wort erteilt hat.

Vorsitzender **Segitz**: Ich habe den Antrag als Geschäftsordnungsantrag aufgelöst. Uebrigens hat ja der Parteitag durch die einstimmige Ablehnung bewiesen, welche Wichtigkeit er diesem Antrage beilegt. Die Anträge 89 bis 100 und 106 werden einzeln zur Debatte gestellt.

**Frau Hohrlach-Berlin**: Die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches sind von großer Bedeutung für die Proletarier. Darauf hat Frau **Zeitlin** mit großem Nachdruck aufmerksam gemacht. Ich will nur noch auf eins hinweisen. Nach dem Entwurfe sollen die Alimente für uneheliche Kinder nach der sozialen Stellung der Frau bezahlt werden und nicht nach dem Vermögen des Mannes, der sich an ihr vergangen hat. Ebenso sind die unehelichen Kinder in den Bestimmungen über das Erbrecht benachtheiligt. Ich halte es für angebracht, daß die Genossen Veranlassung für die Arbeiterinnen veranstalten, sobald das bürgerliche Gesetzbuch das Parlament beschäftigt, damit sie über die Wichtigkeit des Gegenstandes aufklären werden.

Antrag 89 wird angenommen.  
Zu Antrag 90 spricht **Webel**. Er beantragt, daß im Antrag 90 die Forderung des Minimallohnes vom übrigen Antrage getrennt wird. Er beantragt ferner, bei jedem Antrage zugleich darüber abzustimmen, ob er der Reichstags-Fraktion überwiesen werden soll oder nicht.

Der Theil des Antrages 90, der die Forderung eines Minimallohnes enthält, wird abgelehnt; im übrigen wird der Antrag 90 angenommen und der Reichstags-Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 91 spricht **Sörle**: Da wir Gegner des Antrages waren und kein gebundenes Mandat haben, können wir auf jede Diskussion verzichten und ihn ablehnen.

Auf Antrag **Webel's** wird der Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Antrag 92 wird der Fraktion einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 98 bemerkt **Frau Luy**, daß bei Annahme dieses Antrages die freien Hilfsklassen nicht genügend berücksichtigt werden.

**Stadthagen**: Für die Heimarbeiter, die nur für einen einzigen Arbeitgeber arbeiten, ist vom Reichs-Versicherungsausschuss und vom Ober-Verwaltungsgericht für ganz Deutschland entschieden worden, daß sie der Krankenversicherung unterliegen. Gegen die Annahme des vorliegenden Antrages habe ich nichts, er sagt ja wesentlich dasselbe, was die Fraktion stets gewollt hat.

Antrag 93 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 94 spricht **Frohme**: Der Antrag will die Vereinheitlichung der Versicherung. Auf diesem Standpunkt hat die Fraktion immer gestanden. Wenn es nicht schärfer geschah, als es geschehen ist, so lag es an den Umständen. Inzwischen hat sich die Erkenntniß von der Nothwendigkeit der Vereinheitlichung in Regierungskreisen und bei den anderen Parteien Bahn gebrochen. Auch wir werden entschieden dafür eintreten. Dabei wird auch die Frage der Fortexistenz der freien Hilfsklassen aufgerollt werden müssen. Ich sehe nicht an zu erklären, daß die freien Hilfsklassen eine Anomalie sind, die auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Wir wissen, was die freien Hilfsklassen sind und was sie uns unter gegebenen Umständen noch sein können, das darf uns aber in unserm Urtheil nicht berühren. Jedenfalls ist die Frage brennend und kann nicht übergangen werden.

**Reil-Mannheim** stellt folgendes Amendement: „Die Kosten der Versicherung sind aufzubringen durch eine stufenweise

steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer aller Staatsangehöriger.“

**Stadthagen**: Ich bitte das Amendement abzulehnen, da ich nicht willens bin, der Unternehmerklasse das zu schenken, was sie sich theilweise schon geraubt hat. Die Kosten seines Betriebes hat der Unternehmer selbst zu tragen. Wenn ihm eine Maschine zerbricht, so muß er den Schaden tragen, und ebenso hat er auch den Schaden zu tragen, der ihm durch die gekürzte Arbeitskraft einer menschlichen Maschine erwächst. Wir sollten nicht die Hand dazu bieten, daß der Unternehmer die Kosten auf die Arbeiter abwälzt.

**Grünwald-Hamburg**: Im Interesse der Arbeiter ist eine größere Einheitlichkeit in der sozialen Gesetzgebung dringend zu wünschen. Andererseits liegt dann allerdings die Gefahr nahe, daß der Arbeiter durch die Vereinheitlichung nicht erzielt, daß dann im Gegentheil noch ein größerer Bürokratismus obwaltet. Wenn der Antrag der Fraktion überwiesen wird, so muß auch ausgesprochen werden, daß die arbeitserfindlichen Bestimmungen ausgemerzt werden. Wegen das Amendement werde ich stimmen, den Antrag selbst nehme ich an.

Damit schließt die Debatte.  
Das Amendement wird abgelehnt, Antrag 94 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 95 bemerkt **Mollenbühr**, daß die größte Schwäche der Alters- und Invaliditätsversicherung darin liegt, daß eine Altersrente so gut wie gar nicht erreicht werden kann; das übersteht der Antrag und deshalb ist er noch recht mangelhaft.

**Wurm** bemerkt, daß die im Antrag 95 geforderte Statistik schon längst eingerichtet ist und deshalb nicht noch gefordert werden kann.

Der Passus von der Statistik wird zurückgezogen.  
**Frau Luy** beantragt, die Forderung nach der Erhöhung der Rente in den Antrag 95 aufzunehmen.

**Terbach** nimmt den 2. Theil des Antrages 95 wieder auf und behandelt in längeren Ausführungen die Schäden, die durch den modernen Bauwindel in großen Städten, besonders in Berlin, durch das Strohmännerstystem u.s.w. die Arbeiter und Handwerker erleiden. Auf diese beziehe sich im besondern dieser 2. Theil des Antrages 95.

**Grünwald-Hamburg**: Der Antrag 95 ist nicht weit genug; auf dem vorigen Parteitage ist ein viel umfassenderer und besserer Antrag als dieser angenommen worden.

**Stadthagen**: Es ist irrtümlich, daß wir dem Bauwindel durch die Durchsetzung der in Antrag 95 enthaltenen Forderung entgegenzutreten könnten. Der hier eingeschlagene Weg ist nicht gangbar. Durch die Gewerbegerichte haben wir eine ganze Anzahl Bauwindel fassen können, und doch blüht der Bauwindel nach wie vor.

**Dr. Kronz-Berlin** beantragt, den zweiten Theil des Antrages 95 durch die Worte zu ersetzen: „Bei dem Kauf eines bebauten Grundstücks sind die beim Bau theilhaftig gewesen Lieferanten, Handwerker und Arbeiter für die bis dato gelieferten Materialien und geleistete Arbeit in haar zu bezahlen. Die genannten Forderungen haben den Vorrang vor jeder Hypothek.“

**Börner-Berlin** hält den Antrag für überflüssig, da bereits auf dem vorjährigen Parteitage ein Antrag gleichen Inhalts angenommen ist.

Infolge dessen ziehen **Dr. Kronz** und **Terbach** ihre Anträge zurück. Damit ist Antrag 95 erledigt.

Zu Antrag 96 bemerkt **Stollen-Hamburg**, daß die Form eine schlechte sei, wenn man sich auch mit dem Inhalt einverstanden erklären kann. Er beantragt deshalb, die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, eine dem Sinne des Antrages Nothwendig gerecht werdende Reorganisation der Gewerbeaufsicht zu beantragen.

**Hohrlach** beantragt, in seinem Antrage vor das Wort „folgende“ das Wort „etwa“ zu setzen.

**Quarck-Rassau**: Der Antrag **Hohrlach** ist gut gemeint, aber er leidet daran, daß zu viel in ihm enthalten ist. Ueberweisen Sie ihn der Fraktion einfach zur Berücksichtigung! Die Wichtigkeit der Fabrikinspektion wird ja auch von den herrschenden Klassen immer mehr anerkannt.  
Damit schließt die Debatte.

Der Antrag **Stollen** wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen, wodurch der Antrag **Hohrlach** hinfällig wird.

Antrag 97 begründet **Hörster-Hamburg** mit dem Hinweis, daß dadurch einer großen Anzahl Männern das Wahlrecht gestrichelt werde, das sie heute nicht haben.

Antrag 97 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.  
Im Antrag 98 ist das Wort „einstimmig“ durch „beansprucht“ ersetzt worden.

**Wurm** erklärt sich gegen den Antrag 98. Mit der Annahme dieses Antrages können wir keinen Schritt weiter. Als wir Genosse **Hörster** zum Schriftführer vorschlugen, stimmten ganze 16 Abgeordnete anderer Parteien dafür. Ob wir solche Demonstrationen wie die damalige wiederholen sollen, muß fraglich sein; wir würden uns nur wieder von neuem bescheinigen lassen, daß wir mit den anderen Parteien nun einmal nichts gemein haben.

Der Antrag erledigt sich durch Uebergang zur Tagesordnung.

Antrag 99 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 100 spricht **Schneider-Berlin**: Unsere heutige Krankenversicherung ist so mangelhaft, daß, wenn wir den Antrag annehmen, und dann infolge davon die freien Hilfsklassen von der Hilfskasse verdrängen, ein Theil der Genossen noch weiter ins Elend kommt. Die 18 Wochen lang gezahlten Unterstufungen sind so dürftig, daß eine Familie davon unmöglich leben kann. Der Arbeiter fällt mit 13 Wochen der Armenpflege anheim und verliert seine bürgerlichen Ehrenrechte. Lassen Sie die freien Hilfsklassen bestehen, die jetzt nur dazu dienen, den Arbeitern einen Zuschuß zu gewähren.

Der Antrag wird erledigt durch Uebergang zur Tagesordnung.

Zu Antrag 106 bemerkt **Schr-Bremerhaven**, daß er nicht der Fraktion zur Beachtung überwiesen werden, sondern daß die Fraktion geradegu beauftragt werden soll, sich dieses Antrages anzunehmen.

Nach einer Ermahnung, die **Söft-Heidelberg** an die Fraktion richtet und tadelt, daß sie sich zu wenig um die Seeleute gekümmert habe, weist

**Stadthagen** diese Angriffe zurück. Seit Jahren hat sich die Fraktion mit dieser Sache beschäftigt. Erst in der letzten Session haben wir über die Winternachtsfahrt viel unterhandelt, im Gesetzentwurfe manche Verbesserungen angebracht. Auch ferner werden wir uns der Seeleute annehmen.

Nachdem auch **Mehger-Hamburg** sich den Ausführungen **Stadthagen's** angeschlossen hat, bemerkt **Schwartz-Lübeck**, daß gerade er es gewesen ist, der für die Seeleute thätig gewesen ist und daß die gehöreten Vorwürfe unbegründet sind.

**Mollenbühr**: Durch Annahme des Antrages wird noch keine Revision der Seemanns-Ordnung geschaffen, es wird nur eine Statistik verlangt, die übersichtlicher ist als die jetzige. Das was hier verlangt wird, ist aber durch die Statistik sehr schwer auszubilden. Der Antrag in seinem jetzigen Wortlaut hat keinen praktischen Werth.

**Schr**: Der praktische Werth des Antrages liegt darin, daß statistisch die mangelhafte Besatzung der Schiffe nachgewiesen werden soll, damit endlich Abhilfe geschaffen wird.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen von **Wurm**, **Mehger**, **Schr**, **Mollenbühr** und **Söft** schließt die Debatte.

Der Antrag 106 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Inzwischen ist ein weiterer Antrag Kimmel-Hamburg eingegangen:

Die Fraktion zu beauftragen, im Reichstage dahingehend zu wirken, daß alle in Gärtnereien beschäftigten Personen der Gewerbe-Ordnung und mithin auch dem Gewerbegericht unterstellt werden.

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wird der Antrag Kimmel der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt. Es sind eine Reihe von Telegrammen und Zuschriften eingegangen, die vom Vorsitzenden zur Kenntnis der Versammlung gebracht werden.

Schluß der Vormittags-Sitzung 1 Uhr.

### Nachmittags-Sitzung.

(Privat-Depeschen des „Vorwärts“.)  
Singer eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr.

Namens der Mandats-Prüfungskommission teilt Antrick-Berlin mit, daß Gödel-Mainz gestern in öffentlicher Versammlung einstimmig zum Delegierten gewählt worden ist. Sein Mandat ist demnach gültig. Gleichzeitig bittet die Mandats-Prüfungskommission, daß im Protokoll vermerkt werde: In Zukunft sind die Delegierten nicht mehr in Vereinen, sondern in öffentlichen Versammlungen zu wählen.

Kloß-Stuttgart: Der eben gemachte Vorschlag dürfte für die weitesten Kreise zutreffen, nicht aber für Württemberg. Unsere Wahlen finden nur in geschlossenen Versammlungen von denjenigen, die als Mitglieder der Partei bekannt sind und ihre Schuldigkeit der Partei gegenüber gethan haben, statt. Wenn wir in öffentlicher Versammlung wählen, so laufen wir Gefahr, daß sich Personen daran beteiligen, die wir nicht als Parteigenossen anerkennen können. Ich kann mich deshalb nicht für den Antrag der Mandats-Prüfungskommission erklären.

Auer: Es handelt sich hier um einen allgemeinen deutschen, nicht um einen württembergischen Parteitag. Und da wäre es doch angebracht, daß die Württemberger sich nach den Verhältnissen im übrigen Deutschland richten. Was die Genossen im übrigen Deutschland können, müssen die Schwaben doch auch fertig bekommen. (Heiterkeit.) Wenn wir nicht sehr aufpassen, so kann uns wieder passieren, was uns schon passiert ist: daß nämlich die Partei als Verein erklärt wird. Wir wollen nichts thun, wodurch wir Material für die Auflösung bieten. Das aber würde der Fall sein, wenn wir den Vorschlag von Kloß befolgen.

David-Gießen: In unserem Organisationsstatut steht nicht, daß die Delegierten in öffentlicher Versammlung gewählt werden müssen. Sind unsere heftigen Kreisversammlungen öffentliche Versammlungen oder nicht? Der Begriff „Verein“ muß von uns definiert werden.

Nach einem Schlußwort Antrick's wird der Vorschlag der Mandats-Prüfungskommission, daß Delegierte nicht in Vereins-versammlungen gewählt werden dürfen, angenommen. Das Mandat Gödel's wird für gültig erklärt.

Zu einer Mitteilung vor der Tagesordnung erhält namens des Lokalkomitees das Wort Bruhn's. Er teilt mit, daß aus der Mitte der Delegierten der Wunsch hervorgegangen ist, die Gräber unserer hier begrabenen Genossen zu besuchen. Das Komitee schlägt vor: Morgen die Vormittags-Sitzung bis um 2 Uhr Nachmittag auszudehnen und nach dem Mittagessen einen Spaziergang in zwanglosen Gruppen zu den Gräbern unserer Toten zu veranstalten.

Timm ist der Ansicht, daß man morgen Nachmittag die Arbeit nicht aussetzen könne, da wir noch zu viel zu erledigen haben.

Es wird beschlossen, morgen die Nachmittags-Sitzung ausfallen zu lassen und den vom Lokalkomitee angeregten Spaziergang zu veranstalten.

Singer teilt mit: An den Genossen, der das Arrangement des für morgen Abend in Aussicht gestellten Kommerzes zu Ehren der Delegierten in der Hand hatte, ist von der Polizei ein Verbot ergangen, daß die Abhaltung des Kommerzes genehmigt ist. In diesem Bescheide ist aber ferner betont worden, daß das Abhängen des Tisches „das höchste Gut“, der Vortrag des Prologgedichtes „Seid gegrüßt, ihr frohen Freunde“ u. a. zu unterlassen sind. (Heiterkeit.) Als ich das hörte, da hatte ich das Gefühl, als ob wir uns in Vorderasien befinden. (Heiterkeit.) Ich mache den Vorschlag, daß wir unter dem Dank an die Breslauer Genossen für die gehabte Mühe und für ihre gute Absicht, uns einen frohen Abend zu bereiten, infolge dieses Schreibens der Polizei auf den Kommerz verzichten. Wir wollen unsere Feste nicht in Anwesenheit der Polizei feiern und uns von ihr nicht beunruhigen lassen. (Sehr richtig.)

Es wird beschlossen, auf den Kommerz zu verzichten.

Es wird in die Tagesordnung eingetragen.

Zur Verhandlung steht Punkt 4: Die Vorschläge der Agrarkommission zu dem Parteiprogramm.

Verhandelt werden dabei die Anträge:  
18. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Das Agrarprogramm in allen seinen Punkten abzulehnen, die Tätigkeit des Agrar Ausschusses für beendet und die in Frankfurt a. M. gefasste Agrarresolution (Nr. 118, S. 184/185 des Protokolls) für erledigt zu erklären.

19. Parteigenossen des Kreises Teltow-Beestow-Storkow, in Birmasens, Wachen, Halle, Rinteln und der Kreise Prenzlau-Angermünde und Brandenburg: Der Entwurf des Agrarprogramms ist in allen seinen Theilen abzulehnen.

20. Parteigenossen des Kreises Prenzlau-Angermünde: Es wird eine Kommission eingesetzt, die mit der Aufgabe zu betrauen ist, statistisches Material zu sammeln, das für die Landagitiation verwandt werden kann.

21. Parteigenossen der beiden Münchener Kreise: Den Agrarprogramm-Entwurf an einen Agrarausschuß zurück zu verweisen mit dem Auftrage, die thatsächlichsten ländlichen Verhältnisse der sorgfältigsten Prüfung zu unterziehen, die Genossen in angemessenen Zwischenräumen über ihre Thätigkeit auf dem Laufenden zu halten und das Ergebnis ihrer Arbeiten dem nächstfolgenden Parteitag zu unterbreiten.

22. Parteigenossen in Brandenburg: Die Hauptaufgabe der Agrarkommission soll darin bestehen, Untersuchungen der landwirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer großen Verschiedenheit vorzunehmen. Ein statistisches Material, mit den nötigen Erläuterungen versehen, den Genossen als Leitfaden für die Agitation in die Hand zu geben.

23. Parteigenossen in Mannheim: Den Agrar Ausschuss zu beauftragen, die ländlichen Verhältnisse noch eingehender zu untersuchen und das Ergebnis seiner Thätigkeit durch rechtzeitige Veröffentlichung in der Presse der Gesamtpartei zu unterbreiten, so daß es die Grundlage für die Agrarberatungen auf dem nächstjährigen Parteitag bildet und es den Einzel-Organisationen ermöglicht, ihre Delegierten mit genauer Instruktion zu jedem einzelnen Punkte zu versehen.

24. Parteigenossen des Kreises Hanau-Gelnhausen-Orb: Die Agrarkommission ist zu beauftragen, unsere Prinzipien nebst den aus denselben sich ergebenden Forderungen zu den Tagesfragen in Beziehung auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse in einer besonderen Broschüre ausführlich zu erläutern. Hierzu sind die von der Agrarkommission zu den Forderungen 7, 10, 11, 16 und 17, sowie zu den speziellen Arbeiterforderungen gemachten Vorschläge zu verarbeiten. Die Vorschläge aber, welche sich auf das öffentliche Eigentum, den Staatskredit und die Verstaatlichung der Grundschulden beziehen, sind gänzlich zu ändern und so zu gestalten, daß durch dieselben ein Mißverständnis nicht möglich ist, sowohl darüber, daß durch solche Mittel den Kleinbauern ihr Besitz auf die Dauer nicht erhalten werden kann, als auch darüber, daß diese Forderungen nur in einem wirklich demokratisch regierten Lande dem Volke zum Nutzen gereichen. Die von der Agrar-

Kommission empfohlenen neuen Einleitungsworte sind einfach zu streichen.

25. Parteigenossen des 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Den Agrarprogramm-Entwurf abzulehnen, die Agrarkommission bleibt mit der Maßgabe fortzubehalten, daß sie weitere Untersuchungen der landwirtschaftlichen Verhältnisse vorzunehmen und neue Vorschläge auszuarbeiten hat.

26. Parteigenossen in Lechhausen: Die Agrarkommission wird beauftragt, unter Beiziehung von energischen Gegnern des vorliegenden Entwurfs, das gesammelte Material genauer zu prüfen und zu sichten, womöglich noch weiteres zu sammeln, da mit bis zum nächsten Parteitag ein für unsere Partei nützlicher und für alle Genossen annehmbarer Entwurf geschaffen wird.

27. Parteigenossen in Danzig: Unter Verwerfung des Agrarprogramms wird die Agrarkommission mit der Abfassung eines Leitfadens betraut über die zweckmäßigste Art der Landagitiation.

28. Parteigenossen des Oberbarnimer Kreises: Die Vorschläge der Agrarkommission sind als eine Verschleierung des sozialdemokratischen Prinzips abzulehnen.

29. Parteigenossen in Lübeck: Die Agrarkommission besteht zu lassen mit dem Auftrag, alles statistische Material in Bezug auf die Agrarfrage zu sammeln und in Form von Broschüren herauszugeben.

30. Parteigenossen in Leipzig:

1. Die von der Agrarkommission dem Programm eingefügten Sätze werden abgelehnt. Ebenfalls der Programmtext der Agrarkommission.

Für den Fall der Ablehnung:  
2. Die Forderung der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch obligatorische Gewerbegerichte für Handlungsgewerbetreibende wird aufrecht erhalten.

31. Parteigenossen in Karlsruhe: Der vorgelegte Entwurf des Agrarprogramms ist abzulehnen. Die Agrarkommission bleibt bestehen, um den Genossen geeignetes Material zur Landagitiation zur Verfügung zu stellen. Das bisher gesammelte Material soll im Druck erscheinen.

103. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises: Die Parteiversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Provinzialkonferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm, wie sie in der Stadtbörsen'schen Resolution ihren Ausdruck findet. Die Parteigenossen des fünften Kreises wünschen vielmehr das Weiterbestehen der Agrarkommission zum Studium der ländlichen Verhältnisse und erwarten von dem Parteitage Stellungnahme in diesem Sinne.

Auf Vorschlag Singer's wird die Beschränkung der Redezeit für die Verhandlung dieses Punktes außer Kraft gesetzt. Das Wort erhält ein Anrunder Kolkenburg's in der Diskussion abwechselnd ein Redner dafür und ein Redner dagegen. Zunächst soll eine Generaldebatte stattfinden.

Verichterkatter der Agrarkommission Dr. Quara: Werthe Genossen und Genossen! Das Interesse an der Frage nach der besten Landagitiation ist in der Partei ein außerordentlich hohes. Wir in der Agrarkommission sind natürlich nicht so blind, daß wir nicht auch den Dörsch im Gewande führen, den mancher bei diesem Vorwärtssdrängen schon menschlich abblinzen lassen. Aber Agrarier wie wir nun einmal sind, ist es für uns in der Kommission doch schon eine rechte Genugthuung, zu sehen, daß wir im Eifer für die Sache einig gehen. Und das gehört sich auch so für die deutsche Sozialdemokratie. Sehen Sie doch nur, mit welcher Keuschheit sich unsere geführe Feinde, die echten Agrarier, um das Landprogramm seit seiner Veröffentlichung herumdrücken. Nur der deutsche Landwirtschaftsrath, die Spitze aller echten Agrarorganisationen Deutschlands hat in seiner Sitzung vom 8. März d. J. sehr ernsthaft unser Agrarkommission gedankt und ausgesprochen, daß er nunmehr in eine vielseitige und gründliche Prüfung der Landarbeiterfrage eintreten müsse. Es stimmt also nicht, daß sich die Kapitalisten mit Ur und Halm über unsere Thätigkeit im Ernst freuen, weil wir ihnen in die Hände arbeiteten, wie manche Genossen behaupten. Rein, unseren Gegnern wurde unheimlich zu Muth. Noch nie sind soviel Klänge bei allen bürgerlichen Parteien für den kleinen Mann auf dem Lande gemacht worden, als seit unserem Frankfurter Parteitage. Und weiter: Wenn uns auch die politische Reaktion gerade in der letzten Zeit immer eifriger droht — wir haben eine kleine Probe davon ja erst heute erlebt — auch daran trägt unser neuerliches Hinüberbringen auf das Gebiet der ländlichen Macht haben sein gutgemeint. Was unseren Gegnern ein Gegenstand des Schreckens, bei uns im eigenen Lager war es Gegenstand lebhafter und ungenirter Kritik. Ein Glück, daß wir unserer fünfzehn in die Agrarkommission gewählt wurden. Die gesammte Rückenfläche, die wir fünfzehn den kritischen Thesen unserer Genossen bieten konnten, war eine sehr ansehnlich breite, wenn sich auch einige Schmale und ein nicht gerade sehr standhafter unter uns befanden. Wir haben aber im ganzen recht gut zusammengehalten, viel von den Anforderungen erklärt sich aus der Neudeut der Sache. Noch niemals hatten wir eine besondere Kommission eingesetzt, die während eines ganzen Jahres neben den bekannten Organen unserer Partei nach eigenem Plane zu arbeiten beauftragt war.

Sachlich war die Aufgabe der Agrarkommission äußerst schwierig, und doch blieb die Kommission ein schlecht behandeltes Adoptivkind für die Genossen. Die Berliner November- und Dezember-Versammlungen, in denen so wie anderswo uns eine Art Schwindsuchtbozillien einzunehmen versucht wurde, zeigten das. Andererseits erweckte der erste Schritt von der Theorie zur Praxis allzu lebhaft Hoffnungen. Bedenken Sie das, wenn Sie uns kritisieren. Viel zu viel Lobes ist uns nachgesagt worden. Bekanntlich hat sich die Kommission am 10. und 11. Februar dieses Jahres in drei Unter Ausschüsse getheilt. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Methode und das Ziel unserer Arbeiten haben nie bestanden. Nie ist eine Minorität von den anderen majorisiert worden. Wir haben stets die Mittellinie gesucht, und kein Mitglied hat ein Opfer des Intellekts bringen müssen, um die Einigkeit zu wahren. Jedes Mitglied durfte nach seinem besten Wissen und Willen arbeiten. Wer allerdings seine Meinung für sich behielt, konnte nicht widerlegt werden. Wir sollten aber doch auch nicht Diktatorien treiben. Ich schide dies vorans, weil in der letzten Zeit in Parteiblättern falsche Darstellungen davon gegeben worden sind, partielle Darstellungen.

Zu einzelnen führten die Verhandlungen vom 10. u. 11. Februar nach einer Generaldiskussion zur Festsetzung der beiden Aufgaben: 1. Sammlung des bereits vorhandenen, eventuell neuen Materials, 2. Entwurf von Ergänzungsvorschlägen zum Programm. Das eine Generaldiskussion stattfand, wurde im „Vorwärts“ vom 12. Februar kundgegeben. Es konnte also kein der Kommissionsmitglieder davon „abstrakt sein“, daß die Unter Ausschüsse nach den Beschlüssen der ersten Sitzung Ergänzungsvorschläge zum Programm auszuarbeiten. — Bedel, Liednecht, Wollensbuh, Schappel und Schoenlank bildeten den Unter Ausschuss für Norddeutschland. Bod, Jug, Kaphenstein, Schulze und den für Mitteldeutschland. Wapler, Birk, David, Ged und Bollmar den für Süddeutschland. Wir glaubten damit nicht nur geographisch, sondern auch sachlich abzutheilen. Der norddeutsche Ausschuss hatte Dörsch als Gegen vorwiegend dem Großgrundbesitz zu bearbeiten; der mitteldeutsche Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Westfalen, Hannover mit mittelbäuerlichem Besitz; der süddeutsche wurde namentlich auf das Studium des zerstückelten Kleingrundbesitzes hingewiesen. Die Verbindung zwischen den Unter Ausschüssen sollte ich als Sekretär der Kommission aufrecht erhalten. Ich habe in dieser Frage über 100 Schriftstücke verhandelt, eine Bibliothek landwirtschaftlicher Literatur zusammengestellt und den Mitgliedern auf Wunsch die Literaturbeihilfe überhandelt.

Die erste Separat-Sitzung hielt der süddeutsche Ausschuss am 21. und 22. Mai in Mainz unter Hinzuziehung von noch 100 Genossen, denen sämtliche Materialien zugestellt waren. In zweitägiger Verhandlung wurde der süddeutsche Programmtext angenommen und ein Fragebogen zur Erforschung der sozialen Verhältnisse typischer Landgemeinden formuliert. Von etwa 800 ausgegebenen Fragebogen wurden bis August d. J. 250 aus ebensoviele Landgemeinden beantwortet. Ueber das Ergebnis derselben wird Genosse David berichten.

Der mitteldeutsche Ausschuss erließ im Februar Aukuse in den benachbarten Parteiblättern mit der Bitte, Materialien über ländliche Verhältnisse einzuschicken. Es liefen einige Briefe und ländliche Arbeitsverträge ein. Am 12. Mai trat der mitteldeutsche Ausschuss zu einer Sitzung in Gotha zusammen, zu der sich noch 8 Sachverständige einfinden. Die Vornahme einer Enquete wurde abgelehnt, dagegen ein Programmtext entworfen und beraten und in der Ihnen bekannten Weise formuliert.

Der norddeutsche Ausschuss konstituierte sich am 25. April und hielt am 19. Mai in Berlin eine Sitzung unter Hinzuziehung von drei Sachverständigen aus Ostpreußen ab und formulirte Vorschläge zur Ergänzung des Programms.

Die drei Entwürfe wurden allen Mitgliedern der Kommission zugesandt. Am 27. und 28. Juni hielt die Kommission ihre zweite Plenarsitzung in Berlin ab. Bollmar und Ged waren am Erscheinen verhindert. Es wurde in der Debatte viele einzelne Forderungen eingehend begründet. Am ersten Tage wurden die fünf ersten Punkte des Programm-Entwurfs der Gesamtkommission bis auf einen, gegen den Schoenlank stimmte, angenommen. Es waren dies die Punkte 2, 3, 4, 5, im Antrag 3, sowie die Einschaltung zum Schulwesen im Erfurter Programm. Bei dieser Abstimmung fehlten nur Bollmar und Ged. Am zweiten Tage bei der Gesamt-Abstimmung, bei der freilich Schappel fehlte, erfolgte die Annahme einstimmig. Mit Bollmar wurde eine Verknüpfung durch eine persönliche Besprechung versucht und gefunden, so daß der Parteivorstand am 16. Juli den Entwurf der Gesamtkommission zusammen mit der Einladung zum jetzigen Parteitage veröffentlichte. Im September erfolgte die Veröffentlichung der drei Vorentwürfe, die Bollmar schon im Juli gewünscht hatte. Es war nämlich zu fürchten, daß die frühere Veröffentlichung die eben gewonnene Einigung auf den Gesamtentwurf gefährden würde. Unsere letzte Sitzung haben wir dann am vergangenen Samstag hier in Breslau gehabt und unsere Anträge nunmehr so abgeändert und formuliert wie sie Ihnen vorliegen. Diese Darstellung unseres Arbeitens widerlegt doch genügend die Behauptungen über die „Geheim- und Wichtigthuerer“ und über die Eile etwas fertig zu bringen.

Es wurde bei der Debatte über den Agrarprogramm-Entwurf die Frage Revolution oder Reform aufgeworfen.

Wir sind von denselben Absichten geleitet worden, wie unsere scharfsten Kritiker. Sollte also wirklich eine Verknüpfung unumgänglich sein?

Auf diese Frage giebt es nur ein Ja. Wenn wir manches unterlassen, was der jetzige Staat auch unterläßt, so thun wir dasselbe auf gewerblichem Gebiete ja auch alle Tage. Es kommt nur auf die Absicht und das klare Einziel an, das wir im Auge behalten müssen. Die Sozialdemokratie vertritt hierbei diejenige Kulturpolitik, die für das Wohl aller gilt. Nicht des Bauernsanges wegen haben wir die Unterdrückten auf dem Lande zu unterstützen, aber wir können nicht ruhig zusehen, wie sie in jeder Hinsicht vergewaltigt werden. Wir werden dabei nicht so utopistisch sein, den Fortschritt des Großkapitals auf dem Lande künstlich aufhalten zu wollen, aber wir brauchen durch unsere Unthätigkeit auch nicht mitzuhelfen, daß sich das ländliche Großkapital eine Unsumme von Agrarvertheilern verschafft.

Zu seinem letzten Aufsatze über die Agrarfrage stellt unser größter Kritiker, Engels, die Frage: Was ist denn unsere Stellung zur Kleinbauernschaft? Wie sollen wir uns schon heute zu ihr? Und in seiner Antwort stellt sich Engels unmissverständlich auf die Stufe des Gedankens, aus welchem unser Agrarprogramm-Entwurf entspringt ist. Die Agrarkommission ist gern bereit, der berechtigten Kritik der Parteigenossen Rechnung zu tragen. Als berechtigt haben wir vor allem die Einwände gegen die Verbindung unserer neuen Vorschläge mit dem Erfurter Programm anerkannt. Wir haben deshalb alles, was sich nicht zwanglos zu den schon bestehenden Punkten des Erfurter Programms hinzufügen läßt, herausgenommen und abgeändert, der Kritik folgend. Sein Arbeiterschuh haben wir sehr gern auch einige Vorschläge der Parteikritik beachtet. Vom Landarbeiter schuh spreche ich deshalb so wenig, weil nicht der geringste Streit darüber ist, daß der Landproletarier mindestens ebenso eifrig und kräftig von uns zu schützen ist gegen seine Ausbeuter, als der städtische Proletarier. Die Zusammenstellung der Agitationsforderungen für sie war der weniger schwierige Theil der Arbeit. Viel schwieriger war die Festsetzung von allgemeinen Forderungen im Interesse der Landkultur. Die Verbindung mit dem Erfurter Programm nahmen wir zuerst vor, um den Genossen zu zeigen, daß wir hohen Werth auf die Benutzung des Erfurter Programms bei der Landagitiation legen.

Bereits Bollmar und Schoenlank haben in ihren Referaten für den Frankfurter Parteitag werthvolles Material zur thatsächlichen Orientierung über die Geschichte und jetzige Lage der sozialen Verhältnisse auf dem Lande beigebracht. Wäre dies während der Agrardebatten der letzten Monate von manchen der lautesten Auler im Streit im stillen Kämmerlein studirt worden, so hätten wir uns jetzt schon in unseren Ansichten über die Landagitiation näher. Die Entstehung und die soziale Gliederung der deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerung, sowie ihre Eigentümlichkeiten sind dort statistisch anschaulich geschildert. Nur nach zwei Richtungen will ich die Darstellung ergänzen; viele von uns wissen noch nicht genau, was sie unter einem Kleinbauern zu verstehen haben und dann ist in der bisherigen Debatte ganz unerörtert geblieben, wie sich die h e r e i c h e n d e A g r a r p o l i t i k eigentlich zum Kleinbauern stellt. Nach der letzten deutschen Berufszählung von 1882 entfallen auf den Beruf der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Thierzucht und Fischerei einschließlich der dienenden und Familienangehörigen 19,2 Millionen Köpfe oder 42,5 pCt. der Bevölkerung. Von den 5,2 Millionen Betrieben aber mit 31,8 Millionen Hektar Land, auf die sich jene Personen vertheilen, waren bekanntlich 3 Millionen oder 58 pCt. unter 2 Hektar, ferner nicht ganz 1 Million oder 18,6 pCt. 2 bis 5 Hektar groß. Wir haben von 5,2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe überhaupt circa 4 Millionen oder 96 pCt. echt kleinbäuerliche Besitzungen. Nur entfällt auf diese Betriebe allerdings nur 16 pCt. der landwirtschaftlich benutzten Fläche, aber wir haben es doch in der Politik mit den Menschen und ihren sozialen Verhältnissen zu thun. Etwa drei Viertel der landwirtschaftlich beschäftigten Menschen sind kleinbäuerliche oder direkt für Lohn arbeitende Landproletarier.

Dieser Kleinbauer kommt nicht nur als süddeutsche Mecklenburger vor, er ist eine auch in Norddeutschland für den Agrarpolitiker nicht ganz unbekannte Erscheinung. In beiden Mecklenburg sind ca. 80 pCt. aller Betriebe nur bis 2 Hektar groß, in Mecklenburg und Westfalen ca. 70 pCt., in der Provinz Sachsen 66 pCt., in Pommern 65 pCt., in Brandenburg 63 pCt., in Westpreußen 60 pCt. Steht nun dieser recht zahlreich vorhandene Kleinbauer und so nahe, daß wir als proletarische Partei auf ihn einwirken können? Der deutsche Kleinbauer ist kein einheitlicher Typus. Hier in Obersachsen haben Sie den verkommenen oder doch verkommenen Kleinbauer, der erdrückt wird von dem Patsundbesitzer. Etwas höher noch steht der mitteldeutsche Kleinbauer, der in Sachsen, Thüringen, auch in Nordwest-Deutschland ist. Seine Wirtschaft ist noch sauber, aber es fehlt ihm an Geld und Geschäftsgewandtheit. Dann folgt der süddeutsche Kleinbauer als Viehzüchter

\*) Die umfangreiche Vorlage kommt uns knapp bevor das Blatt in die Presse gehen soll, zu. Wir müssen deshalb die Veröffentlichung bis zur nächsten Nummer verschieben.

... als Hüter von Handlungswässern oder als Weinbauer. Er ist geistiger als der mitteldeutsche Kleinbauer, hat höhere Lebensansprüche und trägt den Kopf höher. Sollten wir nun den noch höher stehenden Bauer ganz proletarisieren lassen, daß er von selbst zu uns kommt? Das geschieht aber nicht. Umgekehrt gerade der geweckte Bauer, der noch nicht ganz verendet, wäre am ehesten für uns zu haben, hätten wir nicht bisher selbst dazu geholfen, ihm das Vertrauen zu uns als Kulturpartei beinahe künstlich zu nehmen. Wir belästigen uns in allen städtischen und gewerblichen Fragen als die Partei des Fortschritts, aber für den Fortschritt auf dem Lande haben wir keine Rücksicht. Und doch warten unserer auch auf dem Lande tausend Schmerzen der Kleinen und Unterdrückten.

Auf dem Lande macht der große Besitz alles und verdrängt alles. Das ganze Arbeiterrecht auf dem Lande ist mit Gesinnungs-Ordnungen, polizeilichem Rückkehrzwang und ähnlichem auf das brutale Interesse des Großbauern und Großgrundbesitzers zugeschnitten, während der Kleinbauer nicht das geringste Interesse an der Erhaltung dieser Feudalrechte hat. Der Bodenbesitzer, die landwirtschaftliche Versicherung, die Feld- und Thierpolizei, alles ist zu Gunsten der Großen organisiert, und die Unsummen von Verbitterung, die sich aus diesen Verhältnissen bei den Bauern naturgemäß ergeben, sollten wir nicht abwenden für das Hineintragen sozialistischer Gedanken, womit wir gleichzeitig große Kulturzwecke fördern können? Auf diese Frage erwidere ich folgendes: die Fälle von revolutionärer Kraft und Gestaltung, welche so zahlreiche Resolutionen der Genossen zum Agrarprogramm bekunden, ist auch von uns mit Genugthuung begrüßt worden. Unsere Daseinsberechtigung als sozialdemokratische Partei steht und fällt damit, ob wir unerschütterlich wie bisher daran festhalten. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt von selbst zur Abschaffung des Privateigentums an jeder Art ausbeutenden Kapitals; das Fortschreiten der Kultur kann nur verbürgt werden dadurch, daß wir jene Entwicklung unterstützen, daß wir auf die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung mit hinwirken helfen, welche keine kapitalistische Ausbeutung mehr kennt, weil die Besitzer der Produktionsmittel und die mit denselben arbeitenden dieselben geworden sind: Das freie Volk. Darin sind wir alle einig.

Aber der Weg zu diesem schönen Ziele ist schwierig, er führt mitten durch das Gland der heutigen Wirtschaft, auf ihrem Boden müssen wir dem Endziel vorarbeiten, wir können sie nicht überspringen. Und darin liegt das Zwiespältige jeder Art unserer Tätigkeit, nicht bloß der landagitorischen: daß wir ein riesenhaftes Kulturziel deutlich sichtbar vor unsern Augen haben, eine Umwälzung der Eigentumsbegriffe sicher kommen sehen und vorbereiten, dabei aber mit den überlieferten bestehenden Verhältnissen rechnen und uns an diesen fortwährend reiben müssen. Die Frage steht also nicht so, Revolution oder Reform, Umwälzung oder Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, sondern Umwälzung und Reform, Revolution und Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, aber nur diese Verbesserung, welche die spätere Umwälzung vorbereitet, sie nicht etwa verlagert oder hemmt, wir formen fortwährend an der wirtschaftlichen Entwicklung mit, wie wir auch an der politischen arbeiten. Es gibt unter den bestehenden Verhältnissen zwei revolutionäre Tätigkeiten für uns: das Revolutionieren der Köpfe und das Revolutionieren der Dinge, d. h. die allmähliche Beeinflussung und Umformung der wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen durch unsere Teilnahme an der praktischen Politik. Das wir uns jetzt darüber streiten, ob dasselbe auch für die Landwirtschaft zu thun sei, hängt unter anderem mit gewissen Einbrüchen, des Augenblicks zusammen, unter denen wir jetzt stehen. Die Fürsorge für die Landwirtschaft ist im preussisch-deutschen Junkerstaat heute lediglich ein demagogisches Schlagwort der reaktionären Parteien geworden, hinter dem sich die krossste Interessenspolitik der herrschenden Großgrundbesitzerklasse versteckt. Aus dieser politischen Konstellation hat die ganze Agrarpolitik, auch diejenige im Sinne der Kulturentwicklung, einen so ähneln Geruch bekommen, daß sich heute ein anständiger Mensch beinahe schämt, Agrarpolitiker zu heißen. Demgegenüber haben wir Sozialdemokraten nun die hohe und bedeutsame geschichtliche Aufgabe, eine von launern und weißlichen Kulturabsichten geleitete Agrarpolitik wieder zu Ehren zu bringen. Um die Mitte dieses Jahrhunderts, als Thier, Viebig u. a. wirkten, gab es noch eine Zeit, wo Agrarier und Reaktionäre, Landeskultur und junkerliche Interessenwirtschaft und Wahlakt nicht noch zwei Worte für denselben Begriff waren. An diese Ueberlieferung haben wir wieder anzuknüpfen. Es wäre traurig um den Sozialismus als Weltanschauung und politische Richtung bestellt, wenn er nicht auch auf dem Gebiete des Landbaues und der Ackerbau-Politik sich schöpferisch und kulturfördernd betätigte, und für den bloß die Frage entscheidend wäre; ob wir auf dem Lande augenblickliche Wählerfolge erzielen oder nicht. Wir arbeiten doch nicht um die Gewinnung von ein paar hunderttausend Stimmen mit allen Mitteln wie die Junker, sondern um die Zukunft der Menschheit, die doch auch ein bißchen von der Zukunft der Landwirtschaft abhängt. Das haben zum Beispiel jene Genossen eines in der Umgegend von Berlin liegenden Wahlkreises vergessen bei folgender sonderbaren Agrar-Enquete: Sie zählten in bestimmten Ortschaften die Stimmen, auf die wir seitens der Landeute rechnen konnten, und daneben diejenigen der Beamten, Handwerker, Arbeiter, und da die letzteren in der Mehrheit waren, sagten sie, wir brauchen kein Agrarprogramm (Geisterheil). Ich meine zwar nicht wie Vollmar, daß wir die Industrie-Arbeiter bereits vollkommen gewonnen hätten, aber ich kann auch nicht in den Ruf einstimmen: bleiben wir hauptsächlich in den städtischen Versammlungssälen! Noch eins kommt hinzu: Es handelt sich um denjenigen Zweig der Volkswirtschaft, der entscheidend bei der Beantwortung der Magenfrage mitwirkt. Es kann uns als Sozialisten durchaus nicht gleichgültig sein, ob die Produktion von Brot in zurückgebliebenen Betriebsformen geschieht oder nicht. Hierher gehören diejenigen unserer Forderungen, die Staatsmittel für Gemeinden oder Verbände zur Bodenverbesserung, Wasserkultur u. dgl. verlangen. Dagegen wurde uns vorgeworfen, wir verlangten Mittel aus dem allgemeinen Säckel zur Erhöhung des Grundwertes. Ja, wer Landeskultur treibt, der giebt Mittel für die Erhöhung des Grundwertes, ebenso wie derjenige, welcher Mittel zu Eisenbahnen, Kanälen und ähnlichem bewilligt. Läßt sich aber das unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt vermeiden? Mühten wir uns denn nicht von jeder Art positiver Arbeit unter dem Regime des Kapitalismus zurückzuziehen? In Wirklichkeit verlangen wir auch vom heutigen Staate, daß er Kulturaufgaben erfüllen soll. Wir halten beständig dem Militärstaat vor, wieweil er für unproduktive Zwecke zum Fenster hinauswirft und was er für produktive thun sollte. Unsere Abgeordneten haben im Reichstage wiederholt davon gesprochen, daß die Aufwandschaft der Moore, der Heidestränke u. s. w. durch Staatsmittel eine Aufgabe des heutigen Staates sei, wenn er Kultur statt bleiben wolle. In Uebereinstimmung damit sagt Engels, daß die materiellen Opfer, die in diesem Sinne im Interesse der Bauern aus öffentlichen Mitteln zu bringen sind, eine vortreffliche Anlage seien. Daß wir solche Mittel nur für die Landwirtschaft verlangen, erklärt sich daraus, daß wir es zunächst nur mit einem Landprogramm zu thun haben. Unsere Tätigkeit auf anderen Gebieten wird nicht gehemmt, sondern angeregt, wenn wir jetzt für die Landwirtschaft im Interesse der Sache eintreten und Staatsmittel bewilligt haben wollen für das, was bis jetzt vielfach zurückgestellt ist, weil es nicht gleich in greifbaren Summen in die Taschen der Großgrundbesitzer fließt, weil es Vorlagen sind, welche die Gesellschaft zu Gunsten der besseren technischen und sozialen Entwicklung des Landwirtschaftsbetriebes machen soll, dann ist es doch nicht reaktionär, sondern kulturfördernd und revolutionär.

Wir verhindern, daß diejenigen Mittel zu kulturfeindlichen

Zwecken verwendet werden, die wir für die friedliche Landesentwicklung festlegen. Deshalb sind ja die jetzigen Nachthaber meist so schwer für wirkliche Kulturaufgaben zu haben, weil sie fürchten, daß ihnen etwas entgeht, wodurch sie ihre Gewaltmittel stärken könnten.

Ich komme nun zu der Frage, wie unsere Landeskultur-Vorschläge beschaffen sein müssen, um als sozialistisch zu gelten. Bei der Vorberatung des Erfurter Programms verlangte Kautsky, daß die Sozialdemokratie nichts unterlasse, was im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats als Klasse steht. Er fügte hinzu, daß als revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft die Arbeiterklasse die einzige ist, deren Interessen überall zusammenfallen mit denen des Fortschritts der Gesellschaft. Es läßt sich leicht nachweisen, daß die meisten unserer Agrarvorschläge in der Richtung des Fortschritts der Gesellschaft liegen, alle in der Richtung des proletarischen Interesses liegen. Auch die Schlüsselpunkte der bekannten beiden Artikel von Bebel im „Vorwärts“, die unsere Absichten bei Abfassung des Agrarprogramms vorzüglich erläutern und die von jedem Mitglied der Agrar-Kommission unterschrieben werden, stimmen mit der Forderung von Kautsky überein. Wir sind also von ganz denselben Gedanken ausgegangen, wir zogen auch zahlreiche Genossen zu unseren Arbeiten herbei und hielten ihnen auch nicht einen Buchstaben von dem geheim, was uns vorlag. Und gerade die Süddeutschen, die am meisten gehäpelt haben sollen, haben in der zweiten Hälfte unserer Arbeiten wegen Vollmar's Erkrankung gerade umgekehrt eine Verlangsamung und Hinausschiebung der Beschlußfassung gewünscht.

Nach dieser Erledigung der Neuheitslichkeiten kommen wir zur Agrarfrage in Verbindung mit unseren Vorschlägen. Wir hatten eine Generaldiskussion und eine Spezialdiskussion. In der letzteren hatte ich eine eingehende Begründung für jeden Punkt zu geben. Jetzt will ich Ihnen die Gesamtanschauung darlegen, von der wir ausgegangen sind. Ich glaube, Ihrer Auffassung und auch der des grimmigsten Kritikers, des Genossen Kautsky, zu genügen, wenn ich zunächst Klarheit schaffe über die Grundsätze in unserer Partei über die Landfrage. Da ist nun als Hauptfrage die folgende entgegengeworfen worden: Revolution oder Reform?

Hätten wir unsere Vorschläge als gesondertes Landprogramm vorgelegt, als Grundlage für eine Parteifortschreibung, für unsere Tätigkeit auf dem Lande, so wäre ein guter Teil der grundsätzlichen Einwendungen nicht gemacht worden, die in den Debatten aufstiegen. Formuliert müssen solche Forderungen für die praktische Tätigkeit unserer Partei auf dem Lande werden, wenn wir nicht auch die nationale und internationale Einheit der Bewegung gefährden wollen. Redner verweist auf das französische Agrarprogramm, auf das belgische, italienische und dänische. Nach der Auffassung der Gegner unserer Vorschläge gäbe es beinahe in der ganzen internationalen Sozialdemokratie keine Prinzipientreue mehr, ausgenommen natürlich bei unseren deutschen Agrarmanchestergenossen. Mit dem Radikalismus in Worten allein ist nicht gethan. Noch mehr in zahlreichen Flugblättern, die die deutschen Genossen seit Jahren in ländlichen Bezirken für die Wahlen verbreitet haben, werden ähnliche Forderungen wie jetzt von uns aufgestellt. Redner erinnert an eine heftige Parteifortschreibung, an die badischen, bayrischen und württembergischen Landtags-Programme der Sozialdemokratie. Auch zahlreiche norddeutsche und preussische Genossen sind uns mit gutem Beispiel vorgegangen; aus dem sächsischen Landtage hoffe ich in der Debatte einige recht artige Proben sozialistischer Agrarpolitik vorzulegen. Die Notwendigkeit, positive Agrarpolitik zu treiben, hat sich aber längst praktisch durchgebohrt. Das ist aber wieder ein Beweis dafür, daß wir eine allgemeine Richtschnur brauchen. Unser Thun und Lassen soll ein bewußtes sein. Wir müssen unsere Genossen in den Landtagen und Gemeindevertretungen gewisse Anhaltspunkte für ihre agrarpolitische Tätigkeit bieten. Die Einheitlichkeit unserer Partei verlangt gebieterisch die Festlegung agrarpolitischer Grundlinien. Gerade wir wollen „Stegwäntchen“ in den kleineren Vertretungskörpern vermeiden; wir wollen, daß die Gegner eines einheitlichen Agrarprogramms aber öffnen ihnen Thür und Thor. Der Agrarkommission liegt nicht ferner als Redner'scher oder Enttäuschter über die Annahme Ihrer Vorschläge. Wir sind sicher mit Ihnen darin völlig einig! Ein Landprogramm, das gegen den Willen auch nur einer erheblichen Minderheit der Partei durchgesetzt würde, hätte gar keinen Wert für unsere Sache. Wer aber nicht hinzulernen will, schöpft diejenigen, welche lernen wollen, von sich ab und gefährdet die Einheit. Wir sind überzeugt, so gut wie wir hierher gekommen sind, um zu lernen, werden auch Sie sich unseren Gründen, wo sie sich als gut erweisen, nicht verschließen. Seit Jahrtausenden wird von den Menschen in den ältesten Schriften die Erde als Urquelle menschlichen Glücks bezeichnet. Möge sich diese Urkraft der Mutter Erde auch an unserer Partei bewähren, wie an jenem sagenhaften Niesen, der so oft neue Kraft gemann, als er den Boden berührte. Das ist unser aller Wunsch. Durch unsere Arbeiten in der Agrarfrage und für die Landagitation soll unsere Partei nicht matter und unentschiedener, sondern immer mehr kampffähig und revolutionär im besten Sinne des Wortes gemacht werden. (Beifall.)

Folgende Resolution wurde eingebracht: Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen, denn dies Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigentums-Fanatismus. Es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuter neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ausdrücklich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat. Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigenständigen, von denen der Industrie verschiedenen, Gesetze hat, die zu studieren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen zu veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Geldauswendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Karl Kautsky, Klara Zetkin, Arosa, Fischer-Dresden, Wehler-Dresden, Schippel, Fischer-Berlin, Fannluch, Eichhorn-Dresden, Koelle-Hamburg, Ludwig Kimmel-Hamburg, Gerlach-Wanzleben, Simon-Deppa, Michels, Hans Bloch-Dortmund, Otto Hue, Kieger-Köln, Singer, Auer, Gerlich, Dang, Max König, Karl Kloss, Stadthagen.

Es folgt die Wahl der Neurekommission. 210 Stimmzettel sind abgegeben worden, davon sind 2 ungültig, 13 zerplittert. Gewählt sind: Kloss, Herberich, Dahlen, Buchwald, Galle, Förster, Antrick, Roehnen, Rauch.

Die Neurekommission konstituiert sich.

Als 2. Berichterstatter zum Agrarprogramm-Entwurf spricht Schippel: Werthe Parteigenossen! Sie werden mir selbst zugestehen, daß Quard's Referat zum theil recht persönlicher Natur und speziell gegen mich gerichtet war. Doch lassen wir das. Gerade

das schien Quard wichtig zu sein, daß die Gegner viel über die vorliegende Angelegenheit geschrieben hätten, so der deutsche Landwirtschaftsrath u. a. Die angeführten Beispiele solcher Äußerungen aber bezogen sich auf das, was vor der Veröffentlichung des Entwurfs geschehen war. Daß die Gegner den Programmentwurf wirklich kritisiert hätten, ist mir nicht bekannt. Die Gegner haben aber auch von dem Programm nichts zu fürchten. Das ganze Agrarprogramm ist weiter nichts als eine Uebernahme von Forderungen aus anderen Programmen, so zum theil aus den schlechtesten agrarischen und antisemitischen Programmen. Ist es richtig, wenn man sagt, daß die Gegner der Entwürfe ausnahmslos Genossen waren, die die Bedeutung der Agrarfrage unterschätzten? Kautsky hat am frühesten schriftstellerisch die Sache bearbeitet, freilich ehemals in einem Sinne, daß seine damaligen Ansichten denen Quard's nahe standen. Die energischsten Zurückweisungen des Entwurfs kamen von Deuten, die in der Landagitation das meiste geleistet haben. Ich selber bin auch Agrarier gewesen. Ich bin aus einer kleinen Beamtenfamilie hervorgegangen und habe studirt zu einer Zeit, als die erste große Agrarbewegung hervortrat, ich bin ein Schüler von Robertus. Wir hatten damals eine glänzende agrarische Schriftstellerei. Lorenz v. Stein, Schäffle, Brentano, Ruhland u. a. arbeiteten damals an dieser Frage, jetzt ist das anders. Da begann die erste Lebensmittelpresse, die große Frucht, daß es aus sein würde mit der Bauernschaft. Wir waren damals noch Halbsozialisten, es ging gegen das Kapital, die Kritik war glänzend. Später habe auch ich die Frage schriftstellerisch bearbeitet.

Quard verlangt, daß man mit der Kommission ein menschliches Näheren haben solle. Ich möchte lieber ein menschliches Näheren damit haben, daß sich so viele gute alte Parteigenossen mit dem im Entwurf enthaltenen Quardalbereiten besäßen. Die z. B. aus Rechthaberei gestellten Forderungen sind durch nichts zu verteidigen. Wenn wir als die Arbeiterpartei diese Forderungen annehmen, dann verstärken wir nur die Position der Gegner. Wenn wir den Entwurf darauf ansehen, was die Gegner dazu sagen werden, werden wir sehen, daß wir die in dem Entwurfe liegenden Tendenzen nie vertreten können.

Die unbeschränkte Aufrechterhaltung des Wald- und Weiderechts ist das erste. Mancher Bauer freilich lebt mit von diesen Rechten. Er holt Laub und Streu, der Staat oder die Gemeinde liefert ihm Brenn- und Bauholz. Freilich: auf der einen Seite haben wir da den armen Kleinbauer, auf der anderen den reichen Staat, und doch ist es vielleicht sehr falsch, hier dem Kleinen gegen den Großen beizustehen. Beschäftigen wollen wir die Beibehaltung der Wald- und Weiderechte? Im Interesse der Bauern? Hat doch auch der große Grundherr auf bäuerlichem Boden solche Rechte; auch der Grundherr treibt seine Schafe und Kühe auf die Weide. Wie stellen wir uns da? Hat sich die Kommission darum gekümmert, ob nicht auch die Weiderechte der Grundherren beseitigt sind? Hat sie das nicht gethan, dann stehen wir vor der Forderung: bis in alle Ewigkeit müssen die noch bestehenden Weiderechte der Grundherren und Bauern bestehen. Aber der Waldbesitzer, der Staat, hat ein großes Interesse daran, daß der Wald nicht verwüstet wird. Der Staat muß oft als Brennholz Holz schlagen lassen, das weit besser und nützlicher als Bauholz verwandt würde, weil die Bauern nun einmal das Recht haben, Brennholz zu holen. Nebenbei liegt es mit dem Hartzscharren. Hat jemand einen Vortheil davon, daß die Bauern die Bäume ausreißten, wenn sie auch ein Recht dazu haben? Mit der modernen Forstwirtschaft verträgt sich das Hartzscharren durchaus nicht. Ferner die Laubstreu; freilich können die Bauern ohne sie nicht mehr bestehen, aber es ist auch Thatsache, daß z. B. in Tirol ganze Wälder durch die Aufrechterhaltung dieses Rechtes zu Grunde gegangen sind. Alte Rechte sind schädliche Institutionen geworden. Sollen wir sie da erhalten? Ferner, wir haben z. B. im Speckart ungemessene Rechte der Bauern gehabt. Nun sind die Gemeinden gemacht; damit werden die Wald- und Weiderechte immer schädlicher für das Bestehen der Wälder, werden also kulturwidrig. Im Interesse der Wälder müssen wir dagegen auftreten. Aber die Aufrechterhaltung dieser alten Rechte ist nicht ein Rückschritt überhaupt, sondern liegt auch nicht einmal im Interesse der Bauern selbst. Wenn z. B. der Bauer statt seines früheren hölzernen Stalles einen feineren haben will, so nützt ihm das Walddrecht nichts mehr. Holz bekommt er nur zu Schindeldächern, hölzernen Geräthen und Dielen. Er hat also, wenn er besser als vorher bauen will, ein Interesse an der Ablösung dieser Rechte. Die als Ablösung gezahlten Kapitalien sind gar nicht unbedeutend, sie ermöglichen es ihm, auf eine höhere Betriebsstufe zu kommen, während das Festhalten an den Wald- und Weiderechten einen Rückschritt bedeutet. Wir können den Bauern nicht alles geben; sie verlangen am Ende Sonne, Mond und Sterne. Vollmar selbst hat in der vorigen Session des bayerischen Landtages erklärt, daß die kulturwidrige Aufrechterhaltung der Wald- und Weiderechte falsch sei und daß die Ablösung dieser Rechte oft nützlich sein kann. (Hört, hört!) Der Werth der Waldstreu ist vielfach nur eingebildet, nicht immer berechtigt im Interesse der Landwirtschaft. Das Interesse der Forst- und Landwirtschaft ist ein höheres, als das der einzelnen Bauern. Also auch Vollmar war davon überzeugt, und die bayerischen Bauern haben selbst die Forderungen fallen lassen, weil sie kulturwidrig sind. Daß Wald- und Weiderechte eingehen, ist eine historische Nothwendigkeit. Heute liegen sie vielfach nur noch im Interesse der großen und reichen Bauern, während die Kleinen mit ihrem Felde auch die dazu gehörigen Rechte verloren haben. So hat auch die in der Gemeinde hervorgetretene Differenzierung die alten gleichen Rechte zu ungleichen gemacht. Sollen wir denn aber für die reichen Bauern kämpfen, für die Privilegierten einiger? Wir haben freilich für die armen Leute immer ein warmes Herz, aber es wäre engherzig, wollten wir hier für sie eintreten und dabei die gemeinen und wichtigeren Interessen aber außer Acht lassen.

Das Interesse der Forst- und Landwirtschaft ist ein höheres als das der einzelnen Bauern. Auch Vollmar war davon überzeugt und die bayerischen Bauern haben selbst die Forderungen fallen lassen, weil sie kulturwidrig sind. Daß Wald- und Weiderechte eingehen, ist eine historische Nothwendigkeit. Heute liegen sie vielfach nur noch im Interesse der großen und reichen Bauern, während die Kleinen mit ihrem Felde auch die dazu gehörigen Rechte verloren haben. So hat auch die in der Gemeinde hervorgetretene Differenzierung die alten gleichen Rechte zu ungleichen gemacht. Sollen wir denn aber für die reichen Bauern kämpfen, für die Privilegierten einiger? Wir haben freilich für die armen Leute immer ein warmes Herz, aber es wäre engherzig, wollten wir hier für sie eintreten und dabei die gemeinen und wichtigeren Interessen aber außer Acht lassen. Darüber, daß die kleinen Leute oft Grund haben, auf Ablösung zu dringen, kann gar kein Zweifel bestehen. Da sie zu oft geprellt wurden, ersinnen sie ein Mittel, die Prellereien zu verhindern, und ich will gern darauf eingehen. Wohin das führt, wenn die Bevölkerung zunimmt, aber die Weiden gleich bleiben, das sehen Sie z. B. aus einer auf Veranlassung der badischen Regierung veröffentlichten Enquete über die Zustände im Schwarzwald. Danach sind heute die Wälder dort vollständig devastirt, so daß die Bauern darauf dringen, daß die Aufrechterhaltung der Weiderechte u. dergleichen wird. Bei solcher Sachlage sollte man doch nicht mit beiden Weinen leichsinig in die Forderung springen und unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Rechte verlangen, denn diese Rechte sind Mißbräuche; sagen wir aber nicht „unbeschränkte“, sondern etwa möglichst unbeschränkte Aufrechterhaltung oder dergleichen, so sagen wir damit nichts Bestimmtes und erreichen so gut wie nichts.

(Schluß im Hauptblatt.)

## Der letzte französische Gewerkschaftskongress.

Paris, 5. Oktober.  
Der vorige Woche in Limoges stattgehabte Landes-Gewerkschaftskongress, der in so mancher Beziehung zur Kritik herausfordert, nahm im wesentlichen folgenden Verlauf: In der Frage der Alters- und Invalidenversorgung sprach sich der Kongress einstimmig dahin aus, daß der Staat allen Arbeitern und Angestellten beider Geschlechter, die ein Alter von 50 Jahren erreicht oder eine 25jährige Dienstzeit hinter sich haben, sowie allen Arbeitern, die infolge von Gewerkschaftsaktivitäten arbeitsunfähig werden, eine Pension auszusprechen habe; daß diese Pension stets nach dem Minimal-Existenzlohn zu berechnen sei und daß, welcher fiskalischer Modus hierfür auch zur Anwendung gelange, dem Arbeiter zur Konstituierung der Pension keine Lohnabzüge gemacht werden sollen.

In der Agrarfrage wurde beschlossen: 1. eine lebhaft propagandistische Tätigkeit für die Errichtung von landwirtschaftlichen Gewerkschaften zu entfalten; 2. für die Errichtung von landwirtschaftlichen Schiedsgerichten (prud'hommes agricoles) einzutreten; 3. die Organisation eines am Vorabend des nächsten allgemeinen Gewerkschaftskongresses abzuhaltenden landwirtschaftlichen Kongresses anzubahnen und zu diesem Behufe den Arbeiter-Nationalrat zu beauftragen, die Mittel zu studieren, diese Organisation zu Wege zu bringen; 4. die Kleinpächter anzueisern, ihre kleinen Güter zu vereinigen, um sie rationell bewirtschaften zu können; 5. es den landwirtschaftlichen Gewerkschaften zu überlassen, sich so zu organisieren, wie sie es für ihre Interessen am zuträglichsten finden.

Den Hauptpunkt der Diskussion bildete die Organisationsfrage. Es wurde diesbezüglich beschlossen, zwischen den verschiedenen Gewerkschaften und Berufsgruppen der Arbeiter und Angestellten beider Geschlechter eine einheitliche Organisation zu schaffen, die den Namen führt: „Confédération générale du travail“ (Allgemeiner Arbeitsbund) und zum ausschließlichen Zweck hat, auf wirtschaftlichem Gebiete alle um ihre Emanzipation kämpfenden Arbeiter zu vereinigen. Alle die Gewerkschaften, Gewerkschaftsverbände und Arbeitsbörsen, die sich dem Bunde anschließen, dürfen keiner politischen Partei angehören, da es ausdrücklich heißt, daß die den Allgemeinen Arbeitsbund bildenden Elemente sich von jeder politischen Schule fernzuhalten haben (Les éléments constituant la confédération générale du travail se tiendront en dehors de toute école politique). Das Verlangen Gavignac's, daß dieser Beschluß keine rückwirkende Kraft haben, beziehungsweise nicht für diejenigen Gewerkschaften gelten soll, die sich bereits einer politischen Partei angeschlossen haben, wurde zurückgewiesen. Als Grund wurde angeführt, daß der Anschluß an eine politische Partei nur zu Spaltungen führe, was aber den Kongress später nicht hindere, den Janusapfel des Generalstreiks wieder aufzunehmen, der bereits auf dem Ranter Gewerkschaftskongress zu einer Spaltung geführt hat. An der Spitze des Arbeitsbundes steht ein aus den Delegierten der verschiedenen angehörigen Organisationen zu bildender Nationalrat, dessen Sitz alljährlich vom Kongress zu bestimmen ist. Als Beitrag hat jede dem Bunde angehörige Organisation an den Nationalrat allmonatlich zu entrichten: Bei einer Mitgliederzahl von 200 und darunter 1 Frk., von 201—500: 2 Frks., von 501—1000: 3 Frks., von 1001—2000: 4 Frks., von 2001—3000: 5 Frks., von 3001—4000: 6 Frks., von 4001—5000: 7 Frks., von 5001—6000: 8 Frks., von 6001—7000: 9 Frks., von 7001 und darüber: 10 Frks. Die Beitragleistung steht demnach in einem umgekehrten Verhältnis zur Mitgliederzahl. Je mehr Mitglieder eine Organisation zählt und je größer ihre Einnahmen demnach sind, desto weniger hat sie verhältnismäßig an den Nationalrat zu entrichten. So zählt nach obiger Bestimmung eine Organisation von 5—6000 Mitgliedern nur 4 mal so viel als eine Organisation von 2—500 Mitgliedern, obgleich sie 12 mal größer ist und eine Organisation, wie z. B. die der Eisenbahnarbeiter, die ca. 75 000 Mitglieder zählt, den gleichen Betrag, wie eine Organisation von nur etwas über 7000 Mitgliedern, d. i. 10 Frks. pro Monat, obgleich ihre Mitgliederzahl eine 10 mal größere ist und sie bei einem Beitrag von nur 1 Centime pro Mitglied und pro Jahr allein schon 62 1/2 Frks. monatlich zu zahlen hätte. Der Antrag, einen einheitlichen Beitrag von 1 Centime pro Mitglied und Monat einzuführen, wurde zurückgewiesen, weil sonst die großen Organisationen zu erheblichen Beiträgen zu leisten hätten. Und darum ein Steuermodus, der den je kleineren Organisationen eine verhältnismäßig desto größere Steuer auferlegt, darum eine Progressivsteuer nach hinten!

Es handelte sich sodann darum, zu wissen, ob zu den Aufgaben des Nationalrates auch die Organisation des Generalstreiks gehören soll, und da entspann sich, ähnlich wie auf dem vorjährigen Ranter Gewerkschaftskongress, eine lebhaft debattirte für und wider den Generalstreik. Aber welche heftige Gegner der Generalstreik auch gefunden — darunter mehrere Delegierte bedeutender Gewerkschaftsverbände — und wie sehr diese auch betonten, daß sie gekommen seien, um ein Werk der Einigung zu verrichten, der Generalstreik aber nur die Zwietracht säe und einen großen Teil der Gewerkschaften vom Beitritt zum Arbeitsbund fernhalten würde — diejenigen, die in dem Generalstreik die „Revolution der verchränkten Arme“ feierten, von der das Proletariat allein alles Heil zu erwarten habe, hatten dennoch die Oberhand. Ob sie aber Ursache haben, darauf stolz zu sein, ist eine andere Frage. Denn ein Generalstreik, für den selbst nicht einmal alle organisierten Arbeiter eintreten, gegen dessen Anwendung sich selbst ein großer Teil der Gewerkschaften erhebt, ist von vornherein ein eitles Beginnen. Und wie wenig eine Einheit in dieser Frage auf dem Kongress erzielt wurde, zeigt das Votum. Es hatten sich nämlich 86 Stimmen für den Generalstreik ausgesprochen, während sich 88 dagegen erklärt und 10 der Abstimmung enthalten haben. Dazu kommt aber noch, daß der Nationalverband der französischen Gewerkschaften, der sich bereits auf dem vorjährigen Gewerkschaftskongress einstimmig gegen den Generalstreik erklärt hat, auf diesem Kongress — er hatte seinen eigenen erst jüngst in Troyes abgehalten — nicht vertreten war.

Weiter hat der Kongress ein Minimum-Programm votiert, das bei den Gemeinderatswahlen von 1896 zur Geltung gelangen soll, und daran anschließend ein Minimumprogramm, das für die Kammerwahlen bestimmt ist, doch bleiben beide Programme, von denen ersteres zehn, letzteres neun Punkte zählt, zum Teil hinter die diesbezüglichen Programme der Arbeiterpartei zurück, zum Teil lassen sie an Klarheit viel zu wünschen übrig. Freilich wollte der Kongress nur wirtschaftliche Forderungen aufstellen; aber was soll es z. B. bedeuten, wenn er in seinem Minimumprogramm — Punkt 5 — verlangt: „Vollständige Reform der Wohlthätigkeits-Bureaus (Réforme complète des bureaux de bienfaisance)“, d. h. der öffentlichen Armen-Unterstützung? Eine Reform verlangt, ohne zu sagen, worin sie bestehen soll, ist eine leere Redensart, die auch dadurch nicht an Inhalt gewinnt, wenn man ihr das Wort „vollständig“ vorsetzt.

Außer der neuerlichen Bekräftigung der bereits auf dem vorhergehenden Kongress angenommenen Anträge, betreffend

die Einführung des Achtstundentages, die Erweiterung der gewerblichen Schiedsgerichte, die Beseitigung der Placierungsbureau's, die Ernennung von Arbeiter-Gewerbe-Inspektoren, das Verbot der Unterarborde und die Ausführung der kommunalen, departementalen und Staatsarbeiten in eigener Regie, hat der Kongress u. a. verlangt, daß das Stimm- und Wahlrecht zu den Gewerkschaftsgerichten auf alle Arbeiter beider Geschlechter ausgedehnt werde und daß die Gefängnisarbeit, um deren Konkurrenz hintanzuhalten, nach den Lohnsätzen der freien Arbeiter bezahlt werde, was entschieden besser, gerechter und humaner ist, als die Beseitigung der Gefängnisarbeit zu verlangen.

In die Exekutivkommission, die mit der Durchführung der Kongressbeschlüsse betraut ist, sind die Pariser Delegierten Rabel, Keuser, Doreine, Ebermitte, Besombes, Deville, Pergay, Martin, Major, Riom und Girard gewählt worden. Der nächste Kongress findet in Tours (Departement Indre-Loire) statt.

## Soziale Ueberblick.

Ein Kongress der Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands ist von Kassel aus angesetzt. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Gewerbegerichtsartikels, der Beisitzer des Gewerbegerichts und sämtlicher Vorstände der Gewerbegerichts-Kassels beschloß man, den Ausschuss des Gewerbegerichtsbeisitzer-Verbandes um die baldige Einberufung eines solchen Kongresses zu ersuchen. Zweck des Kongresses ist vor allem, Stellung zu nehmen gegen die Einführung von Berufungsinstanzen bei den Gewerbegerichten. Die Kasseler Parteigenossen ersuchen nun die Gewerbegerichtsartikels und Gewerbegerichtsbeisitzer anderer Städte, den Ausschuss des Gewerbegerichtsbeisitzer-Verbandes gleichfalls um die baldige Einberufung des Kongresses zu ersuchen.

„Kein Bedürfnis“ soll in Guben zur Schaffung eines Gewerbegerichts vorliegen. So entschied der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. auf die Eingabe unseres Gubener Vertrauensmannes. Selbstverständlich wird dieser Entscheid angefochten. Gerade zu gelegener Zeit bekam der Vertrauensmann ein Schreiben vom Gubener Magistrat, worin ihm als Vertreter eines Arbeiters mitgeteilt wurde, daß dieser seine Lohnforderung nicht beim Magistrat stellen könne, sondern mangels eines Gewerbegerichts im Wege des Zivilprozesses beim Amtsgericht geltend machen müsse. Was als Mangel empfunden wird, dafür ist unzweifelhaft ein Bedürfnis vorhanden.

Auch in der industriellen sächsischen Stadt Pirna müssen die Arbeiter von Pontius zu Pilatus laufen, um ein Gewerbegericht zu bekommen. Jetzt sieht ihnen nur noch der Weg zum Ministerium offen. In allen übrigen Instanzen ist ihr nur zu berechtigtes Verlangen unerfüllt geblieben.

Gewerbegerichte sind im Jahre 1894 errichtet worden in Forst, Frankfurt a. O., Frankfurt, Schroda, Neutomischl, Schmiedel, Friedland i. Schl., Weuthen O.-S., Ockerleben, Halberstadt, Wandersb., Peine, Anefeld, Wittingen, Burgsteinfurt, Rheine, Bielefeld, Iserlohn, Schwelm (mit 8 Kammern) und Gassel. Berggewerbegerichte traten im Jahre 1894 neu in Funktion in Deutzen O.-S. (mit 8 Kammern), Soarbrücken (mit 4 Kammern), Nachen (mit 2 Kammern), Waldenburg (mit 2 Kammern), Dortmund (mit 16 Kammern).

Ein städtisches Arbeitsnachweiskureau, das Arbeitsgelegenheit für gewerbliche Arbeiter aller Art, sowie für Dienstboten und Lehrlinge vermittelt, ist in Calw in Württemberg ins Leben getreten. Leider ist die Organisation insofern verfehlt, als die Arbeiter an der Verwaltung nicht teilnehmen können. Alles besorgt die Gemeindeverwaltung selbst und zwar durch die „Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung“.

Die Aufhebung des Volkschulgelbes haben in Württemberg auch die städtischen Kollegien Ellwangen's beschlossen.

Die Einwohnerzahl des Königreichs Sachsen betrug nach dem vorläufigen Ergebnis der Berufszählung am 14. Juni 1895 750 761, was gegen das Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 eine Vermehrung um 248 077 Personen bedeutet. Die drei größten Städte Sachsens hatten Einwohner: Leipzig 355 308, Dresden 322 953, Chemnitz 157 717. In Stadtgemeinden wohnten 1 813 031 (1890: 1 684 048), in Landgemeinden 1 867 710 (1890: 1 818 636). Unter den 3106 Landgemeinden Sachsens hatten 2074 bis 500, 551 bis 1000, 212 bis 1500, 94 bis 2000, 135 bis 5000, 40 je über 5000 Einwohner.

Das Großherzogthum Baden hatte nach dem vorläufigen Ergebnis der Berufszählung am 14. Juni eine ortsanwesende Bevölkerung von 1 713 844 Personen, 65 977 mehr als bei der Volkszählung im Jahre 1890. 188 Gemeinden hatten mehr als 2000 Einwohner. Die Bevölkerung des platten Landes hat ab, die der Städte zugenommen. Alle größeren Orte mit mehr als 4000 Einwohnern nahmen zu, verhältnismäßig am stärksten die mit 4000—10 000 Einwohnern. Den fünf größten Städten Badens kam der Zug vom Land zur Stadt jedoch nicht zu gute.

Der Arbeiter-Bildungsverein Vorwärts in Preshburg feiert am 12. Oktober sein 26. Gründungsfezt.

Staatlicher Arbeitsnachweis in der Schweiz. Die Genfer Regierung hat auf Veranlassung der Sozialdemokraten im Kantonrathe eine Vorlage ausgearbeitet, wonach eine „Arbeiterkammer“ errichtet werden soll, die auch als Arbeitsnachweiskureau benutzt werden kann. Der Verwaltungsrath wird gemeinschaftlich von den Arbeitern und Unternehmern gebildet, indem jede Partei elf Vertreter wählt, wozu noch der Stadtrath vier Mitglieder ernannt. Für die Einrichtung werden 3000 Fr. für die Verwaltung ein Jahreskredit von 7000 Fr. verlagt. Der Große Rath (Landtag) wird die Vorlage in seiner nächsten Sitzung behandeln.

Ueber die Verschuldung des Grundbesitzes in Frankreich schreibt die vom königlichen statistischen Bureau in Berlin verlegte „Statistische Korrespondenz“: Die umfangreiche und schwierige Arbeit einer Ermittlung der Gesamtverschuldung des Grundbesitzes ist in Frankreich zweimal, nämlich in den Jahren 1840 und 1877 vorgenommen worden; seit 1877 läßt sich die weitere Hypothekendebenkung nur an der Hand der Ergebnisse des „impôt d'enregistrement“ annähernd verfolgen. Es ist danach die buchmäßige Verschuldung des städtischen und ländlichen Grundbesitzes zusammen 1840—77 von 12 1/2 auf 19,28 Milliarden Franken gestiegen, wozu noch 832 Millionen des „Crédit foncier“ hinzukamen. Es waren indessen 5,74 Milliarden buchmäßige Schulden bereits abbezahlt und nur ungelöst verblieben, sodas die wirkliche Realverschuldung sich auf 14,4 Milliarden bezifferte. In Preußen haben einzelne Probe-Erhebungen bisher gezeigt, daß der Anteil der abbezahlten, aber nicht gelöschten Real-schulden höchstens zwei Aemtel betrug und in vielen Fällen fast gleich Null war. Der viel größere Anteil dieser Schulden in Frankreich wird in unserer Quelle nicht erklärt; vermutlich hängt er mit der Inkriptionsverjährung des code civil zusammen, welche viele Löschungen überflüssig macht. Der Stand der französischen Grundbesitz-Verschuldung zu Ende des Jahres 1893 wird nach Abzug der bereits abbezahlten Schulden auf

etwa 18 Milliarden geschätzt und zwar für das ländliche Grundeigentum allein auf etwa 10 vom Hundert des Verkaufswertes, was im Vergleiche zu preussisch-deutschen Verhältnissen ein sehr günstiges Ergebnis wäre. Die immerhin nicht zu bestreitende Zunahme der Verschuldung wird auch für Frankreich der Hauptsache nach durch Inanspruchnahme von „Befristet“ bei ein-tretendem Befristwechsel, also nicht durch Einverleibung von Kapitalien in den Grund und Boden, sondern umgekehrt durch Fortgabe von Grundrenten in Kapitalform erklärt.

## Gewerkschaftliches.

Sämtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Kassen oder Ausstellungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

An die Holzarbeiter-Organisationen aller Länder! Der auf dem Internationalen Holzarbeiter-Kongress in Zürich 1893 eingesetzte Internationale Sekretär wird gemäß dem ihm erteilten Auftrage Erhebungen über die Holzarbeiter-Organisationen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Holzarbeiter aller Länder veranstalten, um ein übersichtliches Bild der Bewegung geben zu können. Gleichzeitig wird eine Anfrage, den nächsten Internationalen Holzarbeiter-Kongress betreffend, an alle Holzarbeiter-Organisationen gerichtet werden. Die für diesen Zweck nötigen Fragebogen werden in den nächsten Tagen versandt. Wir ersuchen alle Holzarbeiter-Organisationen, die diese Fragebogen nicht erhalten sollten, sich sofort an den Internationalen Sekretär der Holzarbeiter Karl Kloss, Stuttgart (Deutschland), Böblingerstr. 127, zu wenden und unter genauer Angabe ihrer Adresse die Bogen zu reklamieren. Gleichzeitig bitten wir die Internationalen Gewerkschafts-Sekretäre, alle Holzarbeiter-Organisationen ihres Landes auf diesen Aufruf hinzuweisen und sie zu verpflichten, ihre Adresse dem Internationalen Sekretär der Holzarbeiter anzugeben. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Achtung, Textilarbeiter! Die Weber der Firma Thauscheidt in Kettwig a. d. Ruhr sind ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, ohne Lohnhöhung eine Stunde länger als die gewöhnliche Arbeitszeit zu arbeiten. Die Forderung der Arbeiter war sehr bescheiden, denn sie betrug pro Tag und Arbeiter nur insgesammt 15 Pf. Der Unternehmer hatte es bei der Aussperrung hauptsächlich auf die organisierten Arbeiter abgesehen, indem diese schriftlich ihre Entlassung angefordert erhalten. Die Nichtorganisierten erklärten sich aber mit den Organisierten solidarisch und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Im ganzen sind 60 Personen im Ausstande. Inzug ist fernzuhalten. Geldsendungen sind zu richten an Georg Wriedt in Kettwig a. d. Ruhr, Kirchfeldstr. 14. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Buchbinder, Lugschpapier-Arbeiter! Bei der Firma Schaller u. Seyferth in Glauchau i. S. (Fabrik für Gratulationskarten) sind Differenzen ausgebrochen. Die Ursachen liegen sowohl in der Behandlung, die den Arbeitern zu theil wird, als auch in dem Verhalten der Besitzer, die Löhne auf den Stand der in der Glauchauer Textilindustrie gezahlten herabzudrücken. Die ersten Kräfte mit Einschluß der Werkführer haben deshalb bereits die Kündigung eingereicht. Im Auftrag der Firma ist ein Herr Kunert in Berlin angewandt, um Ersatz anzuwerben. Es ist namentlich auf Schnittmacher, Presser und Präger abgesehen. Wir warnen alle Kollegen, Engagement nach Glauchau anzunehmen. Die Lebensbedürfnisse sind (mit Ausnahme der Wohnung) theurer, als in Berlin, die Löhne weit niedriger. Die Verbandsmittelschaft Berlin.

Parquetbodenleger Berlin, Achtung! Den Kollegen zur Kenntniss, daß jeden Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei Jubel, Lindenstr. 106, eine Sitzung der Werkstatt-Kontroll-Kommission stattfindet. Wir ersuchen die Kollegen, sämtliches Material, das auf unsere Branche Bezug hat, dort vorzulegen. Weiter ersuchen wir die arbeitslosen Kollegen, den Arbeitsnachweis, Kamenstr. 39, rege zu benutzen.

In der Militäreffekten-Fabrik von Karl Schneider in Briege haben 17 Sattler die Arbeit niedergelegt. Die Lohn-Kommission ersucht um Vermeidung des Zugriffs.

In Harburg sind zwischen den Bädergesellen und der Innung ernste Differenzen ausgebrochen, weil die Innung das bisher von den Gesellen geleitete Sprechwesen an sich reißen will. Die Harburger Bädergesellen ersuchen deshalb um Vermeidung des Zugriffs.

Im Leipziger Steinseherstreik zeigen die Unternehmer trotz achtwöchiger Dauer des Streiks noch keine Neigung zur Unterhandlung mit den Streikenden, was daraus zu erklären ist, daß sich Leipziger wie auswärtige Steinseher als Streikbrecher gebrauchen lassen und so die Unternehmer in den Stand setzen, die dringendsten Arbeiten zu erledigen. Ueber 130 Streikende haben auswärtig Arbeit gefunden. Ein neuer Versuch des Vorsitzenden des Steinseher-Verbandes, A. Knoll, den Obermeister der Innung zu bestimmen, mit einer neuergewählten Streikkommission zu unterhandeln, scheiterte trotz mündlich gegebenen Versprechens des Obermeisters klammig. Im brieflichen Bescheid erklärte klammig, die Innung wolle mit den in Arbeit Gebliebenen unterhandeln. Die Streikenden beschloßen hierauf, im Streik zu verbleiben. So schnell der Stadtrath bei der Hand war, den Unternehmern die Baufrist zu verlängern, so langsam ist er bei den Streikenden. Eine Petition mit 3648 Unterschriften, die zu gunsten der Streikenden an Stadtrath und Stadtverordneten gesandt war, harrt seit über 14 Tagen der Erledigung; die Einführung der Regie-Arbeit wurde abgelehnt.

Von anderer Seite wird uns über den Streik noch geschrieben: Trotz der nicht unbeträchtlichen Zahl Streikbrecher genügt die Zahl der Arbeitenden bei weitem nicht, um alle vorhandenen Arbeiten fertig zu stellen. Am besten wird dies bewiesen durch die trampfahnen Bemühungen der Unternehmer, unter allerhand erdichteten Vorwänden fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Die Position der Streikenden hat sich neuerdings noch dadurch gebessert, daß noch mehrere neue Straßen in Angriff genommen worden sind. Ein weiterer günstiger Umstand ist, daß neun Zehntel der Streikenden in auswärtiger Arbeit untergebracht sind. Wenn daher die Steinseher und Berufsgehilfen und in weiterer Linie die gesammte Arbeiterschaft namentlich des Bau-gewerbes es sich mehr als bisher angelegen sein lassen, den Zug der Arbeiterkraft nach Leipzig fernzuhalten, so ist ein Sieg der Arbeiterkraft gewiss. Namentlich kommt der Zug aus dem Königreich und der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen.

Das Bestreben der organisierten Buchdrucker-Gehilfen Oesterreichs, einen einheitlichen Lohnsatz zu schaffen, dürfte vor seiner Erfüllung stehen. Die im Juni zusammengetretene Konferenz von Vertretern der organisierten Gehilfenschaft und der organisierten Unternehmer hatte ein Komitee niedergesetzt, das den Entwurf eines Lohnsatzes auszuarbeiten sollte. Dieser Entwurf liegt jetzt vor. Es sind darin folgende 6 Klassen eines Lohn-minimums vorgesehen: I. Klasse: Czernowitz (Lohnminimum 9 fl.);

**II. Klasse:** Klagenfurt, Laibach, Salzburg, Zara (Minimum 10 fl.); **III. Klasse:** Innsbruck, Lienz (Minimum 11 fl.); **IV. Klasse:** Brünn (Minimum 11 fl. 50 kr.); **V. Klasse:** Graz, Triest (Minimum 12 fl.); **VI. Klasse:** Lemberg, Prag, Wien (Minimum 18 fl.). Der Satzpreis für Berechnende wurde im allgemeinen je nach Schriftgröße um 1 bis 3 Kreuzer erhöht. Der Entwurf wird nun einer in diesem Monat stattfindenden Konferenz von Delegierten der Buchdrucker- und Buchverlegervereine ganz Oesterreich zur Beschließung vorgelegt. Leider enthält der Entwurf die neunstündige Arbeitszeit noch nicht. Die Wiener Buchdruckervereine haben deshalb ihre Delegierten beauftragt, auf der Konferenz entschieden für den Neunstundentag und dafür einzutreten, daß das Minimum für Wien auf 18,50 Gulden erhöht wird.

**Der Porzellanarbeiter-Verband für Böhmen** hat in den letzten abgehaltenen Konferenzen seiner Ortsgruppen beschlossen, die Forderung der Einführung des Neunstundentages unablässig zu vertreten; zunächst aber dort, wo die in vielen Porzellanfabriken übliche zehnstündige Arbeitszeit noch nicht eingeführt ist, diese zu verlangen. Zu diesen Beschlüssen hat die Konferenz besonders der Umstand bewogen, daß die Porzellan-Industrie eine der gesundheitschädlichsten ist.

**Bei den Wiener Schmiedemeistern** ist der schädliche Brauch eingerissen, Gehilfen zu mahrgelien, die eine Funktion im genossenschaftlichen Gehilfenauschuss annehmen. Der Schmiedemeister Ernst, Wien VI, Windmühlgasse 3, hat kürzlich den Obmann des Gehilfenauschusses entlassen, weshalb über sein Geschäft die Sperre verhängt ist. Da dieser Unternehmer jetzt Arbeitskräfte in Deutschland anwerben will, werden in der „Arbeiter-Zeitung“ die deutschen Schmiede vor ihm gewarnt.

**Zugung von Stockbrechern nach Wien** ist wegen eines dort ausgebrochenen Streiks aufs strengste zu vermeiden. An dem Streik sind 600 Arbeiter beteiligt.

**In der Glöcknererei** von Franz Waller in Budapest hat das ganze Personal die Arbeit wegen Lohnbesserungen eingestellt. Das Lohnkomitee ersucht die Fachgenossen, unter keiner Bedingung in dieser Fabrik Arbeit anzunehmen.

**Beim Streik in Carmaux** wurden von den für die Ausschändigen gesammelten Geldern bisher 50 000 fr. verteilt; in diesen Tagen kommen weitere 25 000 fr. zur Verteilung. Da die französische Postverwaltung Schwierigkeiten bei der Ausschändigung der für die Ausschändigen in Carmaux bestimmten Gelder macht, so teilen wir mit, daß alle Sendungen an Monsieur Forest, Paris, 142 Rue Montmartre, Administration de „La Petite République“ zu richten sind.

Die ausschändigen Glasarbeiter hielten am Sonnabend eine gut besuchte Versammlung ab, die mit einem Protest gegen das Vorgehen des Präsidiums und der Polizei endete. Sie beschloßen, jeder Herausforderung und Einschüchterung die vollkommene Ruhe entgegen zu setzen und den Streik fortzuführen.

Der Glasfabrikdirektor Kessiguer legt gegen den Deputierten Jaurès und gegen zwei Arbeiterblätter auf 100 000 Franken Schadensersatz wegen Ausschändigung. Der Mann ist sonach ein Musterbeispiel kapitalistischer Unerschämtheit, denn seine Handlungsweise ist Ursache des Streiks, nicht eine angebliche Agitation, und nun will er sich die durch seine Schuld entstandenen geschäftlichen Verluste von den Verteilern der von ihm mißhandelten Arbeiter bezahlen lassen. Daß ihm das Gericht den Gefallen thun wird, ist wohl ausgeschlossen.

## Soziale Rechtspflege.

**In einer der letzten Sitzungen des Gewerbegerichts zu Schöneberg** wurden in ein und derselben Streitsache zwei ganz entgegengesetzte Urtheile gefällt, welche wohl werth sind, der Öffentlichkeit übergeben zu werden.

1. Es klagten die Weber M. und Sch. wider den Maurermeister Lehmann und den Kolonnenführer H. wegen rückständigen Alfordbloh von 123,85 M. resp. 119 M. Herr L. glaubte, den Klägern die Loggia, welche sie mitgenutzt hatten, abgeben zu können, was aber dem vorgelegten Kontrakt direkt widersprach. Nun stellte sich durch das Gerichtsprotokoll heraus, daß die Kläger im Sühnetermin angeblich die Klage gegen L. zurückgezogen hatten, was sie jedoch energisch bestritten. M. sagt sogar aus, daß der damalige Vorsitzende ihn mit Ginsteden gedroht hätte, wenn er die Klage gegen L. nicht zurückziehe. Es wurde nun, da laut dieses eigenhändigen Protokolls, gegen L. keine Klage schwebte, der Kolonnenführer H. verurtheilt, die genannten Summen zu zahlen, trotzdem derselbe selbst nichts erhalten hat, sondern selbst noch eine Forderung zu stellen hat (derselbe befindet sich noch bei L. in Arbeit). Trotz des Protestes der Arbeitnehmerdeputierten, daß H. selbst nur Mitarbeiter sei, wurde entschieden, wie oben angeführt.

Nun das Gegenstück in derselben Sache. Es klagt der Weber St. wider L. und H., Objekt 129,49 M. Kläger hatte seine Klage später als die obengenannten eingereicht; er behauptete, daß sämtliche Weber, sogar der Kolonnenführer H., beim Antritt der Arbeit beim Vertreter des Herrn L. hätten unterschreiben müssen, daß Kündigung nicht stattfindet, sowie ferner, daß der Vertreter Krankentafelbücher und Invalidenlisten in Empfang nahm. Hier waren sich nun der Vorsitzende sowie die Arbeitgeberdeputierten ganz klar, daß Herr L. der Arbeitgeber war. Er wurde verurtheilt, während die Klage gegen H., der bei ad 1 verurtheilt wurde, abgewiesen wurde. Auf die Frage unserer Besucher, wie sich ein solcher Widerspruch zusammenreime, juchten die Herren die Achseln.

**Reichs-Versicherungsamt.** Zur Beobachtung seines Zustandes war der Arbeiter Müller von der sächsischen Bauergewerkschaftsgenossenschaft einem medizinischen Institut in Jena überweisen worden; er hatte dasselbe jedoch bald wieder eigenmächtig verlassen. Die Genossenschaft hielt sich nunmehr berechtigt, Müller jede Rente zu versagen. Vom Rekursgericht wurde indessen M. eine Rente zugesprochen, die nach Lage des Falles auf 16 pCt. bemessen wurde. Der Senatvorsitzende führte begründend aus, die Entziehung der Rente infolge des Verlassens der Anstalt sei hier deshalb nicht berechtigt, weil sich der Kläger nicht zum Zwecke der Heilung darin befunden, sondern nur zu dem der Beobachtung.

Der Bauarbeiter Vierck wurde in allen Instanzen mit einem Rentenanspruch zurückgewiesen, den er damit begründet hatte, daß er gelegentlich der Ausführung eines Auftrages seines Arbeitgebers gefallen sei und sich dabei verletzt habe. Berufsgenossenschaft, Schiedsgericht und Reichs-Versicherungsamt nahmen übereinstimmend an, der löse Fall sei lediglich eine Folge des krankhaften Zustandes des mit Epilepsie behafteten Mannes gewesen, und zwar sei er herbeigeführt worden durch einen seiner gewöhnlichen Krampfanfälle. Der Vorsitzende, Geheimrat Regierungsrath Sarrazin, bemerkte in der Publikation der Entscheidung des Rekursgerichts, daß der Unfall des Klägers zwar sehr bedauerlich sei, aber nicht als Betriebsunfall angesehen werden könne und nach dem Gesetz deshalb auch nicht entschädigt werden brauche.

## Gerichts-Zeitung.

Herr Oberlehrer Dr. Dentig will einen Massenprotest veranstalten. Der Herr schreibt uns: Die verehrliche Redaktion ersuche ich auf Grund von § 11 des Pressgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung: Die am Sonnabend, den 5. d. Mts., in Ihrer Zeitung gebrachte Nachricht über neue gegen mich durch die Staatsanwaltschaft veranlaßte Vernehmungen, wie solche durch Denunziation wegen Buchens im März d. J. veranlaßt waren,

ist durchaus falsch. Es handelt sich vielmehr um die am Freitag erfolgte Vernehmung des Redakteurs Perl bezw. Ermittlung in einer Beleidigungssache. Gegen den Urheber der Notiz vom Sonnabend und die Redaktionen der Zeitungen, welche dieselbe brachten, werde ich Strafantrag stellen, da ich gegen derartige immer erneute Beunruhigungen mich schützen muß. Na, also!

**Der Polizeistaat.** Gestern hatte sich eine Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts wiederum mit der Frage zu beschäftigen, ob in einem bestimmten Falle Polizeibeamte über ihre Machtbefugnisse hinausgegangen seien oder nicht. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt war der Händler Berg angeklagt. Die Frau des Angeklagten, die in einem Kellerlokal ein Kohlengeschäft betreibt, hatte die polizeiliche Anweisung erhalten, die von ihr benutzten Petroleumlampen durch Oellampen zu ersetzen. Sie war dieser Anweisung nicht nachgekommen. Das Polizeipräsidium wies den Polizeileutnant v. Herford an, mit Hilfe einiger Schutzleute die Petroleumlampen event. gewaltsam zu entfernen und der Polizeileutnant erschien zu diesem Zweck auch in Begleitung dreier Schutzleute in dem Kohlenkeller. Dort machte ihnen der anwesende Angeklagte einige Schwierigkeiten und als er infolge dessen auf Befehl des Polizeileutnants vorübergehend festgehalten werden sollte, widersetzte er sich. Sein Verteidiger behauptete ferner, daß die Festhaltung des Angeklagten erfolgen müsse, da sich die Polizeibeamten nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden hätten. Für den Angeklagten sei es unerlässlich, auf welcher Rechtsgrundlage von seiner Frau verlangt werde, in ihrem Keller anstatt des Petroleumöl zu brennen. Er habe bei zahlreichen Geschäftsleuten derselben Branche Umfragen gehalten und nirgendwo ein gleiches Verbot bemerkt. Aber auch bei der Störung hätten die Beamten ihre Befugnisse überschritten, denn es habe kein Fall vorgelegen, der nach § 112 der Strafprozessordnung eine Verhaftung oder vorläufige Festnahme rechtfertigte. Es habe event. nur ein Vergehen in Frage gestanden und Name und Wohnung des Angeklagten sei den Beamten bekannt gewesen. Der Gerichtshof war dagegen der Meinung, daß sich die Polizeibeamten in der berechtigten Ausübung ihres Amtes befunden haben. Sie hatten den Auftrag, die Petroleumlampen zu entfernen und wenn sich bei Erfüllung dieses Auftrages ihnen der Angeklagte in den Weg stellte, seien sie berechtigt gewesen, ihn so lange festzuhalten, bis sie ihre Mission erfüllt hätten. — Der Angeklagte wurde zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 14 Tage Gefängniß beantragt.

**Sechs schwere Verbrecher** wurden gestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I. vorgeführt. Es waren dies der Weber August Marggraf, der Tapetirer Hermann Kühlein, der Handelsmann Franz Köhler, der Handelsmann Hugo Schwerin, der Arbeiter August Krehel und der Arbeiter Wilhelm Fechner. Sämtliche Angeklagte sind, theils mehr, theils weniger vorbestraft, insgesammt haben sie gegen 100 Jahre Zuchthaus verbüßt. Im Juli wurde der 38jährige Angeklagte Marggraf, eine ehrwürdige Erscheinung mit weißem Bart und Haupthaar, bei einem Einbruchsdiebstahl ertappt. Bei seiner polizeilichen Vernehmung wurde er darüber verhört, ob er nicht von anderen Diebstählen wisse, deren Thäter noch nicht entdeckt waren und der alte Sänder, der wußte, daß ihm ohnehin eine lange Zuchthausstrafe in Aussicht stand, wußte von verschiedenen Diebstählen zu berichten, die zur Verhaftung seiner Mitangeklagten führten. Er selbst habe die Angeklagten Kühlein, Köhler und Schwerin auf die Gelegenheit zu einem Diebstahl hingewiesen, die sich biete, wenn der in der Barnimstraße wohnhafte Schlichtermeister Schneider am 30. Juni mit seiner ganzen Familie eine Landpartie unternehmen würde. Thatsächlich wurde an dem genannten Tage auch bei Schneider eingebrochen, wobei den Liebesgoldfäden und Uhren im Werthe von 400 M. in die Hände fielen. Die Angeklagten Krehel und Fechner bekannten sich zu anderen Diebstählen, die sie auf eigene Hand begangen. Die drei von Marggraf Beschuldigten legten sich aufs Zeugnen und merkwürdigerweise widerrieth Marggraf im Termine seine frühere Verurteilung. Er sei zwar ein schwerer Verbrecher, aber das Weib, drei andere zu Unrecht beschuldigt zu haben, wolle er doch nicht mit ins Zuchthaus nehmen. Der Verteidiger des Angeklagten Schwerin, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, hatte einen umfangreichen Alibibeweis angetreten und erzielte auch, daß die Angeklagten Kühlein, Köhler und Schwerin freigesprochen wurden, obgleich der Staatsanwalt gegen dieselben Zuchthausstrafen von beziehungsweise sechs, vier und vier Jahren beantragt hatte.

Marggraf wurde zu fünf Jahren Zuchthaus, Krehel zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt, während der am wenigsten belastete Angeklagte Fechner mit acht Monaten Gefängniß davonkam.

**Ein lärmender Austritt** in dem bekannten Hotel „Prinz Wilhelm“ hat eine Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung gegeben, die gestern gegen die Besitzer des Hotels, Brüder Wilhelm und Heinrich Fromme, vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Der Oberkellner Grimm hatte eines Tages durch unpassendes Benehmen verschiedene Gäste des Hotels zu Beschwerden veranlaßt und der Angeklagte Wilhelm Fromme nahm daher die Gelegenheit wahr, den Kellner gegen 11 Uhr abends dringend zum Verlassen des Hotels aufzufordern. Er erhielt darauf unpassende Antworten. Dieser rief seinen mitangeklagten Bruder zu seiner Hilfe herbei und Beide begnügten sich nun nicht damit, den renitenten Kellner gewaltsam zur Thür hinaus zu befördern, sondern sie schleppten ihn auch auf den Hof und schlugen ihn dort dergestalt, daß seine Kleidungsstücke zerstückt wurden und er nicht unerhebliche Verletzungen davon trug. Der Staatsanwalt hielt das Vergehen der beiden Angeklagten für ein besonders gräßliches und beantragte, mildernde Umstände zu versagen und Wilh. F. zu 3 Monaten, Heinrich F. zu 2 Monaten Gefängniß zu verurtheilen. Grimm verlangte als Nebenkläger noch eine Buße von 300 M. Der Gerichtshof war mit dem Rechtsanwalt Silberstein der Ansicht, daß die Angeklagten durch den Kellner auf's höchste gereizt worden seien und verurtheilte deshalb Wilhelm F. nur zu 150 M., Heinrich F. zu 100 M. Geldstrafe. — Die Buße wurde auf 200 M. bemessen.

**Der Schneidergeselle Richard Krausel** stand gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. um sich wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge zu verantworten. Der erst 20 Jahre alte Angeklagte, der bis dahin in dem Hause eines tugigen, fleißigen Arbeiters stand, ging in der Nacht zum 8. Juli, nachdem er in reichlichem Maße Bier genossen, die Gaussestraße entlang und traf dort auf eine 40 Jahre alte Frauensperson, die dem jungen Manne in sein Haus folgte. Dort kam es zwischen beiden zum Streit und dieser erregte den Angeklagten dergestalt, daß er zum Messer griff und damit im Dinsteln auf die Frauensperson losfiel. Die letztere wurde morgens gegen 4 Uhr von einem Schuhmann des vierten Revers, in hilflosem Zustande vor dem betreffenden Hause liegend, vorgefunden. Der Beamte schaffte sie mittels Trochle in ein Krankenhaus und hier wurde festgestellt, daß sie einen tiefen Stich in die linke Brustseite erhalten hatte, an dessen Folgen sie wenige Tage darauf verstarb. Die Verhandlung gegen den bisher völlig unbekannteren Angeklagten fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, billigten aber dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urtheil lautete demgemäß auf zwei Jahre Gefängniß unter Anrechnung von zwei Monaten auf die Untersuchungshaft.

**Ein unvertarnter Ausgong** hatte eine Privatklage, die gestern gegen einen Kaufmann Richter vor der 8. Strafkammer verhandelt wurde. Kläger war ein Kaufmann Herzberg, der eines Nachts in der Einkaufsgegenstand höhnischer

Bemerkungen seitens des Angeklagten und zweier ihn begleitenden Studenten geworden war. Bei dem darauf entfallenden Wortwechsel hatte sich Richter soweit vergessen, dem Kläger mit seinem Stock den Hut vom Kopfe zu schlagen. Am nächsten Tage hatte er sein Unrecht eingesehen und dem Beleidigten nicht nur zugestanden, daß er sich unpassend benommen, sondern sich auch bereit erklärt, dem Geschlagenen einen neuen Hut zu kaufen. Diese nächtliche Strafenzene hatte zur Folge, daß gegen die beiden Studenten ein Strafmandat von je 5 M., gegen Richter ein solches von 20 M. wegen groben Unfugs erlassen wurde. 5. Strengt seierteils die Privatklage gegen die drei jungen Leute an. Die Verhandlung vor dem Schöffengerichte endete damit, daß die Studenten freigesprochen wurden, gegen Richter aber auf Einstellung des Verfahrens erkannt wurde, weil nach Ansicht des Schöffengerichts res judicata vorlag. Diese Anschauung vertrat Rechtsanwält Dr. Herwig auch bei der gestrigen Verhandlung in der Berufungsinstanz, in welcher es sich nur noch um den Angeklagten Richter handelte. Der Vorsitzende machte vergeblich Versuche, einen Vergleich zu Stande zu bringen; dieser scheiterte an der Kostenfrage. Es mußte deshalb in der Sache selbst erkannt werden. Zur Bekämpfung des Angeklagten lautete das Urtheil auf eine Woche Gefängniß. Der Gerichtshof war nicht der Meinung, daß durch das Strafmandat eine Verfolgung wegen Beleidigung ausgeschlossen sei. Außerertheils stellte sich der Gerichtshof auf den Standpunkt, daß friedlich ihres Weges ziehende Bürger gegen solche nächtlichen Mißtheile nachdrücklich zu schützen seien.

**Ein reicher Ganner** ist einmal beim Kragen gepackt worden. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus St. Johann a. d. Saar: In der Prozesssache gegen die reichen Weinbändler Karl, Vater und Sohn, in Saarbrücken wegen Betruges zum Nachtheile von Lotteriespielern, die auf Revisionsantrag des Staatsanwalts vom Reichsgericht an die Strafkammer in Saarbrücken jurisdigirt worden war, wurde gegen den ersteren auf zwei, gegen den letzteren auf sechs Monate Gefängniß erkannt und die Geldstrafe von 1800 auf 2000 M. erhöht.

**Wegen thätlicher Beleidigung**, die er an seinem Gesellen Friedrich Marienseld verübt, ist der Tischlermeister Josmann dieser Tage vom Schöffengericht zu fünf Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

**Unschuldigt verurtheilt.** Der Volksschullehrer Heinrich Reuß aus Soth, der seit längeren Jahren an der evangelischen Volksschule in Dortmund angeheilt war, wurde im vorigen Winter bei der Staatsanwaltschaft denunzirt, daß er sich eines Sittlichkeitsvergehens mit einem Schulmädchen schuldig gemacht habe. Es erfolgte seine Verhaftung und am 25. Mai d. J. wurde er trotz seiner Unschuldsbetheuerungen von der Strafkammer zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt, weil die Zeugnisaussagen belastend für ihn waren. Schon damals glaubten die dem Verurtheilten nachstehenden Kreise nicht an seine Schuld, weshalb an das Oberlandesgericht in Hamm appellirt wurde. Am Freitag wurde nun der Verurtheilte infolge einer telegraphischen Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft zu Dortmund auf grund eines Beschlusses des Strafenatzes des Oberlandesgerichts in Hamm aus der Strafkammer entlassen. Es hat sich demnach eine Reihe von Anzeichen gefunden, die überzeugend für die Unschuld des Angeklagten sprechen.

**In Rotterdam** fanden am Sonnabend vor dem Gerichtshof die Anklagen über die „Elbe“, „Grathie“, Katastrophe statt. Der Advokat van Raalte, Vertreter des „Norddeutschen Lloyd“, stellte als sicher hin, daß auf der „Elbe“ alles, auf der „Grathie“ dagegen weber Befehlshührung noch Wachdienst in Ordnung gewesen sei. Van Raalte widerlegte die Vertheidigung der Angeklagten und führte aus, es sei wohl erwiesen, daß die „Grathie“ die „Elbe“ angeannt habe; er wies an der Hand der Zeugnisaussagen nach, daß die Darstellung der Katastrophe durch die Angeklagte ungenau gewesen sei; die Schuld falle demnach auf die „Grathie“ zurück. Wenn die letztere ausgingen wäre, hätte die Kollision nicht stattgefunden; die „Elbe“ that ihre Schuldigkeit, indem sie ihren Kurs nicht änderte. Der Vertreter der „Grathie“, Advokat Keppeler, hielt in der Replik die Ansicht aufrecht, daß es nicht erwiesen sei, daß die „Grathie“ die „Elbe“ angeannt habe; auch wenn es der Fall wäre, sei noch nicht erwiesen, daß die „Grathie“ die Schuld treffe; und selbst wenn die „Grathie“ schuld habe, sei die „Elbe“ auch schuldig, weil auf derselben der Wachdienst in gleichem Maße unzureichend gewesen sei. Die Klägerin sei demnach mit ihrer Klage abzuweisen. Die Beschlagnahme der „Grathie“ sei unberechtigt gewesen und die „Elbe“ verpflichtet, die „Grathie“ zu entschädigen. Der Gerichtshof setzte die Urtheilsverhandlung auf den 8. November fest.

## Verksammlungen.

**Der Streik in der Telephonapparate-Fabrik von Welles,** Engländer 1 a, beschäftigte am 6. Oktober eine stark besuchte Versammlung aller im Telephon- und Telegraphenbau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Den einleitenden Bericht gab der Arbeitsvermittler des Berliner Metallarbeiter-Verbandes Bahold; er führte aus: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Telephonapparate-Fabrik von Welles, Engländer 1 a, hatten in letzter Zeit unter fortwährender Lohnrückbildung zu leiden. Eine aus der Mitte der dort Beschäftigten gewählte Kommission wurde am Sonnabend, den 28. Sept. beim Chef der Firma vorstellig, um denselben ihre Wünsche bezüglich der Herstellung der alten Preise zu unterbreiten. Die Kommission erhielt eine theilweise Zusage mit dem Bemerken, daß der definitive Bescheid hierüber am Montag Abend gegeben würde. Am Montag voriger Woche Nachmittag 5 Uhr wurde die Kommission gerufen und derselben eröffnet, daß die Firma nicht in der Lage sei, die gestellten Forderungen zu erfüllen. Gleichzeitig wurde am schwarzen Brett, nachdem bereits der größte Theil der dort Beschäftigten die Werkstätten verlassen hatte, eine Bekanntmachung folgenden Inhalts angehängt:

Es herrscht in letzter Zeit verschiedene Unzufriedenheit unter den Angestellten, soweit uns zu Ohren gekommen ist. Wir sind nicht in der Lage, die von Komitee gestellten Forderungen zu bewilligen. Die Beschäftigten bleiben zur Klärung der Sachlage vorläufig bis Mittwoch früh geschlossen. Die mit den bisherigen Verhältnissen Zufriedenen können am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufnehmen.

Für die Unzufriedenen liegt am Sonnabend, den 5. Oktober, nachmittags, der Lohn bereit.

Hierdurch waren für Dienstag circa 60 männliche und 60 weibliche Arbeiter angepörrt. Am Mittwoch hat niemand die Arbeit aufgenommen. Der Vorstand des Berliner Metallarbeiter-Verbandes nahm sofort die Regelung der Angelegenheit in die Hand. Zweimal wurde eine Kommission bei dem Direktor Zwietusch vorstellig und verlangte Aufbesserung der Alfordlöhe in Höhe der in letzter Zeit erfolgten Absätze, bezw. für männliche gelernte Arbeiter einen Stundenlohn von 45 Pfg., für weibliche Arbeiter einen solchen von 20 Pfg. bei 9 stündiger Arbeitszeit. Weiter wurde Regelung des bisherigen Strafgeldsystems und Rechenschaft über Verwendung der nicht unbeträchtlichen Strafgeelder, ferner eine Reinigung der Klosets und Abschaffung der Ueberstundenarbeit, oder, wenn solche durchaus notwendig, eine Mehrbezahlung von 25 pCt. für dieselben und endlich: die Wiedereinstellung aller Angepörrten gefordert. Während der Direktor am Mittwoch früh fast alle Forderungen zugestand, war er am Nachmittag, bis zu welcher Zeit er sich die Sache reichlich überlegen wollte — jedenfalls infolge eines Telegramms seines (englischen) Chefs — sehr kurz und erklärte: daß sich die Fabrikleitung von ihren (17) Arbeitern in keiner Weise Vorwürfen machen lasse. Wer die Arbeit unter den bisherigen Verhältnissen — also bei den reduzierten Löhnen — wieder aufnehmen wolle, habe das bis Freitag zu thun, da er

dann auf vier Wochen verreise. Die dringlichen Arbeiten werde er eventuell in Antwerpen herstellen lassen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich mit Ausnahme einer älteren Frau daraufhin entschieden, sich nicht wie Schulkinder behandeln zu lassen, sondern die von ihnen aufgestellten, sehr minimalen Forderungen durch einen Streik zu erzwingen. Da einige Arbeiter auf Wiedereinstellung verzichteten und sich andere Arbeit gesucht haben, so bleiben nur 71 männliche Arbeiter mit 75 Kindern und 53 Arbeiterinnen mit 8 Kindern zu unterhalten. Die Räter mittelt, ist der Geist der Streikenden ein guter; sie sind fest entschlossen, ihre Forderungen durchzusetzen. Die Firma scheint auch schon willens zu sein, klein beizugeben. Einige Streikbrecher, die sich meldeten, wurden nicht sofort eingestellt, sondern auf Montag, den 7. d. M., vertröstet. Jedenfalls glaubte der Direktor, der nun seine vierwöchentliche Reise doch noch aufgeschoben hat, daß sich viele am Sonnabend ihren Lohn holen würden und daß es bei dieser Gelegenheit ihm und den Meistern gelingen würde, die Streikenden zu umgarnen. Das ist jedoch nicht geschehen, die Streikenden haben ihren Lohn stehen lassen und das am Dienstag bereits die erste Streikunterstützung, welche für die erste Woche der Berliner Metallarbeiter-Verband leistet, zur Auszahlung gelangt und zwar in einer Höhe, die den Löhnen in der Fabrik nicht viel nachsteht: Die Arbeiter erhalten 12 M., die Arbeiterinnen 9 M. und für jedes Kind 1 M. extra. Es werden hierzu wöchentlich 1410 M. benötigt, deshalb ersuchte Räter, um den Kriegsfonds nicht zu sehr zu schwächen, die Sammlungen eifrig fortzusetzen.

Nach einem energischen Appell, nicht immer erst in den Tagen der Noth sich der Organisation zu erinnern, sondern allezeit zu agitieren und zu organisieren, brachte Redner zum Schluß den Antrag ein: Den Streik in jeder Beziehung als berechtigt anzuerkennen und moralische wie finanzielle Unterstützung den Streikenden zu geloben. Wie dem auch sei, Vertrauensmann der Holzarbeiter, glaubte die Erklärung abgeben zu dürfen, daß die Tischler ihre zwölf in Mitleidenschaft gezogene Kollegen selbst unterstützen und auch für die übrigen ihr möglichstes thun würden. Allerdings sei es bedauerlich, daß von den 12 Tischlern nur 8 dem Holzarbeiter-Verbande angehören. Schwarz stellte eine dem „Kotak-Anzeiger“ jedenfalls aus dem Fabrikkomitee zugegangene Notiz über die Durchschnittshöhe der ausbezahlten Löhne als grobe Unwahrheit hin. Wenn 40—60 Mark hin und wieder zur Auszahlung gelangten, so geschah das nur bei einigen sehr tüchtigen Arbeitern nach Beendigung eines größeren Auftrages mit vorausgegangenem bedeutend niedrigeren Abschlagszahlungen. Räter konstatierte, daß der „unparteiische“ „Kotak-Anzeiger“ eine diesbezügliche Nichterwähnung der Notiz von ihm nicht ausgenommen habe. (Guruse.) Bericht-erstatler Hirschfeld, den Räter bei einer Zurückweisung der bürgerlichen Reporter ansah, glaubte hieraus Veranlassung nehmen zu müssen, sich reinzuwaschen; seine übrigen Kollegen indes und besonders einen bezichtigte er der Fälschung der Versammlungsberichte. — Trotz wiederholter Aufforderung und Zusicherung vollster Redefreiheit nahm von den Meistern und dem Komiteepersonal niemand das Wort zur Erwidrerung der Diskussionsredner, welche noch eine Reihe von Uebelständen aufzählten. Räter sicherte auf Grund eines Telegramms vom Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Streikenden auch die materielle Unterstützung durch letzteren zu. Räter gab bekannt, daß er den Vertrauens-

mann der belgischen Metallarbeiter von dem Streik in Kenntnis gesetzt habe; er hofft, daß die Arbeiter der Antwerpener Filiale der Firma Welles sich mit ihren Berliner Arbeitbrüdern solidarisch erklären werden. (Bravo.) Schwarz erklärte die fortgesetzten Abzüge des Ingenieurs Hanson aus dessen Zugberechtigung zu den Vegetariern; jedenfalls will der Herr dadurch die Arbeiter der Firma Welles zu Proselyten für seine Lebensweise gewinnen, denn bei Stundenlöhnen von 15 Pf. für Arbeiterinnen ist ein Fleischloß kaum denkbar. Auch das Verhalten der Meister Greulich und Martin wurde in die Debatte gezogen und schließlich dem Antrage Räter's: den Streik als berechtigt anzuerkennen, einhellig zugestimmt. Entgegen dem bisherigen Brauch der Organisationen, erst von der zweiten Woche ab Unterstützung zu zahlen, wird in anbeacht der schlecht situierten Arbeiterinnen in diesem Falle eine Ausnahme gemacht. Wie dem auch sei, leitete aber auch hieraus für die Ausständigen die Verpflichtung ab, unter allen Umständen bis zum Gelingen des Streiks der Fabrik fernzubleiben. Nach einem Schlussworte Räter's, worin er in lehrreicher Weise zum Anschluß an die Organisation ermahnte, ging die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung auseinander.

**Lohnbewegung der Puher.** Eine von 5—600 Personen besuchte öffentliche Puherversammlung tagte am 7. Oktober im Louisenstädtischen Konzerthaus in der Alten Jakobstraße, um über den von der Häuserkommission neu ausgearbeiteten Lohnsatz zu verhandeln. Zunächst gab Kollege Neumann den Situationsbericht. Im ganzen wurden von der Kommission 104 Bauten kontrolliert, bei denen 843 Außen- und 615 Innenpuher, also zusammen 1258 Mann, beschäftigt waren. Hiervon erhielten 481 Außen- und 295 Innen-, insgesamt 776 Puher schon 7 Mark Tagesverdienst bezahlt. Weitere 255 Mann (127 Außen- und 128 Innenpuher) erreichten diesen Lohn infolge der gegenwärtigen Bewegung. Nach Aufnahm arbeiten gegenwärtig im ganzen 121 Innenpuher. Unter 7 Mark Lohn arbeiten zur Zeit 29 Außen- und 77 Innenpuher, also zusammen 106 Mann. Auf einer Reihe von Bauten ist eine Preiserhöhung von 1/2 bis 2 Pfennige pro Quadratmeter erreicht worden. Im Anschluß hieran wurde der sorgfältig durchgearbeitete Lohnsatzentwurf, von dem jedem der Anwesenden ein Exemplar eingehändigt worden war, Punkt für Punkt besprochen. Nach längerer Diskussion wurde der Tarifentwurf, an dem man nur einige unwesentliche, meist redaktionelle Veränderungen vorgenommen hatte, fast einstimmig bestätigt und die Kommission erhielt den Auftrag, ihn sofort drucken zu lassen und den Unternehmern sofort zuzufinden, wobei diese um schnellen Bescheid ersucht werden sollten. Wo eine abweichende oder unklare oder keine Antwort erfolgte, hat die Kommission mit den Unternehmern zu unterhandeln. Das Resultat ihrer Tätigkeit hat sie in einer dazu einuberstehenden öffentlichen Versammlung zwecks weiterer Beschlussfassung mitzuteilen; diese Versammlung soll über 14 Tage stattfinden; den Tag der Abhaltung hat die Kommission festzusetzen. Zum Schluß wurde die Nothwendigkeit der Organisation hervorgehoben, durch die die bisherigen Ertragschaften nur festzuhalten, neue zu erreichen sind.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und Umgegend** hielt am 3. Oktober bei Kühle, Grenadierstraße 88, eine Versammlung ab, wo Genosse Schöpf-

lin über bürgerlich-kapitalistische Volksbeglückung sprach. Der Vortrag wurde mit großem Interesse aufgenommen. In der Diskussion äußerten sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten. Beim Punkt Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, am 11. Januar einen Rasenball abzuspielen.

**In Charlottenburg** (Lokal „Bismarckhöhe“) tagte am 1. Oktober eine zahlreich besuchte Volksversammlung. Genosse Georg Wagner-Vorlin sprach in einem sehr beifällig entgegen genommenen Vortrage die neueste Lage gegen die Sozialdemokratie. In der Diskussion beteiligte sich Otto Görtz im Sinne des Referenten. Hieraus erfolgte ein Bericht der Lohnkommission. Schlexer führte aus, daß der Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung bezüglich des Ausschusses der „Cambrinus-Brauerei“ nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, da inzwischen an Stelle des alten Dekanats ein neuer getreten ist. Da derselbe die von der Lokalkommission gestellten Bedingungen betreffs der Vergabe der Säle zu Versammlungen erfüllt, beantragte er namens der Kommission die Aufhebung der Sperre über jenes Lokal. Nach längerer Debatte wurde der Antrag zum Beschluß erhoben. — Eine längere Diskussion zeitigte der „Fall Siegerist“. Derselbe sollte sich ein Vergehen gegen den Bierbofott haben zu schulden kommen lassen, ihm wurde bekanntlich dieserhalb im vorigen Jahre das bereits übertragene Mandat für den Parteitag noch in letzter Stunde wieder aberkannt. Genosse Siegerist hatte nachträglich eine gründliche Untersuchung der gegen ihn erhobenen Beschuldigung verlangt. — Eine siebenkgliderige Kommission hatte dieselbe in die Hand genommen und nunmehr festgestellt, daß die damaligen Anklagen die Anschuldigungen nur vom „Hörenjagen“ wussten und diese nicht auf eigener Wahrnehmung beruhten. Demzufolge wurde Siegerist wieder in alle seine Rechte als unbescholtener Parteigenosse eingesetzt. — Weiter kam eine Angelegenheit, die den früheren Inhaber des Lokals „Bismarckhöhe“, Herrn Krause, betrifft, zur Sprache. Die Angelegenheit wird seine Erledigung im Wahlverein finden. Am Schlusse der Versammlung forderte Scharnberg zum Lesen der Arbeiterzeitungen auf und verwies auf die am Ort bestehende Partei-Expedition, welche sämtliche Arbeiterliteratur beschaffe.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Während der Ferien vom 1. bis inkl. 15. Oktober fällt der Unterricht in beiden Schulen aus. Die Bibliotheken und Besetzung sind jedoch abendlich von 7—10 Uhr geöffnet. Derselben befinden sich im Westendstr. 14 und Wälderstr. 179a.

**Musik-Verein „Gnash“.** Mittwoch, den 9. Oktober, abends 9 Uhr, bei Steffens, Roßbergerstr. 3; Vereinsabend.

**Vergnügungs-Verein „Stalla“.** Mittwoch, den 9. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant Roland, Wälderstraße 36; Sitzung mit Damentanz.

**Sandmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin.** Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung der Schleswig-Holsteiner mit Neuem im Kommandanten-Garten, Kommandantenstr. 10/11; Vortrag des Herrn Dr. Sieberg über „Jungfrauen“ mit Bezugnahme auf Volkstracht, Kochkunst und Tischkultur; Jungfrauen nach Professor Bedring. — Aufnahme neuer Mitglieder.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.  
Die Liste 160 der streikenden Holzarbeiter ist verloren gegangen. Man wolle die Liste anhalten und sie im Gewerkschafts-Bureau, Annenstr. 16, abliefern.  
M. Kattner, Berlin. Für den Druck bestimmte Manuskripte dürfen nur auf einer Seite des Papiers geschrieben sein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Mittwoch, den 9. Oktober.  
**Opernhaus.** (Kroll's Theater.) Lohengrin.  
**Schauspielhaus.** 1812.  
**Deutsches Theater.** Die Mütter.  
**Berliner Theater.** Odj von Verdingen.  
**Kessing-Theater.** Gräfin Frihi.  
**Friedrich-Wilhelmstäd. Theater.** Nachmittags: Schneewittchen und die sieben Zwerge. Abends: Die Reise nach dem Mars.  
**Neues Theater.** Mascagni-Abend. Silvano.  
**Schiller-Theater.** Dinah, der Narr.  
**Residenz-Theater.** Der Rabenwäter. Vorher: Aber die Ehe!  
**Adolph Ernst-Theater.** Paradebummel.  
**Central-Theater.** Eine tolle Nacht.  
**Alexanderplatz-Theater.** Ein Kind der Liebe. Vorher: Wahn und Wahnsinn, oder: Sie ist wahnsinnig.  
**National-Theater.** Othello, der Mohr von Venedig.  
**Theater Unter den Linden.** Die Chansonnette. Putschentliebe.  
**American-Theater.** Bulgarien in Berlin. Die Millionenerbin von Hildorf.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)  
Mittwoch: Dinah, der Narr.  
Donnerstag: Das Glas Wasser.

### Adolph Ernst-Theater.

Zum 37. Male:  
**Paradebummel.**

Besetzung der Hauptrollen:  
Anna Wäcker, Josefine Dotta, Ida Schläter, Adolph Ernst, Julius Eiden, Hugo Haffner, Richard Jürgas, Guido Zielscher, Karl Weiß, Georg Woltzsch.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sein Ansehd.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Walhalla-Theater.

Oranienstr. 52, Moritzpl., neb. Wilhelm.  
**Alfred Bender.**

Posse, Operette, Spezialitäten.  
**Ein Parvenü. Weibl. Maitäfer.**

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Entree 30 Pf.

### Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.  
Emil Thomas a. G.  
Novität! Zum 36. Male: Novität!  
**Eine tolle Nacht.**  
Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Wilh. Mannstadt und Julius Freund. Musik von Julius Einödshofer. In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Zum 37. Male: Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samat.  
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Gastspiel des Herrn Oskar Brügger vom Hoftheater zu Braunschweig.  
Beste Aufführung:  
**Othello,**  
der Mohr von Venedig.  
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.  
Regie: Max Samat.  
Morgen: Wilhelm Tell.

### Friedrich-Wilhelmstäd. Theater

25 26. Chausseest. 25 26.  
Heute: Zwei Vorstellungen  
der Liliputaner.  
Nachmittags 3 Uhr:  
Extra-Kinder-Vorstellung.  
Zum vorletzten Male:  
Schneewittchen und die sieben Zwerge.  
Kinder nachmittags halbe Preise.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Die Reise nach dem Mars.  
Montag, den 14. Oktober: Abschiedsvorstellung.

### Fern-Palast

Burg- u. Wolfgangstr.-Ecke.  
Enormer Erfolg! Einzig dastehend! Noch nie dagewesen!  
**Stephan & Olivier**  
die tollkühnen Luftturner.  
Packend komisch! Alles schlagend Lachsalven! Alles übertraffend! Schlager auf Schlager!  
Täglicher Jubel!  
**W. Fröbel's Paradebummel!**  
sowie das phänomenale aus 20 Glanznummern best. Programm.  
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.

### Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5—10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres als Anschlagzettel.

### Circus Renz.

Voranzeige.  
Hiermit beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich am Donnerstag, den 9. Oktober 1895, mittelst Sonderzuges mit meiner Gesellschaft von Hamburg hier eintressen und meine diesmalige Saison am  
12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,  
mit einer  
**Elite-Vorstellung**

eröffnen werde.  
Das Programm derselben weist die ersten Koryphäen der modernen Reitkunst, unübertroffenen Pferde dresser u. s. w., sowie ein weiteres Künstler-Kontingent allerersten Ranges und der verschiedensten Fächer auf. Besonders zu beachten sind die Schulkreiter: Mr. James Pilles, Mons. G. Gabarel, Herr Ritter von Renroff; die Schulkreiterinnen: Miss Rita del Erido, Mlle. Dudley, Frau Robert Renz, Fel. Wally Renz (mit neuen Schulpferden), und Miss Blanche Cooke (mit drei Schulpferden). Die renommierte Künstlerfamilie James Jos. Die vorzüglichste Barterre-Spannastiler-Troupe des Koch; die berühmten Komiker Hr. Gobert Belling, Angelo u. Vitalo u. zc.  
Indem ich um ferneres geneigtes Wohlwollen bitte, verharre ich mit hochachtungsvoller Ergebenheit  
Franz Renz, Direktor,  
Königl. Kommissionsrath.

### Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).  
Vornehmster Familienaufenthalt!  
**Ganz neues Spezialitäten-Programm.**  
**Wer ist der Vater?**  
Posse von Anno. Musik von Grimm. Regie: E. Stempel.  
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.  
Entree 10 Pf., 30 Pf.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Direction: R. Winkler.

Wundermöbel spottbill. vert. Invalidenstraße 157, II l.

### Passage-Panopticum.

42 Mädchen vom andern Ende der Welt (Hanos).

### Kaiser-Panorama

(Passage).  
Letzte Woche: H. Opel, Rieker Feste, Kanal, Hamburg. Eine Reise nur 20 Pf. Abonnem. u. Vereins-Bilet.

### Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.

### !Salambo?

Wir haben den Vogel abgeschossen.

### Das Mannweib macht Sensation!!

Das Mannweib jongliert mit 7 Männern.  
Sie ist das schönste Modell!!  
Das Weib mit dem Löwengebiss  
jeden Abend 10 Uhr

### Kaufmann's Variété-Theater

Königsstrasse, Kolonnaden.  
Rivoli mit seinen 1000 Köpfen.  
Agoston mit seinem Koffermensch.

Unsere sämtl. Räume stehen den geehrten Vereinen u. Matineen und Theater-Vorstellungen zur Verfügung.

### Montag, den 14. Oktober cr.: Letzte Vorstellung.

### Circus Jansly-Leo.

Friedrich Karl-Ufer.  
Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 Uhr:  
2. Debat des Königs aller Jockey  
Gustav Christ.  
Ringkampf Pohl-Willy Hans.  
Morgen: Ehrenabend für Dir. Jansly.

### Achtung! Achtung!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Das Mitglied 246/16

### Adolf Vollmar

Former.  
wird heute, Mittwoch Nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Rügenstraße 18, aus beerdigt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

### Konzerthaus Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Donnerstag und Sonntag:  
Soiree der altbeliesten

### Stettiner Sänger

(Meyel, Pietro, Britten, Steidl, Krona, Rühl und Sebrador)

Anfang präc. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. bei Kessler, Kottbuser-Thor.

### Brillantes Programm.

Freitag: Victoria-Brauerei.

### Paster's Festsäle

Neue Königstr. 7.  
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. [1891L]

### Nieft's Fest-Säle

17 Webersstr. 17. 8038L  
Umstände halber sind noch Sonnabende frei, empfehle dieselben unter feul. belang. Bedingungen zur baldigen Bestellung. Alles übrige bekannt.  
B. Nieft.

### Empfehle Freunden u. Bekannten mein

Weiß- und Bairisch-Bierlokal nebst Vereinszimmer.  
H. Rose, Raunynstraße 67.  
Früher Lachmannstr. 5. 5585

### F. Nagel's Festsäle

Schwedterstr. 23/24.  
Gr. Saal mit Bühne (400 Pers.)  
Kl. Saal mit Bühne (200 Pers.)  
Kleine und große Vereinszimmer.

### Englischer Garten

Alexanderstr. 27c.  
Besonderer Umstände halber ist ein Saal für 200 Personen zur Rasenballzeit unentgeltlich zu vergeben. [3306L]

**Achtung!** Parteilosen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Süd-Ost). **Kommunalwähler-Versammlung** am Mittwoch, den 9. Oktober, in Senke's Lokal (Kenz), Hauptstr. 26. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent Stadtverordneter Bernhard Bruns. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten für den 13. und 15. Kommunal-Wahlbezirk. 4. Wahl zweier Komitees. **Die Vertrauenspersonen.**

**Arbeiter-Bildungsschule** **General-Versammlung** am Mittwoch, 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Brüning, Rosenthalerstr. 12. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 4/12 2. Bericht der Revision und Neuwahl derselben. 3. Wie kann die Schule am besten ihren Zweck erfüllen? Referent Heinrich Schulz. Kontrolle der Mitgliedsbücher. **Der Vorstand.**

**Achtung! Töpfer. Achtung!** **Vertrauensmänner-Sitzung** am Freitag, den 11. Oktober, abends 6 Uhr, Gipsstr. 16. Hierzu sind alle diejenigen Kollegen geladen, welche auf den einzelnen Bauten als Vertrauensmann gewählt oder bestimmt sind. 193/5 Siehe in heutiger Nummer des „Vorwärts“ unter Gewerkschaftliches. Der Vertrauensmann der Töpfer Berlins und Umgegend.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** (Zahlstelle Berlin.) **Donnerstag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, bei Herrn Gold, Gr. Frankfurterstr. 133: 76/20** **Vertrauensmänner-Versammlung für den Osten.** Tages-Ordnung: Lohn- und Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Werkstätten. Hierzu werden die Verbandskollegen der folgenden Werkstätten aufgefordert, einen Vertrauensmann zu entsenden: Halang, Fruchtstraße 59; Krambeck, Fruchtstr. 29; Detert, Fruchtstr. 32; Krause, Weberstr. 9; Sirocha, Ballisadenstr. 77; Völkel, Königsbergerstr. 30; Groschokus, Gollnowstr. 19, Saal 1, 2, 3 und 6. R. Engmann, Lichtenbergerstr. 5, 3 Tr.

**Achtung!** **Lohgerber, Lederzurichter u. Berufsgen.** **Große öffentliche Versammlung** aller in der Lederbranche beschäft. Arbeiter als Lohgerber, Lederzurichter, Weißgerber, Färber u. s. w. am Donnerstag, 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Grundel, Brunnenstr. 188. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Fassbach. 2. Situationsbericht über den Streit in der Steinlein'schen Lederfabrik. 3. Verschiedenes. 107/9 **Der Einberufer.**

**Dr. Thompson's Seifenpulver** M<sup>o</sup> ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste **Waschmittel der Welt.**

**Echt Staudorfer Likör,** à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M. **Echten alten Nordhäuser,** à Liter 1,— M., 5 Liter 4,50 M. **Ingber, Getreidekümme, Wachholder,** à Liter 1 M., 5 Liter 4,50 M. **Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft,** vorzüglich, Liter 1,20 M. **Medicin, Ungarwein,** beste Qualität, Literflasche 2,10 M. 3104/1 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin **Eugen Neumann & Co.,** 6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstraße 81. 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

**Hansa-Kaffee** gebrannter Kaffee bietet der sparsamen Hausfrau, die auf wirklich guten Kaffee etwas hält, grosse Vorteile. 1. Auswahl grosser Posten nicht nach Aussehen, sondern nach wirklichem innerem Werth, daher billiger und preiswerther. 2. Röstung nach der besten Röstmethode der Welt, daher grössere Haltbarkeit und besseres Aroma. 3. Zweckmässige, einfache Packung (Patent), welche die Bohnen schützt und die Marke vor Nachahmung sichert. **Man verlange ausdrücklich „Hansa-Kaffee“** in 1/2 Pfd.-Kartons oder in plombirten Säckchen 4 1/2 und 10 Pfd. in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

**Sophastoff-Reste** von 4-15 Mtr., in Rips, Damast, Crèpe, Fantasie und Plüsch, spottbillig! Muster franco. 83742/2 Teppiche, Gardinen, Steppdecken spottbillig. **Möbelstoff- und Teppich-Fabrik** Berlin S., **S. Unger, Oranienstr. 48.**

**14 Tage auf Probe** versende ich per Nachn. unter Garantie für Werth und lebende Ankunft **ff. Kanarien-Roller** mit Porto u. Verpack. per Stück 5,50 M. Abnahme von 3 Stück 13,50 M. Weibchen 60 Pf. Anfrage mit Rückporto. **L. G. Müller, Vogelzüchterei,** 83242/1 Nordhausen a. Harz.

**Rixdorf.** **Sozialdemokratischer Verein Vorwärts.** **Sonntag, den 13. Oktober, in den Viktoria-Sälen:** **Erster Theater-Abend.** Ensemble-Gastspiel Berliner Schauspieler. Leitung J. Türk. Zur Aufführung gelangt: **Ein Volksfeind.** Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen. Anfang präzis 7 Uhr. **Einlaß 6 Uhr.** Billets 50 Pf. Nach der Vorstellung: **Ball.** Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Kinder haben keinen Zutritt. **Billets sind in allen Geschäften wo Plakate aufstiegen zu haben.** Meine Wohnung befindet sich seit 1. Oktober: **Erststr. 10 II.** **F. Hoppe.**

**Orts-Krankenkasse d. Klempner.** Am Donnerstag, den 17. Okt. d. J., abends 8 Uhr, findet bei Bergner, Annenstr. 16, eine **Versammlung** der grossjährigen Mitglieder unserer Kasse statt. Tagesordnung: Ergänzungswahl von 13 Vertretern der Arbeitnehmer für 1895. Das Quittungsbuch legitimirt. 646b **Der Vorstand.**

**Metallarbeiter und Tischler!** Infolge von Lohnunterschieden haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma **Welles, Engel-Hfer Ia,** die Arbeit eingestellt. Zutritt ist ferngehalten. 111b **Der Vorstand** des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Zu kaufen gesucht gegen Kassa: **Engels-Marx, Heilige Familie. Neue rhein. Zeitung, Hrsz. von Marx, 1848/49, sowie sonstige sozialist. Schriften. Alfred Lorenz, Antiquariat, Leipzig.**

In meinem Verlage erscheint: **P. J. Proudhon: Was ist das Eigenthum?** In 7 Heften à 20 Pf. (je 32 Seiten). Heft 1 ist erschienen; zu beziehen durch alle Buchhandl. und von 6366 **B. Zack, Berlin, Oppelnerstr. 45.**

**Lexika** von Meyer u. Brockhaus, Brehm's Thierleben und Bücher jeder Wissenschaft lausf. **Antiquariat, Kochstr. 56, 1 Tr.**

**Hohe Provision** zahle ich dem, der mir dazu verhilft, einen Konsumartikel in Fabrik-Kantinen etc. einzuführen. 3433/2 **Adr. unter A. B. 52 Exped. d. Ztg.**

**Möbel-Kaufgelegenheit.** Zum Umzug passende Gelegenheiten für Brautleute, Hotels, Wirthschafter, Pensionate etc. In meinem entworfenen größten Möbelspeicher, Neue Königstr. 69, L. sollen sofort circa 300 Wohnungseinrichtungen, verleihe gemessene und neue, nur gediegene Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verleihe gemessener Möbel, welche noch fast neu sind, und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große Gelegenheitsstücke zu selbstst. billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 50, 100, 200 Mtr. zu liefern, ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500-1000 Mtr., also billiger als jede Konkurrenz und billiger als in jedem Auktionsgeschäft wegen Umzugs, Hausabritt u. Zweisahlung gekauft. Brautleute ohne Ausnahme, ohne Preisverhöhung. Kleiderständer 12 Mtr., Kommoden 6, Küchenschränke 12, Stühle 3 Mtr. Neue Brustbänke-Kleiderständer und Veritables 30 Mtr., Büschelstühle 12 Mtr., Truhen mit 20 Mtr., Bettstellen mit Matratzen und Kissen 12 Mtr., Sopha 16, Säulen-Kleiderständer, hochlegant 60 Mtr., Truhen mit Säulen und Kristallglas 60, Goldschmuckkasten, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibsecretäre 30 Mtr., Tischgarnituren 60 und 100 Mtr., Pianinos, Pianocorps 75 Mtr., Bücherständer, Antikbeschränke mit Spiegelthüren, Kristallleuchten, Chaiselongues, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mtr. Empfehle allen Herrschaften, vor Ankauf von Möbeln mein entworfenes größtes und billigstes Möbelmagazin zu besichtigen und von dem Raum und billigen, aber festen Tagpreisen zu überzeugen. Nur Ueberzeugung macht wahr das Ansehen loht nicht. Gesuchte Möbel können 3 Monate kostenfrei auf meinem Kaufverehrungsspeicher lagern, werden durch eigene Transporte transportirt und aufgestellt auch nach außerhalb.

**65. Resterhandlung.** 66 Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammingarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

**65. Resterhandlung.** 66 Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammingarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

**77. Prinzenstr. 77, 3158/2** **Zum gemüthlichen Piket!** Billiger Einkauf für Arbeiter in Herren- u. Knaben-Garderobe wenig getragen und neu. **Winterpaletots in gr. Auswahl.**

**Belle-Alliance-Theater** Belle-Alliance-Strasse No. 7/8. **Sonntag, den 13. Oktober 1895, nachmittags 2 1/2 Uhr:** **Der Volksfeind.** Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen. Mitwirkende: Dr. Godmann - Julius Türk; Johanna - Clara Margot; Petra - Marie Nozler; Bürgermeister - Wilhelm Ruff; Thomsen - Wilh. Peterson; Hausfrau - Rudolf God; Billing - Ludwig Schubert. 228/19 **Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.** Die Verloofung beginnt um 1 1/2 Uhr.

**Künstl. Zähne** schmerzlos eingesetzt, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 13.**

**Möbel-Gelegenheitskauf** Zum Umzug Oranien-Strasse 73, Hof 1., günstige Gelegenheiten für Brautleute, Hotels, Wirthschafter etc. In meinem 4 Etagen großen Möbelspeicher, alles hell und überaus schön, kein Laden, sollen sofort ca. 300 neue ganze Wohnungs-Einrichtungen von 100-1000 Mtr. und darüber verkauft werden. Besonders empfehle ich die großen Vorräthe verleihe gemessener von Theil sehr wenig benutzter Möbel für jeden annehmbaren Preis. Zweisahlung gestattet. Kleiderständer, Sopha 12 Mtr., Kommode, Küchenschränke, Büschelstühle 12 Mtr., Stühle 3 Mtr., Bettstellen mit Federmatratze und Kissen 12 Mtr., elegante Küchenschränke-Kleiderständer und Wäscheschränke 30 Mtr., Büschelstühle 40 Mtr., Säulen-Kleiderständer und Veritables, hochlegant 40 Mtr., Truhen mit 20 Mtr., Plüschgarnituren 60 und 100 Mtr., Pianocorps, Pianinos, Chaiselongues, Schreibsecretäre, Schreibtische, Kassetten, Schreibeisen, Tischgarnituren, Buffets, Schreibsecretäre, Tische, Spiegel etc., alles raumend billig, sowie fertig bestickte Salons, Speise- und Schlafkammern. Besichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Gesuchte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern und eigene Transporte werden durch transportirt und aufgestellt. 3109 L<sup>o</sup>

**Schreiber** mit guter Handschrift, 14 bis 16 Jahre, sucht **H. Gutbier, W. Schillerstr. 4.** Meldungen nur 2-3 Uhr. 624b

**Winter-Joppen,** Wolllutter, Mustaschen, von einer Lieferung zurückgelassen, Hälfte Kostenpreis. **Reste zu Knaben-Anzügen** spottbillig, Gelegenheitskauf. **Herrnhofen-Reste** von 3 M. an, unsonst zugeschnitten. **Mühlstr. 4, Engel.**

**Achtung!** **Künstl. Zähne** v. 3 M. an, Theilwöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervödien in Hof'scher, Laufiger Platz 2. Gieselerstr. 12.

**Herren-Hüte 1,25** **Knaben-Hüte 85 Pf.** neueste Façons verkauft das Fabrik-tomptoir, jetzt Barnimstr. 4 u. 5 I Sonnabends geöffnet bis 10 Uhr abends

**Sophaplüsch-Reste** in glatt, gepresst und gewebten Qualitäten, auch recht frisch und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! **Muster franco!** Abgepackte Sattelstücken sehr hohelegante **Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.**

**Monatl. v. 10 M. an** liefert elegante **Anzüge nach Maß** **Tomporowski, Schneidermeister,** Berlin G., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

**Gardinen-Reste** passend zu 1-4 Fenster unter Fabrikpreis! Nur gute, dauerhafte Qualitäten werden angefertigt. 84152/2 **M. Hildebrand, Dresdenerstr. 117, parterre.**

**Unfallwagen,** Patzger, Steglitzerstr. 65 **Ladeneinrichtung.** 3258/2 **Komptoir, Material-, Putzer-, Wirthschafter-, Restauration. Treitel, Michael-Str. 1, an der Holzmarktstraße.**

**Rußbaum-Wirthschaft, Küchenschränke u. Tisch,** verkauft billig, auch einzeln, **Rammertstraße 84, rechter Seitenflügel** 2 Tr links. 643b

**Obstgesch. veräußert. Mantelst. 115.**

**Kunst. Genosse z. Mitbew. eines saub. möbl. Zimmers** in Rab. Jüdenstr. 26 ab 15. Okt. gef. Fr. in Kasse 15 M. **Ruß. das. b. Fr. Martens, 4 Tr.** 634b

**Eine Schlafst. zu verm. bei Graß, Rheinsbergerstr. 40, 4 Tr.** 640b

**Arbeitsmarkt.** **Achtung!** **Parquetbodenleger!** Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Zutritt auch nach dem Neubau **Schulhaus in Wilmersdorf** ist strengstens ferngehalten. 76/17 **Die Werkstatt-Kontrollkommission d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.**

**Lohnender Nebenverdienst** durch Verkauf von Herren-Anzugstoffen in der Bekanntheit, nach reichhaltiger Collection dauerhafter solider Waare zu Fabrikpreisen. Offerten unter **J. K. 7716** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

**Tücht. Rock- u. Paletot-Schneider** per sofort gesucht. 5685 **M. B. Rosenthal u. Komp., Kaiser Wilhelmstr. 48.**

**Betten, schöner Stand, 22 M.,** sofort zu verm. **Reichenbergerstr. 6, v. I links.**

**Plätterinnen** 610b auf Oberhemden, Kragen, Manschetten finden bei höchstem Lohn dauernde Beschäftigung. **D. Couandé, Dampf-wäscherei, Rungestr. 21.**

**Regligée-Plätterinnen** bei höchstem Lohn finden dauernde Beschäftigung. **D. Couandé, Dampf-wäscherei, Rungestr. 21.**

**Lehrling, der Lust hat Kunst-former zu werden,** verlangt **M<sup>o</sup> W. Fischer, Stallschreiberstr. 9.**

**Tüchtige Träger** auf Luftpapier finden lohnende Beschäftig. bei **W. H. Boehme, Reichenbergerstr. 158.** 643b

**Zuschneider** auf Kragen u. Manschetten bei gutem Lohn und dauernder Stellung suchen **Wolfgang & Wolff, Stralauerstr. 56.** 642b

**3 bis 4 Sattlergehilfen** auf Treibriemen verlangen sofort für dauernde Beschäftigung. 639b **Rüger & Mallon, Chausseest. 23.**

**Tücht. Ladrer** bei hohem Lohn verl. **Hellwig, Louise-Ufer 46/5, 1 Tr.** 641b

**Lehrmädchen** auf Herrenkragen, nach der Lehrzeit dauernde Beschäftig. **Stralauerstr. 34, 3 Tr.** 644b

**Plätterinnen** verl. **Herrmann, Robit, Bremerstraße.** 639b

**Herren-Kravatten.** Tüchtige Arbeiterinnen auf Negates und Diplomatens finden lohnende Beschäftigung bei **Pellens & Loick, Ballstr. 30.**